

Bezugspreise:

Wöchentlich 70 Goldplennig vorans zahlbar. Unter Kreuzband für Deutsch land, Danzig, Saar- u. Rheingebiet, Oesterreich, Estland, Litauen, Lettland, 1,50 Goldmark, für das übrige Ausland 2,50 Goldmark pro Monat.

Der „Vorwärts“ mit der Sonntags beilage „Voll und Zeit“ mit „Gieb lung und Kleingarten“ sowie der Unterhaltungsbeilage „Heimwelt“ und der Frauenbeilage „Frauenwelt“ erscheint wöchentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegraphen-Adressen: „Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts Berliner Volksblatt

Anzeigenpreise:

Die einseitige Spaltenbreite 6,70 Goldmark. „Kleine Anzeigen“ des festgedruckten Wort 0,20 Gold mark (außerdem zwei festgedruckte Worte), jedes weitere Wort 0,10 Goldmark. Stellengelände des ersten Wort 0,10 Goldmark, jedes weitere Wort 0,05 Goldmark. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Familienanzeigen für Damenkreise 0,50 Goldmark. Glas Goldmark - ein Teller gestellt durch 4,20.

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin G. 66, Lindenstrasse 68, abgegeben werden. Öffnung von 9 Uhr früh bis 5 Uhr nachm.

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3 Fernsprecher: Redaktion: Dönhofs 292-295 Verlag: Dönhofs 2306-2507

Sonabend, den 5. April 1924

Vorwärts-Verlag S. m. b. H., SW 68, Lindenstr. 3 Verlagskonto: Berlin 375 86 - Bankkonto: Direktion der Diktando-Gesellschaft, Dönhofsstrasse 3

Gebremste Emmingerkrise.

Münchener Drohungen. - Berliner Aengste.

Die Zentrumspartei hat, wie wir bereits mitteilten, beschlossen, in Bayern eigene Reichstagskandidaten aufzustellen. Infolgedessen drohte die Bayerische Volkspartei durch ihre parteiamtliche Korrespondenz mit einer Kabinettskrise und dem Austritt des Reichsjustizministers Emminger. Die „Germania“ behandelte diese Drohung zunächst mit Ironie, indem sie schrieb:

„Bisher war es uns neu, daß Emminger im Auftrage der Bayerischen Volkspartei Mitglied des Reichskabinetts geworden sei, und noch überraschter sind wir, aus jener Drohung herauslesen zu müssen, daß die Bayerische Volkspartei ihren Herrn Emminger ausgerechnet dem Zentrum zuleibe ins Reichskabinetts hineingeschickt habe. Jedenfalls würde mit einem Verbot an Emminger, weiter im Kabinetts zu bleiben, die Absicht des Zentrums, in Bayern eigene Kandidaten aufzustellen, nicht im geringsten durchkreuzt werden können.“

Durch das Wolffsche Telegraphenbureau wird jedoch in später Abendstunde folgende Meldung verbreitet:

Die „Germania“ beschäftigt sich in ihrer Morgennummer vom 5. April mit der Notiz der „Bayerischen Volkspartei-Korrespondenz“, die den Entschluß des Zentrums, in allen vier bayerischen Kreisen eigene Kandidaten aufzustellen, mit der Frage in Zusammenhang bringt, ob Reichsjustizminister Emminger weiterhin im Kabinetts bleiben könne. Die „Germania“ weist demgegenüber darauf hin, daß es hier um zwei völlig getrennte Dinge handele, da die Reichsregierung auf die Entschliehung des Zentrums selbstverständlich keinerlei Einfluß ausgeübt habe und der Reichskanzler sowohl wie das gesamte Kabinetts der Begründung, die dieser Beschluß des Zentrums in der „Germania“ erfahren hat, völlig fernstehe. Das Blatt schreibt weiter, es handele sich hier lediglich um Kandidatenfragen zwischen zwei Parteien, die die Reichsregierung um so weniger berühren könnten, als

sie zurzeit nicht auf parlamentarischer Grundlage beruhe und ihre Zusammenfassung überdies nicht nach rein parteipolitischen Gesichtspunkten erfolgt sei.

Die Drohung der Bayerischen Volkspartei, ihren von allen Seiten gleich geschätzten Herrn Dr. Emminger aus der Regierung zurückzuziehen, hat auf die Reichsregierung offenbar Eindruck gemacht und sie veranlaßt, diese Notiz durch die Zentrumsminister in die „Germania“ zu lancieren. Dieselbe Haltung, die die „Germania“ gestern abend eingenommen hatte, nahm übrigens auch die „Kölnische Volkszeitung“ ein. Die Regierung scheint aber Angst um das bische Koalition zu haben, daß sie in dem allgemeinen, von ihr glücklich angerichteten Durcheinander noch darstellt. Man stelle sich vor, daß auch der Justizminister noch ausscheidet, dann wird die Stellung der Mittelparteien, die das Vaterland auf ihre Weise zu retten, bis zu den Wahlen nicht gerade leicht werden. Im übrigen wird ja die Entscheidung über Herrn Emminger doch wohl bei seiner Partei, und nicht bei der Reichsregierung liegen und auf der anderen Seite kann man kaum annehmen, daß das Zentrum jetzt, nach allem was vor gefallen ist, in Bayern wieder zurückhinkt.

Zu den Gegensätzen zwischen Zentrum und der Bayerischen Volkspartei paßt sehr schön folgende Meldung der „Voll. Rtg.“:

In einer gestern abend abgehaltenen Bezirksversammlung der Bayerischen Volkspartei kam es nach einer Rede des Reichsjustizministers Emminger bei der Rede des Abg. Giehl zu lebhaften Erörterungen von Seiten der anwesenden Nationalsozialisten. Giehl hatte erklärt, daß sich Bayern auf keinem Wege die Monarchie verschaffen werde. Sozialismus und Politik müßten eingreifen, um die Durchführung der Verfassung zu sichern. Einige Personen wurden nach Feststellung ihrer Personalien verhaftet, dann aber wieder freigelassen.

ihn, um ihn physisch vollends zu vernichten, diesmal wegen einer Beschuldigung, die kein rechtlich Denkender für haltbar ansehen kann.

Solche Justiz ist moralischer Selbstmord der Nation!

Englische Mahnung an das deutsche Volk.

London, 4. April. (Eigener Drahtbericht.) Im heutigen Vorkriegsartikel, betitelt „Deutschlands Gefahr“, der in einem auffallend freundlichen Ton gehalten ist, schreibt der „Manchester Guardian“: Die öffentliche Meinung Englands ist mit verschwindenden Ausnahmen Deutschland günstig. Der Ruhrkrieg wird scharf verurteilt, ebenso die separatistischen Versuche. Diese Dinge haben gegenüber Frankreich ein Gefühl der Enttäuschung hervorgerufen, die nur durch die Hoffnung auf bessere, einflussvollere Elemente in Frankreich gemildert wird. Gerade wo eine Augenblickshoffnung aufleuchtet und nur etwas politische Urteilskraft und Geschicklichkeit Deutschlands größte Schwierigkeiten in Ordnung bringen könnten.

droht Deutschland seinen Vorteil wegzuwenden und seinen Feinden in die Hand zu spielen.

Der Artikel schildert dann die Stimmung des deutschen Volkes, dem immer wieder versichert worden sei, die Alliierten kämpften nicht gegen es, sondern gegen seine autoritäre, militaristische Regierung. Diese Regierung sei verschwunden, aber das Volk werde für ihre Sünden verantwortlich gemacht. Nach einer weiteren Schilderung dessen, was die englische Regierung bereits getan habe, fährt das Blatt fort: „Deutschland hat an England einen guten Freund, den zurückstoßenden Tollheit wäre nicht nur die gegenwärtige englische Regierung ist Deutschland freundlich gesinnt, jede folgende wird dieselbe Politik machen müssen. Nichts wäre unheilvoller, als wenn Deutschland gerade im jetzigen Augenblick, wo die Sachverhältnisse in unsrer Hand liegen und Macdonald Gelegenheit gegeben wird, seine im Interesse des europäischen Friedens und daher Deutschlands gelegene Politik zu entwickeln, sich der Reaktion in die Arme werfe.“

Die französische Spionage.

Interpellation im Schweizer Nationalrat.

Bern, 4. April. (B.Z.) Nationalrat Canova (Graubünden) hat folgende Interpellation eingebracht: Ist dem Bundesrat bekannt, daß ein Beamter des französischen Konsulats in Basel eine Spionagetätigkeit organisiert hat, die schon seit mehreren Jahren besteht? Welche Schritte gedenkt der Bundesrat zu unternehmen, um diesen Zustand zu beseitigen und die Abberufung des betreffenden Beamten zu erwirken?

Todesurteile für Mordoffiziere.

Warschau, 4. April. (B.Z.) Das Militärkassenricht hat wegen einer Reihe von Bombenattentaten den Leutnant Wiczorkiewicz und den Oberleutnant Boginski zum Tode verurteilt.

Das italienische Beispiel.

(Von unserem römischen Korrespondenten.)

Rom, Anfang April 1924.

Am 6. April wird sich zu den Parlamenten der Kulturländer, die in beständiger Selbsterneuerung beständig wechseln, ein neues Parlament in Italien gefellen. Aber die junge italienische Kammer, die aus den Urnen hervorgehen wird, tritt nicht als gleiche unter gleichen neben die Volksvertretungen der anderen Länder. Wir wissen sehr wohl, daß heute keine Kammer der ganzen Kulturwelt der reine und unverfälschte Ausdruck des Volkswillens ist. Der Druck organisierter Interessen, der Mißbrauch des Staatsmechanismus treiben den Willen der Massen aus seiner natürlichen Bahn; Unwissenheit und irrtümliche Vorstellung über das, was nötig, falsche Einschätzung der Menschen, die sie zu ihren Wortführern beruft, bringen es mit sich, daß jeder Volksvertretung Mängel anhaften. Um eine wirkliche Vertretung seines Strebens und seiner geschichtlichen Interessen zu berufen, müßte das Volk aller Länder bereits eine höhere Werte des Volkens und Erkennens erklommen haben, müßte höher stehen und weiter blicken, weiter zurück in die Vergangenheit und vorwärts in die Zukunft. Aber zwischen dieser Unvollkommenheit, die allem anhängt, was menschlich in ewigem Ringen sich über Fehler und Mängel hinausarbeitet, und dem Mangel, mit dem die neue italienische Kammer geboren wird, liegt ein grundlegender, ein wesentlicher Unterschied. Was der nächste Sonntag in Italien zeitigen wird, ist überhaupt keine Volksvertretung. Ist nicht als solche gewollt, ist nicht unter den Bedingungen entstanden, unter denen allein der Wille aller Wahlberechtigten seinen Ausdruck finden kann. Deshalb tritt die italienische Kammer als Unberechtigte neben die Parlamente der Kulturländer, sie ist nicht das rechtliche Kind von Freiheit und Gesetz, sondern entspringt dem Konkubinat von Parteiwillen und Gewalt.

Wir sprechen dem italienischen Wahlgeseh als solchem nicht die Legalität ab. Es hat alle Formalitäten von der Kommissionsberatung zu den drei Lesungen, von der Bestätigung des Senats bis zum königlichen Dekret durchlaufen und ist rechtskräftig wie jedes andere Geseh, so fremd es auch dem Willen der Wählerchaft sein mag. Seine Legalität ist im Grunde eine Anklage gegen die vorige Kammer, ein Dokument ihrer Untüchtigkeit, ihrer Undurchlässigkeit für die Bedürfnisse und das Rechtsgefühl des Landes. Sie zeigt an, daß man an der vorigen Kammer wahrlich nichts verloren hat. Aber die bloße Unwürdigkeit des Vorgängers ist noch kein Piefestal für den Nachfolger.

Daß aber die faschistische Regierung den leitenden Gedanken ihres eigenen Gesehes veräußert hat, das macht dieses Geseh null und nichtig in seinem Geiste. Das Geseh soll der Minderheit ein Drittel aller Sitze überlassen, damit sie ihre Aufgabe der Kritik und Kontrolle erfülle. Aber der Faschismus hat dreist die Hand nach den Mandaten der Minderheit ausgestreckt, indem er in vier von vierzehn Wahlkreisen auch eine faschistische Minderheitsliste aufstellte. Wenn er das damit begründen will, daß sich in der faschistischen Mehrheitsliste ohnehin gegen hundert Kandidaten befinden, die außerhalb der faschistischen Partei stehen, so ist diese Begründung eine Spiegelgluckererei. Denn diese hundert sind nicht Männer der Opposition, sondern Ueberläufer anderer Parteien, die sich rückgratlos jeder Forderung der Mehrheit schmiegen werden. Es war nicht eine Konzession, die der Faschismus Männern von persönlicher Bedeutung machte, daß er sie in seine Liste aufnahm: es war eine schlaue und jämmerliche Spekulation auf ihren Anhang. Der Faschismus hat nicht auf Mandate verzichtet: er hat sie doppelt ausgenützt, indem er Männer wie Orlando und De Nicola aus dem politischen Boden ihrer Vergangenheit entwurzelte, um sie als Köder für die unentschlossenen Elemente zu benutzen.

Null und nichtig, nicht nur dem Geiste, sondern auch dem Buchstaben nach, werden aber die heutigen Wahlen durch die Unterbindung jeder Möglichkeit der freien Wahlpropaganda, jeder freien Meinungsäußerung des Gegners. Wohl hat es Mussolini wichtig gefunden, zu bemerken, daß ein Land, in dem man eine Agitation zugunsten der Freiheit durchführen kann, dadurch beweist, daß es die Freiheit besitzt. Wenn in Blättern, deren Redakteure täglich Revolver und Knüppel drohen, deren Maschinen periodisch der Verwüstung anheimfallen, deren Verbreitung im Lande von der Willkür des einzelnen Faschisten abhängt, der Schrei nach Freiheit und Recht laut wird, so darf die Regierung das nicht als Beweis ihres freiheitlichen Realismus anführen, sondern nur als Beweis dafür, daß man Menschen töten und Maschinen zertrümmern kann, aber dem Freiheitsgedanken dadurch nur neue Altäre errichtet.

Wenn sich ein römisches Faschistenblatt, das im Solde der Schwerindustrie steht, erdreist, die ganzen Wohl gewalttaten als Folgen des überhäumenden Scheimen-

Die Regierung hat Zeit!

Wird sie einen allgemeinen Eisenbahnerstreik?

Die Not der Eisenbahner hat die Eisenbahnergewerkschaften veranlaßt, trotz der ablehnenden Haltung der Reichsregierung immer wieder auf eine Verbesserung der Löhne der hungernden Arbeiter zu dringen. Endlich, am Donnerstag, kam zwischen den Gewerkschaften und dem Reichsverkehrsminister eine Vereinbarung zustande, die auf eine 15proz. Erhöhung der Löhne hinaus läuft, deren Verwirklichung aber von der Zustimmung des Gesamtkabinetts abhing. Der Reichsverkehrsminister versprach am Schluß der Verhandlung, sich mit seiner ganzen Autorität für die Annahme der Vereinbarungen im Kabinetts einzusetzen und hat, soweit wir unterrichtet sind, tatsächlich schriftlich wie mündlich am Freitag auf eine Kabinettsitzung gedrängt.

Was aber kümmert die Reichsregierung die Not der Eisenbahner? Was kümmert sie die stündlich wachsende Erbitterung der Eisenbahner? Sie hat kein Verständnis für das Glend und weiß offenbar nicht die drohende Streikgefahr zu schätzen. Denn trotz der wiederholten Forderungen des Reichsverkehrsministers dachte sie nicht daran, noch am Freitag den Vereinbarungen zwischen Gewerkschaften und dem zuständigen Ressortminister in einer Kabinettsitzung ihre Zustimmung zu geben und damit der innerhalb der Eisenbahnerchaft wachsenden Beunruhigung einen Damm zu setzen. Erneut betonen wir deshalb, daß es die Regierung selbst ist, die das Sanierungswerk gefährdet. Sie trifft die Schuld für jeden Zustand, der am Freitag erfolgte. Dieses Spiel mit dem Feuer, dieses Spiel mit dem himmelschreienden Glend ist gefährlich und muß sich rächen.

Noch ein Zeigner-Prozess. Landesverrat!

Auf Anordnung des Oberreichsanwalts Dr. Ebermayer ist gegen den früheren sächsischen Ministerpräsidenten Dr. Zeigner ein Verfahren wegen Landesverrats eröffnet worden. Der Beschluß gründet sich auf die von Zeigner am 7. August in einer Funktionäerversammlung und am 18. Oktober im sächsischen Landtag gehaltenen Reden, in denen behauptet wurde, daß zwischen der Reichswehr und gewissen rechtsradikalen Geheimorganisationen enge Beziehungen beständen. Diese Meldung wird erneut dem Ansehen der deutschen Justiz einen schweren Schlag versetzen. Deutschland scheint sich förmlich darum zu reifen, mit allen Mitteln den Nachweis zu führen, daß das Recht in diesem Lande keine Stätte mehr hat. Zeigner hat gefehlt, dafür hat er drei Jahre Gefängnis erhalten, eine Strafe, die in weitesten Kreisen als ungerecht, weil viel zu hart, empfunden wurde. Jetzt stürzt sich die Justiz zum zweitenmal auf

finns der Jungfaschisten", die „hie und da ein gegnerisches Manifest abreißen“ hinzustellen, so ist das eine bewußte, widerwärtige Lüge. Wir haben wiederholt von den Vergewaltigungen berichtet, die jede regierungsfreundliche Wahlagitator unmöglich gemacht haben. Immer wieder dieselbe zynische organisierte Rohheit gegen Wehrlose, das feige Proletariat der Straflosen.

Wir wissen es wohl: jede Wahl hierzulande hat noch bisher zu Verbrechen Anlaß gegeben. Wir verkennen auch nicht, daß zu jeder steigenden Partei eine Unmasse moralischer Nichtswürdigkeit stößt; wir haben in Italien in diesem Punkt eine eigene traurige Erfahrung, die sich zum Teil deckt mit der Geschichte der sozialistischen Ueberläufer zum Faschismus. Wenn aber dieses Verbrechertum, das dem Sieger folgt wie die Geier dem Aase, materiell zum Werkzeug und Hebel und sittlich zum Vorbild der Politik des Siegers gemacht wird, dann handelt es sich nicht mehr um Zufälligkeit, für das der Faschismus die Verantwortung abschütteln kann. Wenn das Regierungsoberhaupt den Präfeldern Befehle erteilen kann, politischen Segnern das Leben unmöglich zu machen, wie das nach offiziellen Akten in dem Falle des dissidenten Faschisten Forni geschehen ist, dann ist die Gewalt nicht ein krankhafter Auswuchs des Wahltampfs, sondern ein normales Gewebe.

Wenn wir das neue Parlament seinem gewalttätigen Ursprung nach für null und nichtig erachten, so geschieht es nicht, um der einzelnen Toten willen, die faschistisches Verbrechertum niedergestreckt hat. Auch die herrschende Partei selbst hat ihre Toten gehabt, die nicht alle dem inneren Parteihader zum Opfer gefallen sind. Was das Parlament null und nichtig macht, das ist die Tatsache, daß die Regierung einen Teil der Bürger gegen den anderen bewaffnet hat, daß sie das Strafrecht gegen die Waffenlosen anwendet, aber den bewaffneten Volkbürger, den Faschisten, außerhalb des Strafrechts stellt, daß sie die Organe der staatlichen Exekutivgewalt zu Werkzeugen der Parteibedrängung profittiert hat.

Man sage uns nicht, daß die Regierung des prächtigen Uebersträubens der Jugend nicht Reizler werden kann. Das dekorative Spiel ist ebenso leicht abzustellen wie ein Springbrunnen in einem Schmudgarden. Ein halbes Dutzend Verurteilungen wegen der Darreichung von Rhinuinol hat genügt, um die liebe Gewohnheit mit einem Schlage auszuwippen. Der Faschist hat kein Talent zum Märtyrertum, so sehr man es in ihm auch groß zu ziehen sucht. Wenn es für die Wahlgewalt Richter gäbe, wäre sie sicher aus einem faschistischen Vorrecht zur sporadischen Neuerung des eigentlichen Verbrechertums zusammengeschrumpft. Die Wahrheit ist, daß die Regierung die Wahlverbrechen nicht nur geduldet, sondern sie gebraucht, perwertet, als Mittel zum Zweck benutzt und als Ausdruck faschistischer Straßverherrlichung hat. Es hat für die faschistische Gewalt in Italien keinen Richter gegeben und jetzt stehen ihre ungerächten Opfer auf und zeugen gegen die Regierung.

Wir verstehen die Diktatur, die die Kammer abschüttelt und sich trotzig anmaßt, mit Einzelkraft ein Riesengewicht der Verantwortung zu tragen. Aber eine Kammer zu schaffen durch Werkzeuge der Diktatur und zu ihrem Werkzeug, das ist eine Herabwürdigung der Nation. Die Mittel, durch die es geschieht, gründen sich nicht auf nationale Kräfte, sondern auf nationale Schwächen. Was Italien heute erfährt, ist eine geistige Fremdherrschaft.

An der Leiche des in Paris einem kommunistischen Anschlag zum Opfer gefallenen faschistischen Journalisten Bon'erauzi hat Mussolini die Verantwortung für das Verbrechen auf alle ausgedehnt, die mit den „belanglosen Episoden“ des heutigen Wahlkampfes die öffentliche Meinung ausgehebt und den Arm der Verbrecher bewaffnet haben, und hat hinzugefügt: „Ich sage euch, in meinem Geiste reifen vielleicht schwere und unwiderrückliche Entscheidungen.“ Wir wissen es wohl, was in dem Geiste zu „reifen“ droht:

ein Befehl, daß die Kritik an der Regierung im Inland beschneidet und im Auslande als Landesverrat ahnden soll.

Der Faschismus traut der Freiheit nicht, weil er sich selbst nicht traut. Er konnte heute, neben die Parlamente Europas, eine ebenbürtige Kammer stellen, aus der freien Äußerung aller Klassen geboren, damit sie ihn richte und sein Werk. Er hat das nicht gewagt, nicht einmal in dem beschränkten Rahmen seines Wahlgesezes. Und in der Summe der Gewalt, die er der freien Meinungsäußerung entgegenzustellen für nötig hielt, gibt er uns das Maß des Vertrauens auf seine Herrschaft über die Geister und sein geschichtliches Urteil über sich selbst.

Der Hauptfeind des Faschismus.

Nicht die Kommunisten, sondern die Sozialdemokratie.

London, 4. April. (Eca.) „Daily Herald“ veröffentlicht den letzten Bericht seines von Italien ausgewiesenen Korrespondenten. Darin heißt es, daß die schärfsten Gewaltmaßnahmen Mussolinis sich nicht gegen die Kommunisten, sondern gegen die Sozialdemokraten und Liberalen richten.

Die Einsperrung der Minderbemittelten.

Zur Verordnung über die Grenzsperrung.

Die von uns gestern wiedergegebene Verordnung über die Ausreisegeld, die praktisch auf eine Grenzsperrung für die Minderbemittelten hinausläuft, ist ein außerordentlich unzulänglicher Versuch zur Bekämpfung der Rentenmarkausfuhr. Man hat sich in der Reichsregierung wohl nicht vor Augen gehalten, daß durch eine derartige Verordnung gerade diejenigen Kreise privilegiert werden, denen es nicht nur nicht darauf ankommt, 500 M. Ausreisegeld zu zahlen, sondern die auch über ausreichende Geldmittel verfügen, um jenseits der Grenzen gerade denjenigen unerhörten Luxus sich zu gestalten, dessen Bekämpfung Aufgabe der Verordnung sein soll. Eine einzige Familie dieser Art gibt bei einer Vergnügungsreise nach Italien sicherlich so viel an Rentenmark und Devisen aus als Hunderte anderer Volksgenossen, die der Drang nach der Fremde, nach Kenntnissen und Erfahrungen oder nach einer lang vermissten Erholung ins Ausland treibt. Bezeichnenderweise mußte ja auch die Verordnung eine so große Reihe von Ausnahmefällen vorsehen, in denen die Gebühren nicht erhoben werden, daß von einer wirklichen Ausreisegeldsperrung kaum noch die Rede sein kann. Aber man muß sich den grotesken Unsinn vorstellen, der darin liegt, daß ein Großspekulant und Schieber jederzeit aus geschäftlichen Gründen ausreisen kann, während dem strengen Wortlaut der Verordnung nach der Besuch internationaler Friedenskongresse, Gewerkschaftskonferenzen, wissenschaftlichen Zusammenkünfte und dergleichen mit einer Strafe von 500 M. pro Kopf des deutschen Besuchers belegt wird!

Wir möchten annehmen, daß zur Wahrnehmung derartiger Interessen früher oder später Ausnahmen zugelassen werden, zu denen der Reichsfinanzminister ausdrücklich ermächtigt ist. So sehr wir diese Ausnahmen in den erwähnten Fällen für notwendig halten, so ist auf der anderen Seite doch nicht zu verkennen, daß die Möglichkeit der Umgehung der Verordnung in demselben Maße größer wird, als man die Zahl der Ausnahmefälle vermehrt. Die Verordnung ist aber derart widersinnig, daß die Vermehrung der Befreiungen unumgänglich wird.

Biel gefährlicher als die Verordnung selbst, die ja leicht abgeändert werden kann, sind die damit gleichzeitig notwendig werdenden Schikanen bei der Kontrolle in den Grenzstationen. Sie werden Ausländer und Inländer in gleicher Weise behelligen und somit den deutschen Reiseverkehr beeinträchtigen. Das wird auch für die Reichsbahn von unangenehmen Folgen begleitet sein.

Wenn man den unerhörten Aufwand, der jetzt im Ausland getrieben wird, wirksam bekämpfen will, so muß man sich schon die Mühe machen, die Großverdiener rücksichtslos zur Steuer heranzuziehen, ganz gleich, ob sie im Inland oder im Ausland ihren Luxusaufwand entfallen. Es gibt genug Leute, bei denen ein Gang durch die Wohnung oder eine Feststellung ihres Besitzes an anderen Sachgütern vollkommen genügen würde, um sie derartig zu Steuern heranzuziehen, daß ihnen die Lust zu Auslandsreisen vergeht. Und wenn das mit den geltenden Steuern nicht möglich ist, müssen diese erhöht und ausgebaut werden. Statt dessen attestiert der Steuerpolitiker Dr. Luther diesen Elementen in seiner bekannten Broschüre, daß sie von der Substanz leben, während gleichzeitig der Währungspolitiker Dr. Luther die Grenzpolitiken auf sie beht. Es ist geradezu beschämend, daß man zu derartigen Mitteln greift und damit die Unzulänglichkeit der Steuererfassung gegenüber dem Besitz in einer Weise bekundet, die an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig läßt. Offenbar haben aber bei dem Erlass dieser Verordnung nicht nur währungspolitische Momente mitgespielt. Es scheint vielmehr, daß auch die Proteste der deutschen Kurorte gegen die Abwanderung deutscher Erholungsreisender dafür bestimmend gewesen sind, da man sich an eine zeitgemäße Herabsetzung ihrer Verpflegungssätze, Kurarten usw. nicht gewöhnen wollte. Ganz gleichgültig, ob diese Rücksicht dabei mitgespielt hat, praktisch wirkt die Verordnung dahin, daß den Arbeitern und Angestellten auch im Inland die Ferien in gebührender Weise verteuert werden, nachdem die Konkurrenz der ausländischen Kurorte durch die Ausreisegeld so gut wie ausgeschaltet ist. Ob das die Absicht des Gesetzgebers ist, muß dahingestellt bleiben. Jedenfalls ist auch aus diesem Grunde gegen die oben unumgängliche Verordnung schärfster Einspruch am Platze.

Ausreisegeld und Hotelierprofit.

Ein Schweizer Urteil.

Basel, 4. April. (Eca.) Zu der deutschen Verordnung über die Beschränkung der Auslandsreisen deutscher Staatsbürger schreiben die „Baseler Nachrichten“ redaktionell: Die Verordnung ist speziell gegen den Sommerverkehr der Schweiz gerichtet, da der Frühjahrsverkehr nach der Riviera noch verhältnismäßig geblieben ist. 99 Proz. des deutschen Sommerverkehrs nach der Schweiz sollen erdroffelt werden. Das erklärt sich nur aus dem Bestreben der Reichsregierung, der heimischen Hotellerie zu gefallen und die ausländische Konkurrenz, die gegenwärtig billiger arbeitet, völlig auszuschalten.

Sechszwanzig Listen.

Die völkische Zersplitterung.

Die Sammlung des deutschen Volkes mit der Absicht, das schwarzweisse Banner über den Rhein zu tragen, ist u. a. auch ein auf dem Papier stehendes Ziel der Deutschvölkischen. Vorläufig aber ist diese Gesellschaft selbst nicht einmal in der Lage, in ihren eigenen Reihen Ordnung zu halten und für Sammlung zu sorgen, denn stöhnend muß die „Deutsche Zeitung“ jetzt eingestehen, daß nicht weniger als 26 völkische Gruppen mit eigenen Listen in diesem Wahlkampf auftreten. Die Herren der Sammlung können sich also rühmen, allein so viel Listen zu besitzen wie sämtliche übrigen Parteien im Deutschen Reich, die bis heute insgesamt die Zahl von 26 nicht überschritten haben. Sämtliche völkischen Gruppen und Gruppchen sind angeblich Gegner des Parlamentarismus, aber ihre Führer wollen dennoch den Reiz der Freispartei 1. Klasse und der Dänen genießen. Deshalb die sorgfältige Gruppenbildung, die sich bis zum 4. Mai wahrscheinlich noch vergrößert, und deshalb die Sehnsucht der völkischen Kerngruppe nach einem Reichstagsmandat. Der Drang nach der Futtertrappe im völkischen Lager dürfte schließlich auf Kosten von Wulst, Graue und Henning gehen. Den Anfang dazu hat der völkische Agitator Dürner in Thüringen bereits gemacht. Er rühmt sich öffentlich, die Fahne der Rebellion gegen die Reichsleitung der deutschvölkischen Partei

Das laute Herz.

Von Emil Rath.

Von der weit gewölbten Decke stürzte die Pfostenkante überströmten blamantgeschmückte glühende Prachtschürzen defolierter Damen, steif geblähte Hemdbüchse befrachter Herren. Diner bewegten sich fast lautlos auf dem glatten Parkett mit Geschicklichkeit, die jahrelange Übung verrät. Nichts schien zu fehlen, was den Inhalt eines genussgewöhnten genierlichen Lebens ausmacht. Und doch schaute hin und wieder der eine oder die andere mehr oder minder verstoßen auf die prunkvolle, riesige Standuhr, deren Zeiger mit keinen Sprüngen auf die 12. Stunde mitteleuropäischer Zeit rückte, als würde noch jemand erwartet. Der Gastgeber hatte eine sensationelle Ueberrückung angekündigt, ohne daß sich aus seinen geheimnisvollen Andeutungen irgendwelche aufklärenden Schlüsse ziehen ließen.

Wählich begannen sich an der Eingangstür aus Defolletés und hohen Krügen mit bewunderndem Staunen die Gäste zu regen — auf einem kleinen fahrbaren Tisch rollten zwei Diener einen vierwheiligen Lautsprecher in die Mitte des Saales, und mit stolzem Bächeln und weit ausladender Handbewegung erklärte der Hausherr den entzückten Gästen, die sich neugierig um ihn drängten:

„Meine verehrten Gäste werden als erste Europäer drahtlos die Multimillionärkapelle hören. Keiner ihrer Russler verdient unter 10 000 Dollar an einem Abend!“

Ein bewunderndes Uff! seiner Gäste antwortete ihm.

„Fünf Minuten vor 12 wird der Operateur kommen. Also noch einen Augenblick Geduld!“

Die Uhr zeigte auf 5 Minuten vor 12 — der Operateur kam nicht. Der Gastgeber wurde ein wenig nervös. Er liebte die Pünktlichkeit an anderen. Ein Diener trat auf ihn zu, machte ihm mit leiser Stimme eine Mitteilung und ging wieder.

Von der Stirn des Hausherrn schwand die Falte; lebenswändig wandte er sich zu den Gästen:

„Sobald wird mir telephonisch mitgeteilt, daß der von mir bestellte Operateur mit seinem Bogen verunglückt ist. Ein Erfahmann ist sofort zur Stelle!“

Kaum war das letzte Wort verklungen, als die Standuhr mit leiserem Schnarren zu einem Schlage ausholte, der dumpf grollend Wände und Kerzen zittern ließ. Wählich stand an dem drohend aufgedrehten vierwheiligen Lautsprecher mit verbindlichem, bloßem Bächeln ein junger Mann. Erstreckte reichte ihm der Hausherr die Hand: „Sie sind pünktlich, das muß ich Ihnen!“

Mit demselben Bächeln entgegnete jener: „Und doch kam ich von jeher zur unrichtigen Zeit!“ und machte sich am Lautsprecher zu schaffen. Die Gäste ließen ihr Gespräch verstummen und sahen interessiert den geschickten Griffen des jungen Mannes zu.

Wählich knoll aus dem vierwheiligen Trichter ein dumpfer Schlag.

Beforgt fragte der Gastgeber: „Haben Sie auch die rechte Wellenlänge?“

Der Operateur nickte leicht hin: „1350!“

Wieder drang aus dem Lautsprecher ein dumpfer Schlag, der verwirrte Da — noch ein Schlag — noch einer — und durch den totentstimmten Raum klang das Pochen und Hämmern eines Menschenherzens. Anschlagend, gebieterisch laut, bald im hastigen Rhythmus ängstigen Fiebertakts, bald zögernder, immer zögernder, dann wieder wie das Aufspringen eines todwunden Tieres, jeder Schlag getränkt mit stummem Jammer. Ein Herz, ein armeloses Menschenherz pochte durch die Stille. Mit schattendem Fittich senkte sich martersprengendes Grauen auf den Saal. Einer fixierte den anderen an, farblose Lippen wollten schreien — und fanden keine Worte, freche Blide hasteten anglistoll beschämt am blanken Parkett und verloren mit ihm seinen Glanz.

Und das Herz pochte in wachsendem Rhythmus weiter. Frauen borgen entsetzt ihr Gesicht in den Händen, beherzte Männer ließen die Zigarette im Munde erkalten und stierten stumpf vor sich hin. Jemandes Stimme flüsterte: „Das Herz der Kremen!“ und das Wort lag wie Quecksilber von Mund zu Ohr, von Mund zu Ohr.

Und das laute Herz pochte. Pochte. Dann immer zögernder, immer langsamer — dann war es wie ein heftiges Aufbäumen — das Herz schlug nicht mehr!

Wie aus lähmender Betäubung schienen alle zu erwachen, schauten sich an wie Wiltwässer einer bösen Tat. Einer fragte noch dem Operateur — er war verschwunden.

Ein Diener meldete dem Hausherrn den Operateur. Der Hausherr schaute verwundert. Da trat der bestellte Operateur herein: „Bitte vielmals um Verzeihung — aber vor 10 Minuten ist mir unvorsichtigerweise ein junger Mensch direkt in den Bogen gelaufen — ich habe ihn sofort in das Florianstift gebracht — er hat nur noch wenige Minuten gelebt!“

„Und Ihr Kollege?“ fragte der Hausherr befürgt.

Der Operateur sah ihn erstaunt an. „Kollege? Ich habe niemand geschickt!“

„Und das Herz, das so schrecklich laut pochte?“

„Welches Herz?“ Der Operateur sah ihn zweifelnd an und wandte sich dem Lautsprecher zu. Ihm entfuhr ein Ausruf des heftigsten Erstaunens: „Wer hat mit Welle 1350 gearbeitet?“

„Ihr Kollege!“

„Auf diese Welle ist der Empfänger des Florianstiftes gestimmt!“ Entsetzt blickte der Gastgeber auf die Uhr: es war 12 Uhr 10 Minuten. Und doch schien ihm, als wäre eine Zwigzeit verfliegen...

Die Vorklänge kerkelt als nächste Erbauung das allmähliche Spiel „Solea Sola“ vor. Die Litroße spielt Gertrud Kanik. Franz von Bayern, der Kaiser und Buchhändler, ist im 57. Lebensjahre in Wien gestorben.

„Lachen links“ als Wahlhelfer für unsere Gegner.

Die zweite Wahlsonderrnummer von „Lachen links“ ist erschienen. Sie bringt sieben schlagkräftige Wahlplakate für die Deutschvölkischen, die Deutsche Volkspartei, die Kommunisten usw., deren Benutzung den betreffenden Parteien von der Redaktion in entgegenkommender Weise gestattet wird. Da wir vermuten, daß unter den deutschen Kommunisten sich noch immer einige befinden, die der russischen Sprache nicht vollkommen mächtig sind, so geben wir das RPD-Plakat dessen Text teilweise russisch abgedruckt, hier in der Uebersetzung wieder: „Arbeiter, wir wollen einmal deutsch reden! Die Einheitsfront wird geschaffen durch Zerlegung des einzelnen. Dies wird jeder deutsche Arbeiter begreifen. Jeder echt deutsche Arbeiter (und daß wir tief national sind, haben wir u. a. angelehnt der Schlageter-Wörter bewiesen) ist verpflichtet, ausschließlich Parteien Moskauer Herkunft zu bevorzugen. Auch dies ist jeder deutschen Proletarierin geläufig. Der Putz ist das einzig wirkliche Mittel. Nur Putzschiffen können auf ausländische Kredite rechnen, haben wir nicht recht, wenn wir dies ausführen? Und darum wählt RPD!“

Auch ein reichhaltiges Material für deutschnational-völkisch-antirepublikanische Wahreden bietet die Nummer. Wir haben daraus folgende Kernworte heroor:

Wenn neugierige Leute nach dem Verantwortlichen für die Inflationen fragen, so wisse du stolz darauf hin, daß die Marktabstufung nie möglich gewesen wäre ohne eine vorübergehende Entwertung der Mark.

Wenn Geizhals sagen, daß das Ausland von einem deutschnational-völkischen Sieg einen Einfall in Frankreich befürchte, so wisse darauf hin, daß vom deutschnational-völkischen Lager ein ernst zu nehmender Einfall überhaupt nicht zu befürchten ist.

Sage schließlich den Deuten, daß die wichtigste politische Aufgabe die Wehrhaftmachung des deutschen Volkes sei. Unbestreitlich, auch gegenüber einer Weltkoalition, sei es aber nur, wenn es sich mit Dummheit waffne. Denn gegen die Dummheit, sage das, kämpfen Götter selbst vergebens!

Die Leo-Bloch-Skizze am Deutschen Opernhaus, die seit Anfang März die Berliner Musikfreunde und Musikfachverständigen beschäftigt, ist jetzt in ein neues, wie es scheint, letztes Stadium getreten. Nachdem Generalmusikdirektor Bloch in der Zeit vom 8. bis 20. März drei Entlassungsgesuche an die Betriebs-Aktien-Gesellschaft Deutsches Opernhaus gerichtet hatte, die alle drei unberücksichtigt geblieben waren, hat er jetzt seinen Vertrag mit dem Deutschen Opernhause „aus wichtigen Gründen“ (gemäß § 626 BGB.) mit sofortiger Wirksamkeit gekündigt. Die „wichtigen Gründe“ leitet Bloch in der Entlassung des Generaldirektors Bruder-Guntrom, der aus der Generalverwaltung des Deutschen Opernhauses hinausgeschickt wurde, weil er das Institut dem geschäftlichen Ruin entgegengeführt haben soll, und ohne dessen Mitwirkung der Generalmusikdirektor keine künstlerischen Zukunftspäne nicht glaubt durchführen zu können. Zur Erklärung seines Schrittes und zur Verteidigung seines Mitarbeiters versendet Bloch folgende „Randbemerkung“ an die Presse: „... also muß die Deutlichkeit kurz und klar erfolgen, warum meine Anwesenheit eine logische Konsequenz des Falles Bruder-Guntrom ist. Als wir das

zu tragen und nicht eher ruhen zu wollen, als bis die Reichsteilung verschwinden und er als unumschränkter Herrscher an ihre Stelle getreten ist.

Die völkischen Böglinge machen also ihren Herren und Meistern bereits über den Kopf. Auch sie wollen wie Graefe, Wulle usw. an die Futterrippe und die Ueberzeugungstreue gegen den Parlamentarismus mit der Freifahrkarte 1. Klasse und den Dienen belohnt wissen. Unter dem Dekret nationaler Ehren dienen die bedauerlichen Mitläufer hierzu als Werkzeug. Solange sie unter dem schwarzweißroten Banner mit Hakenkreuz marschieren, werden sie nur nationaler Freiheit gelangen, sondern nur die Stützen unbedarfter Bernegroße bilden, die sich aus Selbstsucht und Ehrgeiz untereinander zerfleischen.

Kampf gegen alle.

München, 4. April. (Eigener Drahtbericht.) Rummer hat auch der völkische Bloß in Bayern seinen Wahlauftrag erteilt. Es wird darin erklärt, daß die völkische Freiheitsbewegung mit Hitler und Ludendorff an der Spitze allen Parteien den Kampf ansetzt und mit keiner eine Koalition eingehen wird. Der Bloß nehme an den Wahlen teil, um dem Volk die Abgabe eines Urteils zu ermöglichen, was durch ein unerhörtes Terrorregiment der Bayerischen Volkspartei bisher verhindert worden sei. Er gehe ins Parlament, um die November-Republik nicht aufzubauen, sondern abzubauen. Der Aufruf tritt dann für folgende Forderungen ein: Wehrhaftmachung des deutschen Volkes, Einsetzung eines Gerichtshofes zur Wahrung der deutschen Ehre und des Christentums beider Konfessionen vor Beschimpfung, Sicherung bayerischer Lebensnotwendigkeiten, Schutz aller schaffenden Stände in Stadt und Land, Sicherung des ehrlich erworbenen Eigentums, Verstaatlichung der Privatbanken, Zuchtstaus, Todesstrafe und Vermögensziehung für Mörder und Schieber und Ausschließung der Juden von allen Staatsbürgerrechten.

Löbe in München.

München, 4. April. (Eigener Drahtbericht.) Am Donnerstagabend sprach Reichstagspräsident Genosse Löbe in einer Wähler-versammlung über die Bedeutung der bayerischen Wahlen für die Arbeiten des Reichstags. Der große Saal des Haderbräukellers war dicht besetzt; der sozialdemokratische Ordnungsdienst zeigte, daß er Autorität hat. Genosse Löbe wies u. a. darauf hin, daß den bayerischen Landtagswahlen auch eine außenpolitische Bedeutung zukomme. Gerade Poincaré lauerne auf den Ausfall dieser Wahlen. Denn er erhofft, dabei die für ihn günstige Wahlparole zu erhalten. Durch die Wahl muß klar entschieden werden, ob Deutschland den mit Dornen besäten Weg der Verständigung und der versuchten Erfüllung weitergehe, oder sich aufs neue denen anvertrauen solle, die Gewalt predigen, mit anderen Worten: es muß sich die Frage entscheiden, ob Beschäftigung mit Menschenkraft gepflegt werden sollen. Wir Sozialdemokraten sehen mit Benugung dem Augenblick entgegen, in dem Ludendorff in den Reichstag kommt. Wenn er da vom Dolchstoß spricht, werden wir ihm sagen, daß das eine Schandtat der Waffengräber ist, in denen Hunderttausende von Söhnen der Sozialdemokraten neben den anderen Volksgenossen ruhen; wir werden ihn an die Frauen erinnern, die ihre Kinder vernachlässigen mußten, weil sie in den Munitionsfabriken arbeiteten; wir werden ihn fragen, ob er dann noch die Stirn hat, die Schuld auf das deutsche Volk zu schieben. Dann wird der Irrwahn zerfallen, der heute noch viele junge Männer beirrt, und dann werden wieder Kräfte frei werden, um das Vaterland aufzubauen, in dem auch ein paar Sonnenstrahlen auf die fallen, die bisher im Schatten gingen. Dazu beginnt das Vorgehen am 6. April.

Zur Aussprache meldete sich nur ein Redner, nämlich der Reichstagsabgeordnete Hoffmann-Schmargendorf, der aus unserer Partei aus- und zu den Kommunisten übergetreten ist. Er entwickelte in der Hauptsache bodenreformerische Theorien und erklärte zum Schluß, mit Mitteln der Demokratie könne die Arbeiterschaft niemals ihr Ziel erreichen.

Theater übernehmen, war der Kassenbestand — die Unmöglichkeit, die Sommergäste auszahlen zu können. Als wir nach sechs Monaten ehrlicher, künstlerischer Arbeit das Theater verließen, war ein erarbeiteter Plus vorhanden, dessen Höhe alle vorgelegten Rechnungen über die Unrentabilität eines nichtsubventionierten Theaters über den Haufen warf und das ausgereicht hätte, die Rheingold-Freie mehrere Male bei der Firma „Gebrüder Fajolt u. Faister“ auszuzahlen. Dieses Plus führte ich auf die Zusammenarbeit Blech-Gruber-Buntram zurück. Das Wohl des Ganzen basierte nach meiner Erfahrung auf dieser Zusammenarbeit. Ihre Fortführung ist (trotz meiner intensiven Warnung) durch die Entlassung Gruber-Buntrams vereitelt worden; meine Arbeit und ihre Ausnutzung sehe ich ohne Gruber-Buntrams Mitarbeit gefährdet; Konsequenz — ich gehe. Leo Blech.

Eugen d'Albert. Am 10. April feiert Eugen d'Albert, der weltberühmte Pianist und Komponist, seinen 60. Geburtstag. Aus der Vigi-Schule hervorgegangen, breitete sich der Klang seines Namens im Sturm über die ganze Welt aus. Zu seinem pianistischen Ruhm erwarb er sich nicht geringeren Lorbeer durch sein reiches Musikschaffen, das besonders glänzend auf dem Gebiet der Opernkomposition emporklühte und die Opernspielpläne der Gegenwart so stark beherrschte, daß man sie sich ohne d'Alberts „Italien“ nicht mehr denken kann. — Bevor d'Albert sich nach der Schweiz zurückzieht, um in aller Stille seinen 60. Geburtstag zu begehen, wird er sich noch einmal in Berlin hören lassen und zwar wird er diesmal seine Kunst in den Diensten der Wohltätigkeit stellen und in einem Konzert spielen, welches unter dem Protektorat der Frau Reichspräsidentin Ebert am Sonntag, den 6. April, mittags 12 Uhr, im Reichstag zugunsten der „Deutschen Reichshilfe“ stattfindet. Allen seinen Freunden und den Verehrern seiner Kunst wird es bei dieser Gelegenheit gegeben sein, dem 60jährigen Meister die ersten Glückwünsche darzubringen und ihm sein letztes Auftreten vor seinem 60. Geburtstag in Berlin zu einer Sympathiefeier zu gestalten.

Dollarlast Reichstum. Von der zunehmenden Anhäufung der Reichtümer in den Vereinigten Staaten geben die Zahlen einen Begriff, die das Handelsministerium in Washington über das amerikanische Volkvermögen veröffentlicht. Nach diesen Angaben ist der Wert der Besitztümer des amerikanischen Volkes seit 1912 von etwa 215 Milliarden Dollar auf gegen 370 Milliarden Ende 1922 gewachsen. Auf den Kopf der Bevölkerung der Vereinigten Staaten verteilt, ergibt dies, daß jeder Mann, Frau und Kind in Nordamerika durchschnittlich 3350 Dollar besitzt gegen 2250 vor 10 Jahren. Alle Arten des Vermögens sind im Geldwert gestiegen, mit alleiniger Ausnahme des Viehs. Eine der bedeutendsten Steigerungen ist die im Wert der Fabrikmaschinen und Werkzeuge, der sich auf 18 350 000 000 Dollar gegenüber 11 130 000 000 Dollar vor 10 Jahren beläuft. Der Geldwert der Eisenbahnen ist von 18 775 000 000 Dollar auf 23 220 000 000 Dollar gestiegen. Der Wert der Kraftwagen, von denen jeder achte Amerikaner einen besitzt, ist nicht besonders geschätzt.

Die Gesellschaft der Musikfreunde in Berlin wird ihre Tätigkeit wieder aufnehmen. Zum Vorsitzenden wurde Ministerialrat Dr. Schmidt gewählt als Dirigent verpflichtet die Gesellschaft Herrn Dr. Heinz Langer. Die Mitglieder werden gebeten, sich bei der Geschäftsstelle, Schellingstr. 4, zu melden.

Takt und Geschmaek bei Herrn Jarres.

Herr Jarres hat sich einen Redakteur der „Zeit“ bestellt, um seine Haltung in der Angelegenheit der Dreger-Trauerfeier zu rechtfertigen. Er läßt diese langatmige Darstellung auch durch WTB verbreiten. Soweit sich keine Erwiderung auf die vom „Vorwärts“ zur Sprache gebrachte Schleifenfrage bezieht, geben wir sie hier wieder:

Ueber die Farbenfrage habe ich mit den Verbänden überhaupt nicht gesprochen. Diese Frage hat der Reichsregierung auch keinerlei „Kopfschmerzen“ verursacht. Von Anfang an war es unsere Absicht die Bahre des Toten mit einem Blumenstück in Form des Eisernen Kreuzes zu schmücken, weil dieses Kreuz das Symbol war, unter dem der Verstorbene gekämpft und gestritten hatte und das ihm, wie uns bekannt war, auch besonders teuer war.

Das Reichsinnenministerium hat weiter mit der Angelegenheit nichts zu tun gehabt. Es ist nicht richtig, daß ein „ganzer Stab von Geheimräten und Ministerialräten“ tagelang mit der wichtigen Aufgabe befaßt worden sei. Solche Dinge bedürfen nicht langer Beratungen der Ressorts. Ich pflege mit in diesen Takt- und Geschmaekfragen auch nicht den Rat und die Mitbestimmung dritter, namentlich unzuständiger außenstehender Personen zu erbitten.

Demgegenüber hatten wir unsere Darstellung entschieden aufrecht. Insbesondere ist es unzutreffend, daß es die Absicht der Reichsbehörden „von Anfang an“ war, ein Blumenstück in Form des Eisernen Kreuzes niederzulegen. Vielmehr war die Frage der schwarzrotgoldenen Schleife Gegenstand wiederholter Besprechungen zwischen den beteiligten Ressorts und erst nach langem Hin- und Herschwanken hat man sich jene „Patentlösung“ ausgesucht, die es ermöglichte, die offiziellen Farben des Reichs zu umgehen.

Herr Jarres drückt sich zwar jetzt damit, daß es „von Anfang an“ seine Absicht war, als Reichsminister die Reichsfarben zu ignorieren. Damit offenbart er nur selbst, welch Geistes Kind er ist. Und wenn er sein Verhalten mit dem Argument von „Takt und Geschmaek“ zu rechtfertigen versucht, so müssen wir es als höchst takt- und geschmacklos bezeichnen, daß ein Minister der Republik, der den Eid auf die Reichsverfassung geleistet hat, sich davor drückt, die verfassungsmäßigen Farben des Reichs bei offiziellen Anlässen zu zeigen. Und wenn das schon die Gesinnung dieses Innenministers ist, wie verhält es sich mit seinem „Takt und Geschmaek“, daß er bei der offiziellen Verfassungsfeier am 11. August 1923 im Reichstag als Redner auftrat und ein dreifaches Hoch auf die deutsche Republik ausbrachte? Oder war dieses Auftreten etwa nur als ein Sprungbrett in die Politik gedacht?

Thormann — Dr. Grandel.

In dem Verfahren Thormann — Dr. Grandel wegen des Attentatsplans gegen General v. Seeckt ist nunmehr der von der Verteidigung gestellte Haftentlassungsantrag, der bereits in erster Instanz abgelehnt worden war, auch vom Kammergericht als zweiter Instanz zurückgewiesen worden. Grandel blieb also ebenso wie Thormann weiter in Haft. Nach Abschluß der Voruntersuchung wird nunmehr gegen beide die Anklage fertiggestellt. Die Anklage dürfte aus dem durch das Republikstuhlgelächter neu geschaffenen § 49b des Strafgesetzbuches (Verabredung zum Mord) erhoben werden. Wann der Termin der Hauptverhandlung anberaumt wird, läßt sich mit Bestimmtheit noch nicht voraussagen, namentlich mit Rücksicht auf die noch in der Durchführung begriffene Neuordnung der Gerichte in Weimar. Dabei ist die Frage, ob diese Strafsache den Staatsgerichtshof oder die ordentlichen Gerichte beschäftigen wird, noch immer nicht endgültig geklärt.

Deutschland und die Expertenvorschläge.

Neuherauszwang noch vor dem Wahltag.

Paris, 4. April. (Eigener Drahtbericht.) Die Redaktionskommission der Sachverständigen, die in der Nacht zum Freitag bis 2 Uhr morgens an der definitiven Fassung und der Korrektur des Berichts gearbeitet hat, ist am Freitagmorgen wieder zusammengetreten. Gemisse Schwierigkeiten, den englischen und den französischen Text miteinander vollkommen in Einklang zu bringen, lassen eine neue Hinauschiebung der Uebersetzung der Vorschläge an die Reparationskommission voraussehen. Im Hotel Astoria wird am Freitag als wahrscheinlicher Termin dafür der Montag oder Dienstag angegeben.

Nach den Informationen der hiesigen Blätter soll Deutschland im ersten Jahre, d. h. 1924, an Sachlieferungen und Befahrungskosten etwa eine Milliarde zu leisten haben. Zunächst sollen 200 Millionen dem Ergebnis der in Aussicht genommenen internationalen Anleihe, der Rest von 200 Millionen den Ueberschüssen der Eisenbahnen entnommen werden.

Die Reparationskommission soll nach den neuesten Dispositionen beabsichtigen, den Bericht der Sachverständigen zunächst zur Kenntnis der deutschen Regierung zu bringen und sie aufzufordern, sich dazu zu äußern. Man will offenbar auf diese Weise

Deutschland zwingen, sich noch vor den Wahlen über Annahme oder Ablehnung der Sachverständigenvorschläge zu entscheiden. Ueber die Absichten, die zum mindesten von französischer Seite mit dieser Taktik verfolgt werden, lassen die Kommentare der Blätter keinen Zweifel. So erklärt der „Temps“, daß jeder Meinungsaustrausch zwischen den Alliierten zwecklos sei, solange die deutsche Stellungnahme nicht bekannt sei. Auf jeden Fall müsse vermieden werden, daß die Alliierten unter dem Druck eines in völliger Passivität verharrenden Deutschlands über eine Lösung diskutieren, die die deutsche Regierung hinterher zu kritisieren oder gar abzulehnen in der Lage sei. Die Taktik der deutschen Regierung gehe offenbar dahin, jede Entscheidung bis nach den Reichstagswahlen hinauszuschieben. Das müsse unter allen Umständen verhindert werden, und dazu sei die Reparationskommission in der Lage. Wenn die deutsche Regierung der Aufforderung, sich gemäß dem Berliner Artikel 234 zu äußern, nicht nachkomme, so werde die Reparationskommission ohne weiteren Vorzug selbstständig über die Vorschläge der Sachverständigen entscheiden und die alliierten Regierungen mit der Durchführung ihrer Beschlüsse belassen. Worauf man in Frankreich hinout will, ist ganz offenbar folgendes: Die voreilige Kritik der Sachverständigenvorschläge in Deutschland sowohl durch einen Teil der Presse wie vor allem durch namhafte Politiker veranlaßte hier die

Hoffnung, daß das Werk der beiden Expertenkomitees an dem deutschen Widerstande scheitern werde.

Frankreich würde dadurch den doppelten Vorteil haben, nicht nur selbst einer Entscheidung entgehen zu sein, sondern auch noch die Verantwortung für das Fiasko des neuen Versuches zur Lösung der Reparationsfrage auf Deutschland fallen zu lassen.

Kohlenwirtschaft und Micum.

Der Reichskohlenrat und der Reichskohlenverband beschließen sich angesichts der Notlage, unter welcher der Bergbau und besonders auch die Bergarbeiterschaft des Ruhrbezirks aufs schwerste leiden, mit dem von der Micum einerseits und dem Bergbauverein andererseits zur Beurteilung der finanziellen Lage des Ruhrbergbaues zusammengestellten Zahlenmaterial. Sie kamen einstimmig zu dem Ergebnis, daß die jetzigen Micum-Belastungen untragbar sind, da sie die Vermögenssubstanz der Bergwerke in erschreckender Weise aufzehren und die Lebensbedingungen des Bergbaues und der Bergarbeiterschaft zerstören.

Reichskohlenrat und Reichskohlenverband gaben der Erwartung Ausdruck, daß für die Regelung der Verhältnisse im Ruhrbergbau nach dem 15. April eine Lösung gefunden werde, welche aus diesen unerträglichen Zuständen herausführt, bevor ein völliger Zusammenbruch erfolgt.

Hoersch bei Poincaré.

Paris, 4. April. (WTB.) Botschafter Hoersch hatte heute nachmittag eine längere Unterredung mit Ministerpräsident Poincaré über die Frage, was zur Herbeiführung eines Zwischenzustandes für die Zeit zwischen dem Abbruch der Micum-Verträge am 15. April und der endgültigen Regelung zu geschehen habe.

Noch keine Pariser Reise Macdonalds.

London, 4. April. (Eigener Drahtbericht.) Die Mitteilungen der Presse, daß Macdonald wahrscheinlich bald Poincaré in Paris besuchen werde, um sich mit ihm über die schwebenden Probleme zu unterhalten, geben der Umgebung Macdonalds Anlaß mitzuteilen, daß eine solche Reise nicht geplant ist, bevor die Sachverständigenberichte sorgfältig geprüft seien und der allgemeine Eindruck ihrer Vorschläge bei den alliierten Regierungen bekannt sei.

Nach dem Vertrauensvotum für Poincaré.

100 Stimmenthaltungen.

Paris, 4. April. (Eca.) Das Bild der Abstimmung über das Vertrauensvotum für das neue Kabinett Poincaré hat sich durch die im Verlauf des heutigen Vormittags vorgenommenen Beratungen einigermaßen verändert. Für das Kabinett wurden abgegeben 383 Stimmen und nicht, wie ursprünglich gemeldet 408. Gegen das Kabinett wurden 131 Stimmen abgegeben, und nicht 151. Es sind also zahlreiche Enthaltungen (etwa 100. Red. d. „V.“) zu verzeichnen. Es ist bezeichnend, daß sich eine große Anzahl von Politikern, wie Briand, Forgoet, der frühere Kriegsminister Bessère, Lardieu, Ignace und Mandel, der Abstimmung enthalten haben. Alle früheren Mitglieder des vorherigen Kabinetts Poincaré mit Ausnahme von Sorraut, der abwesend war, haben für das Kabinett gestimmt.

Die Mehrheit wird schon kleiner.

Paris, 4. April. (Eca.) Die Kammer hat heute nachmittag die Beratungen über die Pensionsvorlage fortgesetzt. Die Regierung lehnte die Senatsvorlage vor allem deshalb ab, weil die Erhöhung der Pensionen auch auf die staatlichen Arbeiter ausgedehnt wurde. Die Regierung stellte ein besonderes Statut für die staatlichen Arbeiter in Aussicht, wodurch 15 Millionen Frank gespart würden. (Zuruf: Wegen 15 Millionen Frank hat man also die Regierung gekürzt! Leon Daubert: Es war wirklich nicht der Mühe wert, die Regierung einer solchen Bagatelle wegen zu stürzen!) Einige Abgeordnete schlugen einen Zusatzantrag zum ersten Artikel vor, wonach die Erhöhung der Pensionshöhe der Regierungsbeamten auch auf die staatlichen Arbeiter ausgedehnt werden soll. Der Finanzminister Marjal erklärte, daß die Regierung diesen Zusatz nicht annehmen könne und die Vertrauensfrage stelle. (Zuruf von links: Die Lage ist wieder dieselbe wie vorige Woche, stürzt doch die Regierung, um konsequent zu bleiben.) Der Abgeordnete Broussé ersucht die Regierung, nachzugeben und schlägt eine Ausländersteuer vor, um die laufenden Gelder aufzubringen. Der Zusatzantrag der Opposition wird mit 324 gegen 201 Stimmen abgelehnt.

Arbeit für Degoutte.

Paris, 4. April. (Eigener Drahtbericht.) Die Treibereien der nationalistischen Parteien in Deutschland haben den Franzosen den erwünschten Anlaß zu neuen Behebungsmaßnahmen gegen die Bevölkerung des besetzten Gebietes gegeben. Unter dem Vorwand, daß die ungewöhnliche Aktivität der militärischen Geheimorganisationen einen Zustand außerordentlicher Gefahr für die Befehlungsarmee schaffen, hat die Interalliierte Rheinlandkommission auf Veranlassung Frankreichs eine Reihe neuer Repressalien beschlossen, darunter die stete Ueberwachung aller ehemaligen nichtaktiven und Reserveoffiziere in den besetzten Gebieten, die Ueberwachung der Schuljugend, das Verbot der Rekrutierung für die Reichswehr in den besetzten Gebieten. Darüber hinaus hat General Degoutte zusammen mit dem französischen Rheinlandkommissar am Freitag die Einleitung einer über das ganze Rheinland und die Ruhr sich erstreckenden militärischen Polizeioperation angeordnet.

Essen, 4. April. (Eigener Drahtbericht.) In Essen sind in den letzten Tagen zirka 20 Personen von den Franzosen verhaftet worden unter der Beschuldigung, Mitglieder verbolener Organisationen zu sein. Wie die „Aberisch-Westfälische Zeitung“ meldet, sind im Norden von Eberfeld französische Truppen auf Eberfelder Gebiet vorgezogen und haben eine Reihe von Häusern in das besetzte Gebiet einbezogen.

England und die Militärkontrolle.

Die „Times“ gegen Abbau.

London, 4. April. (Eigener Drahtbericht.) Die „Times“ schreiben in ihrer Berichterstattung über die deutsche Note wegen der interalliierten Militärkontrolle, Deutschland habe nicht das geringste Recht, die Einstellung der Militärkontrolle zu fordern. Wenn es auch richtig sei, daß Deutschland nicht imstande sei, heute einen Krieg zu führen, so sei doch die französische Behauptung glaubhaft, daß Deutschland während der durch die Ruhrbesetzung verursachten Unterbrechung der Militärkontrolle seine Kräfte für die militärische Reorganisation verdoppelt habe. Die Alliierten mögen erst Gewißheit über diesen Punkt haben, bevor das gegenwärtige Kontrollsystem geändert werden könne. Uebrigens dürfe in Deutschland kein Zweifel darüber herrschen, daß der Zeitpunkt der Beendigung der Militärkontrolle nicht von Deutschland, sondern von den Alliierten festgesetzt werde.

Polnische Inflationengewinnerei.

Der Finanzminister wird angeklagt.

Warschau, 4. April. (Eigener Drahtbericht.) Im Sejm wurde ein durch hundert Abgeordnete unterzeichneter Antrag eingebracht, welcher die Regierung anfordert, den früheren Finanzminister Ruzarski zur gerichtlichen Verantwortung zu ziehen, weil er der Textilfabrik in Zyrardow bei Warschau einen bedeutenden nicht valorisierten Staatskredit erteilt hat.

Neue Krise in Belgrad.

Nach Anerkennung der Raditschmandate in Sicht.

Belgrad, 4. April. (WTB.) Der Prüfungsausschuß der Stupischina erkannte die röstlichen 26 Mandate der kroatischen Bauernpartei, und zwar 19 einstimmig und 7 Mandate mit 11 Stimmen der Opposition gegen 10 Stimmen der Regierungsparteien an. In parlamentarischen Kreisen herrscht die Ansicht vor, daß nach Verifizierung der kroatischen Abgeordnetenmandate durch das Plenum (d. h. in dem Augenblick, wo die Oppositionsparteien zur Mehrheit werden, D. Red.) der Stupischina das Kabinett Raditsch-Bribitschewitsch seine Demission geben wird, um dem König die Entscheidung zu überlassen, ob ein Arbeitskabinett unter Jovanowitsch gebildet, oder Remonahien ausgeschriben werden sollen.

Gewerkschaftsbewegung

Der Kampf der Eisenbahner.

Köln, 4. April. (Eigener Drahtbericht.) Die Bezirksleitung Elberfeld des Deutschen Eisenbahnerverbandes wendet sich in einer Erklärung „Zum Kampf der Eisenbahner“ an die Öffentlichkeit, um über den tatsächlichen Stand des Eisenbahnerstreiks und seine Ursachen zu informieren.

Der Streik ist nicht von den Eisenbahnern verschuldet, sondern von der Reichsbahnverwaltung. Trotzdem auch die Direktion in Elberfeld öffentlich zugibt, daß die Löhne der Eisenbahner völlig unzureichend sind, hat man die Lohnverhandlungen in Berlin wochenlang verschleppt und keinerlei nennenswerte Zugeständnisse gemacht. Es wird gefordert, daß die finanzielle Notlage der Reichsbahn die Zurückhaltung der Verwaltung bedinge. Diese Behauptung stellt man auf, trotzdem die Eisenbahnerfahrpreise wiederholt erhöht sind und die Arbeitszeit der Bediensteten enorm verlängert wurde. Andererseits werden aber kostspielige Experimente mit der technischen Rohhilfe gemacht und Summen vergeudet, die besser zur Aufbesserung der Löhne Verwendung gefunden hätten.

Ferner hat die Erfahrung gelehrt, daß der Einsatz der technischen Rohhilfe die Betriebssicherheit maßlos gefährdet und kostbares Staatsmaterial der Vernichtung preisgegeben wird. Ungeheure Werte werden so aufs Spiel gesetzt.

Zum anderen geht die Bahnverwaltung dazu über und sucht Streikbrecher aus den Reihen arbeitsscheuer Elemente zu werben. Weil ausständige, ehrliche Arbeiter sich nicht dazu hergeben, ihren kämpfenden Kameraden in den Rücken zu fallen, greift man zu den moralisch verkommenen Subjekten und stellt diese ausgerechnet in den Gepäckfertigungen und Güterböden ein. Kein Wunder also, wenn die Geschäftswelt an ihren Bahngütern Verluste erleidet durch Diebstähle aller Art. Wertvolles Bahngut darf daher während der Dauer des Streiks nicht zur Beförderung ausgegeben werden.

Die Eisenbahndirektion leidet in den Tageszeitungen, daß ein Umsichgreifen des Streiks nicht zu befürchten sei. In Wahrheit trifft das Gegenteil zu. Es geht um das nackte Leben der Eisenbahner! Die Kaufkraft der Bediensteten ist völlig erlahmt. Das allgemeine Erwerbsebenen kann nicht wieder zur Blüte kommen, wenn Hunderttausende von Staatsarbeitern nichts kaufen können; darum heißt uns und bringt unseren Kampf kluges Verständnis entgegen!

Nürnberg, 4. April. (B.T.B.) Heute nachmittag hat der größte Teil der Arbeiter in den Betriebswerkstätten des Nürnberger Hauptbahnhofs und des Rangierbahnhofs die Arbeit niedergelegt.

Die Bewegung in der Metallindustrie.

Bei der Firma Dr. Max Levy, Abteilung Müllerstraße, ist die Belegschaft wegen Nichtbewilligung der Lohnforderungen in den Streik getreten.

Bei Dittmann, Wittenau, befindet sich die Belegschaft aus den gleichen Ursachen in einem sanktionierten Streik.

In der A.G. treten die Einrichter und die Schmieße in den Streik. Die Schmiedewerkstatt ist damit stillgelegt. Die Streikenden bitten, darauf Rücksicht zu nehmen.

Neue Löhne der Metallschleifer.

Zwischen dem Verband der Metallschleifer und Galvanisieranstalten und dem Deutschen Metallarbeiterverband, Ortsverwaltung Berlin, ist mit Wirkung der Lohnwoche vom 1. April folgende Lohnvereinbarung geschlossen: Metallschleifer und Galvanisierer 65 Pf. Stundenlohn, Alfordbasis für Schleifer 65 Pf., Krager 48 1/2 Pf. Höchsternte Arbeiter über 21 Jahre erhalten einen Stundenlohn von 25 Pf., von 20 bis 21 Jahren 40 Pf., von 19 bis 20 Jahren 37 Pf., von 18 bis 19 Jahren 34 Pf. Der Stundenlohn der Galvanisierinnen hat eine Höhe von 36 Pf., der Kragerinnen, Radierinnen von 33 Pf. Für Jugendliche (männliche und weibliche) beträgt der Lohn je nach der Altersklasse 11 bis 27 Pf. Arbeiter mit durchschnittlicher Leistung sollen auf Alfordarbeit 25 Proz. über die Alfordbasis verdienen. Arbeiter der Klasse I, die nur im Lohn arbeiten, erhalten 10 bis 15 Pf. Ausgleichszulage. Die bestehenden Abfordere werden um 15 Proz. erhöht. — Die geistige Versammlung der Metallschleifer und Galvanisierer nahm dieses Lohnabkommen mit großer Mehrheit an.

Die Lohnbewegung der Dreher.

Die Versammlung der Vertrauensleute der Eisen- und Revolverdreher, soweit sie im Deutschen Metallarbeiterverband organisiert sind, nahm am Donnerstagabend Stellung zum weiteren Vorgehen in der Branche. Der Vorsitzende Hildenbrand schilderte in ausführlichen Darlegungen die Situation innerhalb der Dreherbranche. Auf die verschiedenartige Bezahlung in den einzelnen Betrieben wurde besonders hingewiesen. Ueber diese Vorkommnisse muß der Branchenleitung rechtzeitig Kenntnis gegeben werden, damit ein Vertreter der Verwaltung in die verschiedenen Betriebe entsandt wird, um für eine ordnungsgemäße Regelung Sorge zu tragen. Branchenvertreter Forster erklärte auf Grund der bekanntgegebenen Lohn- und Arbeitsbedingungen, daß nur mit dem alten Kampfeifer der Boerriegszeit für die Kollegenschaft etwas getan werden kann. In der Aussprache kam der eiserne Wille zum Ausdruck, trotz des Drehervereins alle Maßnahmen im Interesse der Lebenshaltung der Kollegen zum Durchbruch zu bringen.

Chor- und Ballettstreik in der Staatsoper.

Der Deutsche Chorfänger- und Ballettverband schreibt uns: Im Jahre 1919 wurde zwischen dem Deutschen Bühnenverein als Arbeitgeberverband und dem Deutschen Chorfänger- und Ballettverband als Arbeitnehmerorganisation ein Tarifvertrag geschlossen, das die Dienst- und Arbeitsverhältnisse für Chor- und Ballettmittglieder regelt; die Besoldungsfrage dagegen blieb unberührt. Die Berliner Staatsoper, obwohl auch Mitglied des Deutschen Bühnenvereins, setzte sich über verschleierte der getroffenen Vereinbarungen gleich zu Anfang systematisch hinweg. Der Chorfängerverband sah sich infolgedessen wiederholt genötigt, entsprechend Klage bei dem dafür zuständigen paritätischen Tarifausschuss zu führen; dabei haben die Vertreter des Bühnenvereins die Klagen stets als berechtigt anerkannt und versprochen, Abhilfe zu schaffen. Ein positiver Erfolg war jedoch nicht zu erzielen.

Das Tarifwerk sieht u. a. zwei Schlichtungsstellen für Lohnstreitigkeiten vor, eine in Berlin, am Sitz des Bühnenvereins, und die andere in Mannheim, am Sitz des Chorverbandes. Im vergangenen Sommer erklärte plötzlich der Bühnenverein, daß er während der Theaterferien nicht in der Lage sei, Beisitzer für die Mannheimer Schlichtungsstelle zu entsenden. Diese Schlichtungsstelle war

dadurch mindestens zwei Monate lahmgelegt, was für Mitglieder des Chorfängerverbandes, die an Sommerbühnen verpflichtet waren, beträchtlichen Schaden verursachte. Der gemeinnützige Theaterverband, der die sämtlichen staatlichen, städtischen und anderen gemeinnützigen Bühnen Deutschlands umfaßt und den wesentlichsten Bestandteil des Deutschen Bühnenvereins bildet, erklärte vor einigen Wochen, daß er zur Mannheimer Schlichtungsstelle Beisitzer überhaupt nicht mehr entsendet. Dadurch ist die Vereinbarung bezüglich der Schlichtungsstellen durch den Bühnenverein zertrümmert. Eine Inanspruchnahme der Berliner Schlichtungsstelle in Sachen der Staatsoper war daher für den Chorfängerverband nicht mehr möglich, soweit die Lohnstreitigkeit in Frage kommt; für die anderen Streitigen Fragen (Anerkennung der Organisation und Regelung der Alters- und Hinterbliebenerversorgung) wären die tarifliche Schlichtungsstellen ebenso unzuständig wie die amtlichen. Der Vorwurf der Tarifverletzung seitens des Chorfängerverbandes wird dadurch hinfällig.

Was die Nichtanerkennung des Chorfänger- und Ballettverbandes durch die Staatsoper betrifft, so mutet es merkwürdig an, wenn eines der prominentesten Mitglieder der einen Tariforganisation die andere Tariforganisation überhaupt nicht anerkennen will.

Die schriftliche Ankündigung, daß sie mit der Organisation nicht mehr verhandelt, hat die Generalverwaltung der Staatsoper dadurch in die Tat umgesetzt, daß sie auf die befristete Eingabe der Organisation vom 22. März d. J. überhaupt nicht geantwortet hat. Auch die Mitteilung des Streikbeschlusses durch die Organisation blieb unbeantwortet. Die Generalverwaltung hat lediglich den Betriebsrat zu Verhandlungen einberufen. Lehrender teilte der Organisation mit, daß Verhandlungen nur zwischen Generalverwaltung und Betriebsrat unter Zuzugung eines Organisationsvertreters stattfinden könnten. Die inzwischen erfolgte Arbeitsniederlegung müßte jedoch vorher bedingungslos rückgängig gemacht werden. Diesen Bedingungen konnte die Organisation umschalich zustimmen, zumal die Verhandlungen unter der Leitung des Betriebsratsvorsitzenden, der Mitglied des Chorfänger- und Ballettverbandes ist, und gegen den wegen kommunistischer Umtriebe und anderer organisatorischer Verstöße ein Ausschlußverfahren aus dem Verband schwebt, stattfinden sollte. Dieser Grund der Ablehnung des Betriebsratsvorsitzenden, der nebenbei bemerkt, vor einigen Monaten schon ein einseitiges Mißtrauensvotum von den von ihm vertretenen Mitgliedern erhielt, wurde der Generalverwaltung rechtzeitig mitgeteilt. Ebenso, daß die Organisation jederzeit zu direkten Verhandlungen bereit ist.

Es sei ausdrücklich darauf hingewiesen, daß einer der Punkte, die zum Kampf führen, die gänzlich unzulässige Alters- und Hinterbliebenerversorgung der Mitglieder und mehr noch der Altpensionäre ist. So z. B. bezog ein noch vor wenigen Jahren an erster Stelle im Ballett tätig gewesenes Mitglied im Januar d. J. eine Pension von 12 M.; Chorfänger mit 40 bis 45 Dienstjahren an der Staatsoper beziehen eine Gnadenpension von monatlich 30 bis 40 M.; diese allerdings erst seit ganz kurzer Zeit. Und darauf haben die betreffenden Mitglieder noch nicht einmal einen Rechtsanspruch, diese Gnadenpension ist jederzeit widerruflich.

Die Deffentlichkeit mag sich selbst ein Urteil bilden, ob solche Zustände dem Ansehen des prominentesten preußischen Operninstituts würdig sind.

Lohnabkommen der Steinarbeiter.

Wie uns vom Zentralverband der Steinarbeiter, Zahlstelle Berlin, mitgeteilt wird, ist folgendes Lohnabkommen getroffen worden:

Bau- und Werksteinbranche ab 26. März: Steinmeße 75 Pf., Hilfsarbeiter bis 6 Monate im Beruf 60 Pf., über 6 Monate im Beruf 63 Pf. Grabmalbranche ab 29. März: Steinmeße 72 Pf., Hilfsarbeiter bis 6 Monate im Beruf 59 Pf., über 6 Monate im Beruf 58 Pf. Marmorbranche ab 29. März: Steinmeße 75 Pf., Schleifer, Fräser, Dreher usw. 69 Pf., Anfänger bis 6 Monate im Beruf 46 Pf., bis 9 Monate im Beruf 52 Pf., bis 12 Monate im Beruf 60 Pf., über 12 Monate im Beruf 68 Pf. Frauen bis 6 Monate im Beruf 29 Pf., bis 9 Monate im Beruf 35 Pf., über 9 Monate im Beruf 40 Pf. Hilfsarbeiter bis 6 Monate im Beruf 58 Pf., über 6 Monate im Beruf 63 Pf.

In der Marmorbranche konnte gleichzeitig die Regelung der Arbeitszeit durch folgende Vereinbarung mit vorgenommen werden:

Die normale Arbeitszeit beträgt pro Tag acht Stunden, also pro Woche 48 Stunden. Im Einverständnis mit der Betriebsverwaltung kann vorübergehend, d. h. nur in Ausnahmefällen, die Arbeitszeit auf neun Stunden verlängert werden, vorausgesetzt, daß geeignete arbeitslose Marmorarbeiter und -arbeiterinnen nicht vorhanden sind. Diese neun Stunden wird mit 20 Proz. Ueberstundenzuschlag bezahlt. Die Verteilung der 48 Stunden auf die sechs Arbeitstage bleibt den einzelnen Betrieben überlassen. Die im alten Tarif vom 4. Oktober 1921 festgesetzte halbstündige Vergütung am Schluß der Arbeitswoche fällt weg. Die Vergütung der zwei Stunden vor den hohen Festen (Ostern, Pfingsten und Weihnachten) bleibt wie bisher bestehen. Die über die normale Arbeitszeit hinaus geleistete Ueberarbeitszeit soll nicht mehr durch Fortfall regulärer Arbeitsstunden ausgeglichen werden.

Lohnvereinbarung im Friseurgewerbe.

Ueber das Ergebnis der Lohnverhandlungen berichtete der Obmann der Tarifkommission D. Bumbalat in einer gut besuchten Mitgliederversammlung des Arbeitnehmerverbandes des Friseur- und Haargewerbes. Mit Wirkung vom 31. März beträgt der Mindestwochenlohn für Herrenfriseur 20 M., für Damenfriseur 21 M. und für Damen- und Herrenfriseur 23 M. Gehilfen unter 20 Jahren erhalten 18 M. Haararbeiter und -arbeiterinnen 21 bis 26 M. Dementprechend sind auch die Zuschläge geregelt worden. Der Urlaub beträgt bei ein- bis zweijähriger Tätigkeit fünf, darüber sieben aufeinanderfolgende Arbeitstage. Bessere Abkommen über die Löhne dürfen nicht abgeschlossen werden. Die Parteien sind sich auch darüber einig, daß ein Tarifvertrag abgeschlossen werden soll. Nach lebhafter Diskussion, in der das Bestreben der einzelnen Arbeitgeber, die Arbeitszeit ohne Grund auf 10 Stunden auszudehnen, gebührend beleuchtet und deren Bestrafung verlangt wurde, fand das Abkommen die Zustimmung der Versammelten. Nach Bornahme einer Ergänzungswahl zum Verbandsvorstand wurde auf die Reichstagswahl am 4. Mai aufmerksam gemacht.

Der Wunschzettel der Zeichenbesitzer.

Die für Sonnabend in Aussicht genommenen Lohnverhandlungen für den Ruhrbergbau haben bereits am Freitag nachmittag im Anschluß an eine Besprechung der Arbeitervertreter mit dem Reichswirtschaftsminister in Berlin begonnen. Die Unternehmer haben offenbar ihren völlig ablehnenden Standpunkt in der Lohnfrage ausgegeben.

Für die Erneuerung des Tarifvertrages übermittelte der Zeichenverband den Bergarbeiterverbänden Abänderungsvorschläge zum Rahmentarif. Diese sehen u. a. vor: Verlängerung der Arbeitszeit, also Beseitigung der vertraglich festgelegten Siebenstundenschicht unter bzw. der Achtstundenschicht über Tage. Gewünscht wird eine Verlängerung der Arbeitszeit um eine Stunde in heißen Gruben, wo mehr als 50 Proz. der Untertagebelegschaft bei über 28 Grad Celsius arbeitet, ferner Herabsetzung des Mindestlohnes, Abschaffung des Hausstandsgeldes, Reduzierung der Deputatlohnmenge und Heraussetzung des Deputatlohnpreises, Fortfall des Soziallohnes für Krankenfeiertage u. dgl. m. Die Bergarbeiter werden dazu Abänderungsvorschläge einreichen.

Die systematische Spaltung.

Unter der Ueberschrift „Eine Spaltungskonferenz des A.D.B. Vorstandes in Köthen“ berichtet die „Rote Fahne“, die Arbeiterschaft zur aktiven Opposition gegen den Bundesvorstand aufzurufen. Die Veranlassung dazu findet sie in dem Umstand, daß der Bundesvorstand ansprechend der vom Leipziger Gewerkschaftskongress festgelegten Bundesjahrgang für die Provinz Sachsen und den Freistaat Anhalt ein besonderes Bezirkssekretariat eingerichtet hat. Daß die Rostauer auf der entscheidenden Konferenz am 30. März in Köthen in eine hoffnungslose Minderheit gedrängt waren, ist doch, magt aber die Sache nicht besser.

Zunächst behauptet die „Rote Fahne“, eine Reihe „oppositioneller“ Ortsausschüsse seien nicht zur Konferenz geladen worden. Schon auf der Konferenz wurde das Gegenteil festgestellt, und überdies hatten die Rostauer ihre Glaubensgenossen schon zu einer Vorkonferenz am vorhergehenden Tage geladen. Es ist anzunehmen, daß diese Gesellschaft dort schon eingeleitet hatte, daß sie auf der Konferenz keine Vorbeurteilung ernten würde, und deshalb hat diese kommunistische Vorkonferenz gleich für den Reinerungsbezirk Halle-Merseburg einen eigenen Vaden aufgemacht. Vorsitzender und gleichzeitig angestellter Sekretär wurde ein Herr Grabow, der schon vordem aus dem Baugewerkschaftsbund ausgeschlossen war. Unter Führung dieses Strategen nahmen die Rostauer sehr ausgiebig Gelegenheit, auf der Konferenz für ihre „Gewerkschaftslehre“ Propaganda zu machen. Resultat: Von 71 Delegierten stimmten nur 12 gegen den Beschluß des Vorstandes, schon jetzt das Bezirkssekretariat zu errichten.

Die „Rote Fahne“ fällt in ihrer Unschuld das Resultat dahin um, daß die Rostauer vor der Abstimmung die Konferenz verlassen hätten. In Wirklichkeit brachte nach dieser Abstimmung Grabow noch eine Entschärfung der Sondertonferenz vom Vortage zur Kenntnis. Er selbst wollte keine Abstimmung darüber, weil das Resultat nach der vorhergehenden Abstimmung nicht mehr zweifelhaft war. Die Konferenz verlangte dann aber Abstimmung. Auch diese wurde noch in Gegenwart der Rostauer vorgenommen, und nur zwei Stimmen erhoben sich mutig dafür. Erst nach diesem Resultat zogen sich die kommunistischen Strategen zurück, weil sie mußten, daß von ihnen doch keiner das Vertrauen gewonnen hätte, um in der anschließenden Wahl des Bezirksvorstandes oemüßt zu werden. In der Deffentlichkeit wäre demnach nur noch festzustellen, daß für den Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund ein Bezirksstarkeff für Halle-Merseburg nicht existiert, daß die dahinterstehenden Rostauer mit dem Namen A.D.B. nur Mißbrauch treiben. Damit gefehen sie die von ihnen vollzogene Spaltung unter Mißbrauch des Namens des A.D.B. und zugleich, daß dieser Name doch nicht so schlecht ist, als es von ihnen in der Deffentlichkeit immer hingestellt wird.

Der Achtstundentag.

In jüngster Zeit wurde da und dort getrebt, die Geltung des Achtstundentages einzuschränken, doch konnten diese Absichten nicht verwirklicht werden. So hat das Schweizer Volk in Urabstimmung eine Abänderung des auf die Arbeitzeit bezüglichen Artikels des Bundesgesetzes verworfen, die auf eine Verlängerung der Arbeitszeit abzielte; für die Abänderung wurden 314 000 Stimmen ausgebracht, dagegen 431 341 Stimmen. — In Belgien wurde der Antrag Devezé, der eine Revision des Achtstundentages bezweckte, von der Kammer der Abgeordneten mit 136 gegen 20 Stimmen abgelehnt. Eine Regierungsvorlage zur Änderung des Achtstundentages wurde mit 97 gegen 66 Stimmen verworfen. — In Oesterreich empfahl der Nationalratsausschuss für soziale Verwaltung einstimmig, daß dem Washingtoner Uebereinkommen über den Achtstundentag die verfassungsmäßige Genehmigung unter dem Vorbehalt erteilt werden soll, daß das Uebereinkommen dann in Kraft tritt, wenn es von den europäischen Mitgliedsstaaten der internationalen Arbeitsorganisation, denen die größte industrielle Bedeutung zukommt (Belgien, Deutschland, Frankreich, Großbritannien und Italien) und von sämtlichen mit Oesterreich in wirtschaftlichem Verkehr stehenden Nachbarstaaten (Jugoslawien, Polen, Schweiz, Tschechoslowakei und Ungarn) ratifiziert ist.

Achtung, Mitglieder des Verbandes der Buchbinder und Papierverarbeiter in den Buchbindereien und Buchdruckereien! Während des ausgebrochenen Konflikts der Buchdrucker nehmen unsere Mitglieder eine abwartende Haltung ein. Ueberstunden sind jedoch auch von unseren Mitgliedern auf jeden Fall zu vermeiden. Die Branchenleitung, A. U. Herzog.

Achtung, Maler! Der Stundenlohn für Maler beträgt 70 Pf. Einmütig hat die Ortsverwaltung beschloffen, den 1. Mai durch Arbeitsruhe zu feiern. Es wird erwartet, daß die Betriebe reiflos dem Beschluß Folge leisten.

Die Ortsverwaltung: gez. Schiemann.

WFA-Konventionenversammlung am Montag abend 7 Uhr in Boverlands Hofkafen, Berlin C., Neue Friedrichstr. 35 (Großer Saal). Tagesordnung: Stellungnahme zu der durch die Verbändlicherkennung des Schiedsgerichts der Berliner Metallindustrie geschaffenen Situation. Des Erscheinens eines jeden Funktionärs ist unbedingt erforderlich. Des WFA-Metallarbeiter-Kongress am 5 Uhr in Boverlands Hofkafen. WFA-Metallarbeiter-Kongressabend, Dienstag abend 7 Uhr allgemeine Versammlung der Mitarbeiter und Helfer bei Kommit. Lange Str. 30. Tagesordnung: Bericht über die Lohnverhandlungen.

Verantwortlich für Politik: Ernst Reuter; Wirtschaft: Walter Gatermann; Gewerkschaftsbewegung: A. Reimer; Freiwirtschaft: Dr. John Schillemann; Soziales und Sonstiges: Fritz Kaufmann; Anzeigen: H. Glaser; sämtlich in Berlin. Verleger: Hermann-Berling G. m. b. H., Berlin. Druck: Hermann-Berling-Verlag und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin S.W. 68, Lindenstraße 2, Distanz 3 Beilagen.

Güßstoff (part teuren) Zucker!

Sophien-Säle Sophienstraße 18

Säle frei • Nrd. 9296



Drücken Sie sich bestimmt aus!

Sagen Sie nicht Sie möchten eine gute Zigarette haben, fordern Sie ausdrücklich die gute MASSARY-Zigarette.

Kleine Massary 2.8

Nun geht das Wandern wieder an . . .

Vorfrühlingsstöße durchfluten das Land mit ihrem Sonnenschein. Die Sonne löst alles aus der winterlichen Erstarrung, um neuem Leben Raum zu geben. Doch der Winter ist ein hartnäckiger Geselle, der nicht ohne Kampf dem jungen ins Land schlendernden Bimmel, der keine Achtung vor dem eisgrauen Bart des Herrschers empfindet, dem Frühling, das Feld überlassen möchte. Und dennoch ist in den Menschen jetzt der Bann gebrochen. Soweit soziale Verhältnisse es irgend gestatten, ziehen sie in ihrer freien Zeit hinaus, einem neuen Naturerlebnis entgegen.

In der Jugendherberge.

In den Gruppenabenden der Jugend- und Wandergruppen wird der Plan festgelegt. Alles ist bereit und am Sonnabend nach Feierabend wird schnell das Nötige gepackt. Die Eisenbahn bringt die nicht früh genug das Ziel Erreichenden hinaus. Im Abendhatten wandert sich's wunderbar dahin durch den schweigenden Wald. Hier und dort noch der Ruf eines Käuzchens, in der Ferne Hundegebell, die Menschen gehen zur Ruhe, zur Erholung von des Tages Last und Mühen. Nur die Wanderer ziehen noch singend ihres Weges, dem Ziel, der Jugendherberge entgegen. — Herbergen gibt es heute überall. Zum Teil haben es sich die Wanderverbände zum Ziel gesetzt, für ihre Wanderungen Stützpunkte in Form von Hütten und Heimen zu schaffen — in den Kreisen der Arbeiterschaft ist es vor allem der bekannte Touristenverein „Die Naturfreunde“, der auf diesem Gebiete Vorbildliches leistet —, zum Teil sind es Freunde der Jugend, Staat und Kommune, die weite Gebiete Deutschlands mit einem urgiebigen Netz von Jugendherbergen überzogen und so einem urmüchtig-frohen Leben Heimstätte boten. Vieles ist hier noch unvollkommen, vieles gilt es noch zu schaffen. Der Wanderbewegung aber bietet auch das bis jetzt Erreichbare schon Erleichterung und Antrieb zu neuem Tun genug. — Der Führer jeder Wandergruppe hat sich frühzeitig darum bemüht, eine Unterkunft für seine Gruppe festzusetzen. Wenn dann die Schar singend einzieht, gilt es nur noch einige Formalitäten zu erledigen und die Aufnahme ist vollzogen. Ein frohes, buntes, bewegtes Leben und Treiben entwickelt sich jetzt. Die Wädeln gehen an die Bereitung des Abendessens — Gemeinschaftsgeist durchweht ja den Kreis der gesamten Wanderbewegung —, die Butschen erledigen einige andere nützliche Arbeiten; hier wird schnell für den Bedarf der Herberge noch ein wenig Holz gespalten, dort ist einer mit der Wiederherstellung einer reparationsbedürftigen Tür beschäftigt usw. Nach Feierabend aber macht sich alles in dem großen Aufenthaltsraum bequem. In der Ecke am dickbauchigen Ofen hat sich die musikalisch „erleuchtete“ Gruppe versammelt: Lautenspiel und Liedersang erfüllen den Raum; in einer anderen Ecke haben sich ein paar Diskussionswütige niedergelassen deren Redeform kein Ende finden kann. Anlaß dazu findet sich leicht, denn in diesen Herbergen ist oft die Jugend vom rechten bis zum linken Flügel des politischen Lebens anzufinden. Da gilt es neue Gedanken aufzunehmen, zu verarbeiten und im Widerstreit der Weltanschauungen gute und sachliche Gegengründe darzulegen. In den Nebenraum hat sich eine stille Gruppe zurückgezogen, die der Vorlesung eines ihrer Freunde aus einer Dichtung lauscht. Gegen 10 Uhr wird aber diesem Zusammensein vom Heimwart oder Herbergswart ein grausames Ende bereitet. Die Lager warten ihrer Gäste.

Durch Feld und Wald . . .

Am Morgen ist alles früh bereit. Die Klübe des Vorfrühlingsstages schreit nicht mehr; ein frühlicher Abschied, ein tüchtiger Marsch, bald erfüllt Jugendlust wieder die wandernde Gruppe. Viel gibt es jetzt zu schauen. Ernsthaft wandernde Jugend ist nicht kilometermäßig, ist nicht rabaulustig und oberflächlich; ernst wandernde Jugend will schauen und lernen, will die Gesetze der Naturgestaltung erkennen, um dereinst im Lebenskampf seinen Posten im Interesse der gesamten Menschheit voll und ganz ausfüllen zu können. Und dennoch entbehrt dieses Wandern nicht des heiteren Zwischenspiels, denn Jugend hat das Recht, heiter und lebenslustig zu sein. Jugend, die nicht einmal — immer nach Jahren gerechnet — mehr zu den ganz Jungen gehört. In Sang und Spiel begrüßt alles den nahenden Frühling. — Manchmal stille Mittagsstunde, vom Spiel der Sonnenstrahlen durchleuchtet,

gestattet schon ein beschauliches Lagern im Freien. Schnell sind die Kochtöpfe bereit. Der nahe See spendet ausreichend Wasser und der selbstbereitete „Kumpflus“ mündet schließlich — vorausgesetzt, daß er nicht allzu sehr verbrannt und versalzen ist, immer noch am besten. Nach dem Essen folgt das Spiel. Stundenlang kann man sich eventuell am Volkstanz ergötzen, man dürfte nur nicht so oft vergessen, daß es noch ernstere Lebensfragen gibt.



Das haben andere, die ersten „Professoren“, wohl erkannt, und so sieht man sie in einer stillen Ecke zusammengesauert liegen, eifrig im neuesten Wert dieses oder jenes Geistesbalden schmökern.

Auswüchse des Wanderns.

Aber auch noch andere Thematika gibt es hier in den Diskussionsstunden während der Rast zu Lebzeiten. Alte und neue Erfahrungen gibt es auszutauschen, die man bei der Fahrt gesammelt hat. Die Gegenwart mit ihrer gesellschaftlichen Zerrüttung brachte auch eine ansteigende Tendenz im Wandern selbst mit sich. Immer größer wurde die Schar der Alten und Jungen, die des Sonntags der Großstadt zu entfliehen suchte. Die nahe Umgebung der Stadt mit ihren weiten Ausflugsanlagen gibt Kunde davon, daß ein Sonntagswandern auch nicht immer ein Naturfreund ist. Davon zeugen nicht nur Papier und Eierstöcke auf den Lagerplätzen, davon zeugen auch die Niesenzweige und Büsche, die des Abends mit heimwärts wandern müssen, um das kühle Heim des Großstadtbewohners mit Lebendigkeit zu erfüllen und zu durchwirken. — Noch schlimmer aber steht es um die Wanderbewegung, deren Glieder erfüllt sind von der Doppelmoral der gegenwärtigen Kultur, deren Mitglieder den Einflüssen niedriger, im Krieg geschähteter Instinkte ausgeliefert waren. Abenteuerlust und Betätigungsdrang treiben oft schlimme Früchte. Das Gebaren der

sogenannten „Wandertähen“ gibt hier ein lebendiges Beispiel. Es nützt nichts, wenn der „anständige“ Wanderer sich diesen Elementen fernhält. Auch sie sind schließlich Opfer der Zeit und können nur im Kampf mit allen ungesunden Mächten zu nützlichen Menschen erzogen werden. Heute aber gilt es durch ernste Aufklärungsarbeit unter wohlwollender Unterstützung aller Volkstriebe dem Wandersegetum die Spigen abzubrechen.

Schneller und schneller vergehen bei Spiel und Tanz, bei ernster Diskussion die Stunden. Die Sonne neigt sich und bald rüftet alles zur Heimfahrt. Noch einmal schallt ein kräftiges Lied in den Wald hinein, noch einmal gelbt ein heller Taucher durch die Lüfte. . . . Der Zug harret schon der Wanderlustigen, die bald im Stadium verpackter Heringe der großstädtischen Heimat zufließen. . . . Ein neuer Tag wird neue Arbeit, neue Mühsal bringen, doch ein wanderndes Herz wird immer und ewig dem Herben die annehmbarsten Seiten abringen, wird immer im freien Naturerlebnis neue Lebenskraft für die Tüden des Alltags gewinnen.

Jugendfahrten auch zu Ostern und Pfingsten.

Für Jugendwanderungen, die in geschlossenen Gruppen von besonders anerkannten Vereinen durchgeführt werden, gewährt die Reichsbahnverwaltung eine Fahrpreismäßigung. In den Tarifbestimmungen ist jedoch vorgelesen, daß die einzelnen Reichsbahndirektionen diese Ermäßigung zu Zeiten besonders starken Verkehrs versagen können, wenn der normale Reiseverkehr durch den Andrang von Jugendwanderern behindert zu werden droht. Es war deshalb angeregt worden, die Fahrpreismäßigung grundsätzlich an den Sonnabenden vor Ostern und Pfingsten zu versagen. Gegen diese Anregung wendet sich jetzt der Reichsverkehrsminister: „Da sich für den größten Teil der im werktätigen Leben stehenden Jugendlichen die einzige Gelegenheit zu Wanderfahrten an den Feiertagen bietet, muß um so mehr daran festgehalten werden, daß diese Gelegenheit jetzt nicht auch noch allgemein abgeschnitten wird, nachdem die Jugendfahrten durch die Tarifserhöhung erst kürzlich verteuert und die zahlreichen Anträge auf Herabsetzung der Fahrpreise für Jugendliche abgelehnt worden sind. Die Reichsbahndirektionen sollen deshalb nur im Notfall, wenn die betrieblichen Verhältnisse es unbedingt fordern, von den nach dem Tarif zulässigen Einschränkungen Gebrauch machen. — Nach dieser Entscheidung des Reichsverkehrsministeriums ist ohne weiteres anzunehmen, daß zu den Oster- und Pfingsttagen auch in Berlin die übliche Vergünstigung für Jugendfahrten gewährt wird.“

Paulsen-Hetze.

Unter den sozialdemokratischen Mitgliedern des Berliner Magistratskollegiums ist der Stadtschulrat Paulsen derjenige, den die Bürgerlichen mit ihrem allseitigen Haß verfolgen. In der Stadtverordnetenversammlung geht keine Schuldebatte vorüber, ohne daß die Redner der bürgerlichen Mehrheit von den Deutschnationalen bis zu den Demokraten sich in häßlichen Ausfällen gegen Paulsen gütlich tun. Und der bürgerlichen Presse ist kein Märchen zu albern, es zu Berunglimpfungen des sozialdemokratischen Stadtschulrats auszuschlachten. Der Scherische „Tag“ hat ihm sogar das aufs Konto gelegt, daß für die höheren Schulen ein stärkerer Abbau der Lehrkräfte als für die Volksschulen vorgelesen sei. Das wird von dem Blatt daraus erklärt, daß Stadtschulrat Paulsen „als ehemaliger Volksschullehrer fast nur Verständnis und Interesse für die Gemeindeschulen besitzt“. Mit diesem Vorwurf soll den Lehrern und Lehrerinnen des deutschnationalen „Tag“ noch mehr als Paulsen die Sozialdemokratie denunziert werden. „Sie — schrecklich! — einen „ehemaligen Volksschullehrer“ zum Leibar des gesamten Schulwesens der Stadt gemacht hat. Von Paulsens Verständnis und Interesse für die Volksschulen oder für die höheren Schulen wird der Verfasser jener Katiz wohl nicht mehr verstehen als die Kuh vom Orgelspiel. Im übrigen ist nicht der Berliner Stadtschulrat Paulsen, sondern der preussische Unterrichtsminister Boelckh verantwortlich für die Abbaumassnahmen, über die der „Tag“ in seiner Sorge um die höheren Schulen sich so erregt. Daß an den höheren Schulen eine größere Zahl Lehrkräfte „überflüssig“ wird, ist unter anderem auf die Erhöhung der Pflichtstundenzahl für die Lehrer der höheren Schulen zurückzuführen. Diese Maßregel ist aber durch den Unterrichtsminister angeordnet worden. Trotzdem wird auch sie zum Anlaß eines Ausfalls gegen Stadtschulrat Paulsen genommen. Gegen Paulsen muß eben gehetzt werden um jeden Preis.“

(Nachdruck durch Welt-Verlag, Berlin.)

Der Bürger.

Von Leonhard Frank.

Vor dem Schlafengehen nahm Jürgen Brom, wusch sich kalt ab, schlief fest, träumte schwer, wachte am Morgen nicht mehr, was er geträumt hatte, erschien pünktlich im Bureau. Die Beamten beobachteten ihn unausgesetzt. Auf dem Rückwege zur Haltestelle blieb Jürgen stehen, berührte mit seinem Spazierstockgriff die Brust des Partners, der nicht da war, und erklärte: „Die Sache verhält sich anders. Hören Sie gut zu,“ ging weiter, nach der Seite hin sprechend. Seine Hände gestikulierten. Er blieb stehen. Lachte. „Das war ein Biß.“ „Aber ein recht guter Biß,“ sagte der Partner. „Nun, es geht,“ gab Jürgen zu, schritt aus. „Sehen Sie, da sprach ich lezhin mit Katharina . . .“ „Was sagte ich eben?“ fragte er entsetzt sich selbst und zog den Kopf ein, schweigend. Und schon nach zehn Schritten begann er ein neues Gespräch. Der Partner konnte ein fremder Mensch sein, den Jürgen kurz vorher in der Bank gesprochen, ein Kind, das ihm nachgesehen hatte, die schon längst verwehte Lanie. Jürgen, der Student, war anfangs nur sekundenlang der Partner des zweiundvierzigjährigen Jürgen. Denn Jürgen verließ den Studenten sofort mit einem Vollbart, legte ihm eine Brille auf, zog ihm einen Pelzmantel an, so daß er an einen fremden Herrn seine Worte richten konnte. Aber späterhin wehrte sich der Jüngling erfolgreich gegen die Bekleidung, ließ Mantel, Brille und Bart fallen, wurde gedankenschnell zum Studenten und erklärte mit ruhiger Stimme dem Zweiundvierzigjährigen: „Sie sind ein ganz niederträchtiges, verräterisches Nichts.“ „Warum bin ich ein Nichts? Erlauben Sie mir!“ Der Student, der die abgehackte Hofe trug, auf die das Hinterteil aufgenäht war in Brechesschwung, wies genau nach, weshalb Jürgen ein Nichts sei, hielt eine feurige Rede, geriet in Begeisterung. Jürgen hörte verzückt zu und versuchte, selbst in dieser Tonart weiterzusprechen: von Hingabe, Kampf und Zielen. „Halt, das sage ich. Ich sage das. Sie haben nicht das Recht, so zu sprechen. Sie haben dieses Recht verwirkt.“ Da ließ Jürgen dem Studenten sofort wieder einen Voll-

bart wachsen. Aber als er ins Wohnzimmer trat, erblickte er den Studenten, der lebensgroß an der Wand lehnte. Etwas verschwommen, fern, vergangen. Und ungeheuer gegenwärtig. „Das ist ja großartig,“ rief Jürgen frisch, stellte den Spazierstock in die Ecke und schickte sich vor das Bild. „Du gefällst mir . . . Je, je, weshalb denn gar so ernst! Schlechte Geschäfte?“ Die Photographie antwortete nicht. „Rein, nein, entschuldige. Ein Scherz! Soll nicht mehr vorkommen.“ Er schritt zur Tür, wollte Phinchen rufen und ihr das Bild zeigen. „Sind nicht vorhanden.“ „Sind nicht vorhanden?“ Jürgen war herumgeschneilt; ganz deutlich hatte er die drei Worte gehört, die laut und tonlos gesprochen worden waren. Er starrte hinaus in den Garten. Da war niemand. Auf den Zehenstippen schlich er zum Bilde zurück, wiederholte gedankenverloren: „Wer? Wer ist nicht vorhanden?“ Ging zur Tür, Phinchen zu rufen. „Sie sind nicht vorhanden.“ Er ließ die Türklinke los und trat, beide Hände in den Hüften, wieder knapp vor das Bild hin. „Rein, Sie, mein Lieber, Sie sind nicht vorhanden. Sie sind ganz gewöhnliches Bromsilberpapier. Verstanden!“ „Ich bin da. Ich bin.“ Die Photographie deutete mit dem Zeigefinger auf Jürgen's Brust: „Sie dagegen nicht. Was von Ihnen da ist, bin ich. Aber ich habe mit Ihnen nichts mehr gemein. Also sind Sie gar nicht mehr vorhanden.“ Da packte Jürgen die schmal gerohnte Photographie und stellte sie mit der Bildseite gegen die Wand. „Und was sind Sie jetzt, he? Nichts als Pappe! Ganz gemeine graue Pappe!“ Er trat zurück. Und sah, von unermeßlichem Entsetzen geschüttelt, zu, wie das Bild auf der Pappwand erschien, und hörte die bekannten Worte: „Ich verführe Ihnen. So wahr es ist, daß sehr viel mehr als neunundneunzig Prozent aller Zeitgenossen, die so viel von Seele schmufen, in gar keiner Weise mehr von ihrer Seele gestört werden, so wahr ist es, daß bei gewissen Individuen in gewissen Momenten die Seele spielend leicht durch den Schußwall durchschlüpfen und ihr vorbestimmtes Recht verlangen kann.“ Die Photographieklappen hatten sichtbar die Worte geformt. „Du Lump bist nichts als Pappe,“ brüllte Jürgen, stürzte

hinaus, zerrte Phinchen vor das Bild. „Dreh es um! . . . Wer ist das?“ „Das ist der gnädige Herr, wie er jung war.“ Phinchen bekam vor Rührung nasse Augen. „Also ich bin das, nicht wahr, ich?“ „Wie Sie jung waren.“ „Das heißt doch aber: ich bin es. Ich!“ „Ja, wie Sie früher waren.“ „Jetzt sage mir: wen hast du lieber, den da oder mich?“ „Sie natürlich, gnädiger Herr! Das ist ja nur eine Photographie.“ „Das ist ein Irrtum. Ich bin er. Und er ist ein Nichts.“ Jürgen führte Phinchen schnell in die Küche. „Sag mir, Phinchen, hast du ihn sprechen hören, den da drinnen? . . . Rein, schweig! Ich will nichts wissen.“ Schnelle Schritte stellten ihn wieder vor das Bild hin. „Hör mal, du bist nichts als eine Photographie und kostest mich soundso viel. Mit Rahmen . . . Hier ist die Rechnung.“ „Sie irren sich. Ich bin alles, was Sie verraten haben, und koste Ihnen den Verstand.“ „Das wollen wir sehen.“ Er stieg sofort ins Bad, duschte sich minutenlang kalt ab, schluckte Brom und legte sich ins Bett. Die Photographie stand im dunklen Wohnzimmer. Jürgen sah aufrecht im Bett und gloszte durch sechs Wände durch auf die Photographie. „Sie hat Augen. Sie blickt . . . Kann man einen Blick photographieren? Ob wohl mein Bild von damals auch mitphotographiert, ganz genau, wie er war, mitphotographiert worden ist? . . . Und das, was hinter dem Bilde ist? Was hinter einem Jünglingsbilde ist? Sehnsucht, Bereitschaft zur Hingabe, die großen Gefühle — die Seele? Wurde damals auch meine Seele mitphotographiert?“ Jürgen sah deutlich den Jünglingsbild, der als große Frage an das Leben in den Augen stand. Ohne die photographierte Frage an das Leben aus den Augen zu lassen, legte er den Kopf langsam und sanft auf das Kissen, schlief ein. Und im Schlafe war nichts auf der Welt, als seine Augen und die zwei photographierten Augen. Die Blicke der zwei Augenpaare trafen sich stundenlang, bis dieses lautlose Sichttreffen der Blicke Jürgen aus dem Schlafe hob. Die brennende Kerze in der Hand, schlich er ins Wohnzimmer, vor das Bild hin. „Und wenn ich nun,“ sagte er und nahm das Bild aus dem Rahmen, „mich in den Rahmen stelle?“ (Fortsetzung folgt.)

Das wertbeständige Osterei.

Noch sind zwar ein paar Wochen hin bis Ostern, aber der Geschäftsmann, der etwas auf sich hält und auf der Höhe sein will, hat natürlich heute schon seine Schaufenster entsprechend dekoriert. Ostereier hat es ja immer in Berlin gegeben, selbst in den schwersten Zeiten des Krieges und in der schlimmsten Inflation. Aber sie waren auch danach, diese Ostereier! Weiter nichts als Scham und ein wenig goldener Plätteram ringsherum, und alle großen und kleinen Kinder mußten mit diesen primitiven Ostereiern vorlieb nehmen.

Heute aber und zu diesen Ostern hat das Osterei einen wesentlich anderen Charakter und ein durchaus stattliches Aussehen. Wir haben doch jetzt die Rentenmark, und die Goldnotenbank wird kommen, und alles ist wertbeständig, und alle Welt schwimmt in Sonne ob der guten und glücklichen Zeiten. Kein Wunder, daß unter diesen Umständen in den Schaufenstern der großen Geschäfte wieder die kostbarsten Ostereier aus Marzipan, Zucker und Schokolade prunken und protzen, wie man sie vor dem Kriege allenthalben in Berliner Geschäften bewundern konnte. Aber das richtige wertbeständige Osterei von heute sieht doch noch ganz anders aus. Das findet man in den Gold- und Juwelierläden und es zeigt in einer köstlichen, fein ziselerten und künstlerisch geschmückten Hülle einen Brillantring oder ein Armband oder sonst ein Schmuckstück. Manche der Juweliere haben noch ein Plakat in das Schaufenster gehängt, auf dem steht zu lesen: Jetzt ist die beste und günstigste Zeit, Gold und Edelsteine zu kaufen. Man steht sinnend davor und denkt: Ja, ja, diese Geschäftsleute, die verstehen ihre Zeit, die wissen ganz genau, daß heute alle Welt die Taschen voll Geld hat, nicht weiß, wohin mit dem Segen und es nun, um den überflüssigen Ballast loszuwerden, beim Goldschmied und Juwelier ausschütten.

Aber nun gibt es noch ein wertbeständiges Osterei: doch das ist nur für den armen Teufel, und man muß sich eigentlich schämen, im Zusammenhang mit dem goldenen und brillantbesetzten Osterei von diesem so simplen Osterei zu sprechen. Das ist nämlich das ganz kommune Hühnerei. Leider liest die Sache aber so: Der arme Teufel wird froh sein, wenn er sich zu Ostern dieses simplen Osterei leisten kann, und die Geschäftsleute, die, wie gesagt, ihre Zeit verstehen, die Preise für Eier nicht dermaßen erhöht haben, daß sie für den Rinderdemittelsten unerträglich sind.

Gesundheitswesen Nebensache?

Den Stadtmedizinalrat Dr. Kobnow hat man „abgebaut“. Er gehört zu den Magistratsmitgliedern, die am 1. April ausgeschieden sind. Wer soll in der Leitung des Gesundheitswesens der Stadt sein Nachfolger werden? Einsteuern behilft man sich in der Weise, daß der Stadtmedizinalratsposten unbefetzt bleibt und das verwaiste Dezernat von einem Richtsachmann mitbesorgt wird. Die Unmöglichkeit, diesen Zustand auf die Dauer bestehen zu lassen, wird in einem Gutachten dargelegt, mit dem die Vereinigung der ärztlichen Dezernenten und der Stadtärzte in den Verwaltungsbezirken sich im März über die Notwendigkeit der Stadtmedizinalratsstelle geäußert hat. Gerade die Gesundheitsfürsorge ist jetzt wichtiger als je, und wichtiger als je läßt sich die Rückentwicklung sich rechtfertigen, die sich in Berlin mit dem Abbau der Stadtmedizinalratsstelle vollzogen hat. Das Gutachten weist hin auf die Abnahme der Geburten und die Zunahme der Sterblichkeit, auf die Mehrzahl besonders der durch Lungenschwindsucht herbeigeführten Sterbefälle, auf die notgedrungenen Abstumpfung weiter Kreise der Bevölkerung gegen Scharlach, auf die daraus sich ergebende Gefahr der Verbreitung von Seuchen, z. B. von Typhus. In dieser Zeit allgemeiner Not kann nur eine Organisation des öffentlichen Gesundheitswesens unter Leitung eines Sozialhygienikers die Bevölkerung vor dem Schlimmsten bewahren, aber dieser Leiter muß nicht nur technischer Gutachter, sondern selber Mitglied des Magistrats sein und an allen Sitzungen teilnehmen können, damit die dem Laien nicht so leicht sichtbaren Zusammenhänge erkannt werden, die das Gesundheitswesen mit allen Zweigen der Stadtverwaltung verknüpfen. Die Vereinigung der ärztlichen Dezernenten und der Stadtärzte in den Verwaltungsbezirken schließt sich einer vom Vorstand der Berliner Ärztekammer schon vor zwei Jahren beschlossenen Erklärung an, die auf die Mangelhaftigkeit der Entwicklung des öffentlichen Gesundheitswesens hinwies, vor weiterer Einschränkung durch Abbau gesundheitlicher Einrichtungen warnte und zur Verhütung von Schäden forderte, daß die leitenden Stellen in Reich, Staat und Gemeinden mit sachverständigen Ärzten besetzt bleiben.

Amt „Bismard“.

Am 13. April wird auf dem Grundstück Berlin B 15, Liebenburger Straße 35, eine neue FSB mit der Bezeichnung „Bismard“ eröffnet, an die gleichzeitig eine größere Zahl von Teilnehmeranschlüssen herangeführt wird, die bisher zur FSB Steinplatz gehören. Es wird dringend empfohlen, vor Anforderung von Verbindungen mit Teilnehmern des Amtes Steinplatz aus dem Fernsprechbuche festzustellen, ob die Nummer des verlangten Teilnehmers unverändert geblieben, oder ob der Anschluß noch dem neuen Amt Bismard, unter Umständen mit geänderter Nummer, umgeschaltet worden ist. Nur dann können Verbindungen ohne Zeitverlust hergestellt und verzögernde Nachfragen bei den ansorgs stark belasteten Auskunftstellen vermieden werden. In den ersten Tagen dürfte bei Inanspruchnahme der neuen Ber-

mittlungsstelle einige Geduld und Zurückhaltung am Platze sein, damit die Befreiung der in der neuen Einrichtung etwa noch vorhandenen Fehler nicht leidet. Der Betrieb der neuen Vermittlungsstelle Bismard ist dem H. M. Berlin-Wilmersdorf 2, Liebenburger Straße 35, unterstellt. Die neue Fernsprechvermittlungsstelle „Oliva“ wird später eröffnet.

Die neue selbsttätige Fernsprechvermittlungsstelle in Potsdam wird am 6. April in Betrieb genommen werden. Ab dann wird der Fernsprechverkehr von Groß-Berlin nach Potsdam (nebst Nowawes) und umgekehrt durch das Zwischenamt Nikolas in Berlin-Steglitz vermittelt. Bei Verbindungen nach Potsdam und Nowawes meldet der Groß-Berliner Teilnehmer dem eigenen Amt an: „Potsdam“ Nummer X und wiederholt diese Angaben dem sich hierauf meldenden Amt Nikolas.

Große öffentl. Kundgebung!

Morgen, Sonntag, 6. April, vormittags 9 1/2 Uhr, in der Bräuerei Friedrichshain (Großer Saal).

Tagesordnung:

„Das Münchener Urteil gegen Ludendorff-Hitler — ein Freibrief für Hochverräter!“
Redner sind die Reichstagsabgeordneten Wihl. Dittmann und Rechtsanwalt Dr. Paul Leo.

Genossen! Gestaltet diese Versammlung zu einer eindrucksvollen Kundgebung gegen die Münchener Justizschmach. Agitiert nach Kräften unter allen rechtlich Denkenden für einen guten Besuch.

Abenteuernde Verbrecher.

Opfer wirtschaftlicher Not und unglücklicher Ehe.

Einen Rattenkönig von Strafverfolgungen haben sich der Buchhalter Adam Eich und der Schlosser Karl Zimmermann, beide Landleute aus Offenbach a. M., zugezogen, denn sie werden wegen Mordverdachts, Sittlichkeitsverbrechen, Doppeltöte, Diebstahl, Betrug, Unterschlagung, schwerer und einfacher Urkundenfälschung und Begünstigung von den verschiedensten Behörden des Reichs in Anspruch genommen. Ein kleiner Ausschnitt ihrer Strafstaten kam jetzt vor der Strafkammer des Landgerichts III zur Aburteilung und es entrollte sich dabei eine oberweltliche Verbrechenslaufbahn.

Die Angeklagten hatten schon in frühen Jahren Bekanntschaft mit dem Gefängnis gemacht. Eich verlor in Darmstadt eine dreijährige Gefängnisstrafe und meldete sich im Jahre 1918 freiwillig zum Kriegsdienst, weil er hoffte, auf diese Weise von der weiteren Strafstasi befreit zu werden. Er hatte aber dabei Pech, denn kaum war er Soldat geworden, als der Krieg zu Ende war. Der Staatsanwalt wollte ihn wieder in Haft nehmen, aber Eich nahm den Namen Ruch an, fälschte sich die dazu nötigen Papiere auf den Namen eines Kaufmanns aus Hamm im Elsaß und erlangte bei der Flüchtlingstelle Unterstützungsgelder und freie Bahnfahrt nach Bromberg, wo er bei der Reichsmehr eintrat. In Bromberg lernte er ein Mädchen kennen und heiratete sie, obwohl er bereits in Offenbach verheiratet war. Hier traf er auch wieder mit seinem Landsmann Zimmermann zusammen, der ebenfalls flüchtig war und sich Köster nannte. Beide gerieten unter Mordverdacht und flüchteten aufs neue. Vor seiner Flucht hatte Zimmermann unter dem Namen Köster ebenfalls eine Doppeltöte abgeschlossen, denn auch er hatte Frau und Kind in Offenbach zurückgelassen. Bald darauf verging sich Zimmermann in Schneidemühl, wo die beiden Angeklagten im Jahre 1920 mit anderen falschen Pässen wieder bei der Reichswehr eingetreten waren, an einem 12-jährigen Mädchen. Darauf flohen sie nach Charlottenburg. Eich arbeitete hier bei einer Filmgesellschaft und später war er zusammen mit Zimmermann bei einer Zigarettenfabrik in Berlin und Ruskau tätig. Auf allen Stellen begingen sie Diebstähle und Unterschlagungen. Als Eich im Zellengefängnis in der Lehrter Straße in Untersuchungshaft saß, verjuchte er seine Erfahrungen als erprobter Ur-

Das Rundfunkprogramm.

Sonnabend, den 5. April.

Tageseinteilung Vormittags 10 Uhr: Nachrichtendienst. Bekanntgabe der Kleinhandelspreise der wichtigsten Lebensmittel in der Zentralmarkthalle. Nachm. 12.15 Uhr: Vorbörsen. Nachm. 12.55 Uhr: Uebermittlung des Zeitzeichens. Nachm. 1.05 Uhr: Nachrichtendienst. Nachm. 2.15 Uhr: Börsenbericht.

4.30—6 Uhr: Unterhaltungsmusik. 7—7.30 Uhr: „Sohns und Handchuhs“. 8.30 Uhr: Sauter Abend. 1. a) Zaronlied aus der Oper „Zar und Zimmermann“ von Lortzing; b) Arie aus der Oper „Der Wildschütz“ von Lortzing (Heinrich Blasel, von der Großen Volksoper, Berlin). 2. Concertino von Weber (Ernst Fischer, Soloklarinetist des Berliner Philharmonischen Orchesters). 3. Arie der Undine aus der Oper „Undine“ von Lortzing (Charlotte Lindemann, von der Staatsoper). 4. Heitere Rezitationen (Karl Schneg, von der Wilden Bühne, Berlin). 5. a) Lied des Bombardon aus der Oper „Das goldene Kreuz“ von Brüll; b) Wenn man beim Wein sitzt, von Abt (Heinrich Blasel, von der Großen Volksoper, Berlin). 6. a) Venetianisches Gondellied, von Mendelssohn-Bartholdy; b) Auf Flügeln des Gesanges, von Mendelssohn-Bartholdy (Charlotte Lindemann, von der Staatsoper). 7. Variationen über den Sehnsuchtswalzer von Schubert, von David (Ernst Fischer, Soloklarinetist des Berliner Philharmonischen Orchesters). Am Flügel: Otto Urack.

Urkundenfälscher auch zu verwerten, um seine Flucht aus dem Gefängnis zu bewerkstelligen. Eines Tages lief bei der Gefängnisverwaltung ein Schreiben der Oberstaatsanwaltschaft ein, nach welchem Eich wegen des Todes seiner Mutter Strafauslassung zu gewähren sei und er sofort entlassen werden sollte. Aber das angebliche Schreiben des Oberstaatsanwalts stellte sich als eine raffinierte Fälschung heraus. Eich war in der Schreibstube des Gefängnisses beschäftigt und hatte Zugang zur Schreibmaschine und zu den Papieren, auf denen sich der Stempel der Staatsanwaltschaft befand. Die Angeklagten waren im allgemeinen geständig. Rechtsanwalt Müller-Stromeyer schilderte dem Gericht in eindringlicher Weise, daß Eich ein Opfer der Verhältnisse geworden sei. Wirtschaftliche Not und eheliches Unglück hätten ihn zu den strafbaren Handlungen geführt. Das Gericht verurteilte ihn in Berücksichtigung dieser Gründe wegen Urkundenfälschung, Unterschlagung und Doppeltöte zu einer Gesamtstrafe von vier Monaten Gefängnis. Bei Zimmermann sah das Gericht das Sittlichkeitsverbrechen an einem 12-jährigen Kinde ernst an, erkannte hierfür auf ein Jahr Gefängnis und schließlich auf eine Gesamtstrafe von einem Jahr drei Monaten. Beide Angeklagte erkannten den milden Urteilsspruch an und verzichteten auf jedes Rechtsmittel. Sie haben sich nun aber noch wegen einer ganzen Reihe weiterer Straftaten bei verschiedenen Gerichten zu verantworten und auch ihre alten Strafen noch abzuhängen.

Gegen das „patriotische“ Singen in Potsdam.

Ein Trupp Bismarckbändler kam vor etwa drei Wochen von einem Ausflug in geschlossenem Zuge, das Lied „Deutschland hoch in Ehren“ singend, 20 Minuten nach 10 Uhr in Potsdam an. Sie wurden von einem Schupmann aufgefordert, auseinanderzugehen und mit Singen aufzuhören. Später erfolgte Anzeige, und der Vorsitzende des Bundes, Fritz Bornemann, erhielt einen Strafbefehl wegen ruhestörender Lärms und Bergehens gegen die Verordnung des Reichswehrkommandos III. B. legte gegen seine Bestrafung vor dem Potsdamer Schöffengericht Einspruch ein und begründete diesen damit, daß die Bändler sich nicht denken konnten, daß ein deutsches Lied in Potsdam als ruhestörender Lärm aufgeföhrt werden würde. Auf die Frage des Vorsitzenden, ob der Bund politisch sei, meinte der Angeklagte: „Rein, Herr Vorsitzender, nur deutschnational, aber bis zum äußersten“. Das Urteil erging dahin, daß der Angeklagte zu 30 Goldmark verurteilt wurde. Bei der Urteilsbegründung wurde hervorgehoben, daß die Kundgebung ja nicht gerade einen speziell politischen Zweck verfolgt habe, andererseits werde aber durch Umzüge und Gesänge nur Aufregung in das Publikum getragen.

Hochwassergefahren im Warthebruch.

Küstriner Pioniere zur Hilfe.

Seit Donnerstag fährt, wie aus Bieh an der Ostbahn gemeldet wird, die Warthe Hochwasser. Das Dorf Jocham wurde vormittags von der Hochwasserwelle überflutet. Die Häuser auf dem Jochamer Unger stehen teilweise vollständig unter Wasser. Das Vieh mußte auf Booten in das Dorf geschafft werden. Hufen und Rehe sind auf den Wiesen ertrunken. Vorsichtsmaßnahmen in den übrigen Ortschaften des oberen Warthebruchs kamen zu spät. Das Barthetal gleicht einem See. Bei Weipitz drängt das Wasser bis an den Bahndamm. In der Höhe bei Fischwerber, bei der Bieper Wäoge, droht das Wasser den Wall zu überfluten. Oberhalb Schwerin stehen viele Gebäude im Wasser. Es sind bereits zwei Dammbrüche zu verzeichnen. Küstriner Pioniere sind zur Hilfeleistung abgegangen.

Flutwelle an der Küste von Venedig. Aus Venedig wird gemeldet, daß in der letzten Nacht eine schwere Flutwelle die Küste dort heimgesucht hat. 30 große Schiffe sind weggeschwemmt, viele andere schwer beschädigt. Eine Anzahl Schiffe ist gekentert.

Viele tausend Schritte

macht die täglich. Jeder Schritt bedeutet Kraftverloren, erschüttert auf hartem Lederabsätzen das Nervensystem und bringt vorzeitige Ermüdung. Die Continental-Absätze aus bester Gummimischung legen ein federndes Kissen zwischen Absatz u. Straße, schonen die Nerven u. lassen keine Müdigkeit aufkommen. Sie sind billiger und haltbarer als Leder. Millimeter im Gebrauch.

Continental

Absätze und Sohlen

Zu haben bei jedem Schuhmacher.

So gut wie Continental-Reifen!

Durch Besitz eigenen orientalischen Bodens, der sich durch seine sprichwörtliche Fruchtbarkeit ganz besonders für hochqualifizierten Tabak eignet, ist mir eine intensive Beteiligung zu den Rohstoffquellen für die Zigarette eröffnet worden, wodurch selbst bei den niedrigsten Preislagen eine hochwertige Mischung dem verwöhntesten Raucher gewährleistet wird.



Telepath

23

Ohne Mandelkak
dick, rund
Mit Goldmandelkak
Mit Korkmandelkak

Groß-Berliner Parteinachrichten.

SPD-Feierabend. Mitglieder-Versammlung am Mittwoch, den 4. April, und Donnerstag, den 5. April, abends 7 Uhr in der Juristischen Gesellschaft, Lindenstr. 3, 1. Hof. Tagesordnung: 1. Die kommenden Reichstagswahlen. Referent Genosse Trütz. 2. Die Stellungnahme der Reichstagsdeputation zur Bereinigung des Reichshaushalts. Referent Genosse Franz Jörn. 3. Bericht: Stand der Abwehrmaßnahmen bei der Feiernacht. Referent Genosse Weiser. Sympathisierende Arbeiter sind eingeladen. Der Werbeauftragte.

1. Kreis Mitte. Sonntag, den 6. April, vormittags 9 Uhr, erweiterte Vorbereitung bei Genosse Weiser, 3. Kurze, wichtige Besprechung. Ausgabe des Materials. — Die Ordner treffen sich Sonntag vormittags 1/2 Uhr im Friedrichshain.
2. Kreis Wedding. Sonntag, den 6. April, Schulfesttagfeier der Arbeiterjugend-Gesundbrunnen im Schüler-Park, Potsdamerstr. 10, 10. Hof. Beginn 7 1/2 Uhr. Eintritt 20 Pf. Gäste willkommen.
3. Kreis Wilmersdorf. Sonntag, den 6. April, vormittags 10 1/2 Uhr, Sitzung des Wahlkomitees bei Kollath, Heibelberger Platz 1. Alle Überleitungen müssen teilnehmen.
4. Kreis Mitte und Außenbezirke. Sonntag, den 6. April, nachmittags 4 Uhr, in der Aula der Mittelschule Weststr. 10/11, öffentliche Fragerunde. Referent Genosse Krieger. Gefang. Revolutionen, Volkstümlichkeit.
5. Kreis Zentrum. Sonntag, den 6. April, von 3-4 Uhr, Expositions-Vorbereitung für die Frauen bei Krieger, Dreize Straße. Ansprache der Genossin Geyer.

Heute, Sonnabend, den 5. April:

24. Abf. 7 1/2 Uhr Funktionär-Sitzung mit den Delegierten bei Schö, Adlerstr. 2, Reichsh. 91. Abf. 7 1/2 Uhr Funktionär-Sitzung bei Schö, Potsdamerstr. 10, Reichsh. 91. Abf. 7 1/2 Uhr Funktionär-Sitzung bei Schö, Reichsh. 91. Stellungnahme zu den Reichstagswahlen. — 25. Abf. 7 1/2 Uhr bei Krieger, Steinmetzstr. 4, Funktionär-Sitzung.

Morgen, Sonntag, den 6. April:

26. Abf. Vormittags 9 Uhr bei Köhling, Brunnenstr. 79, Sitzung aller Funktionäre und Wahlleiter.
27. Abf. Ab 8 Uhr nachmittags Familienabend im kleinen Saal der Hofbrauerei, Friedrichstr. 2-3. Eintritt 50 Pf. Genossinnen und Genossen der Reichstagsüberleitungen sind eingeladen.
28. Abf. Reichenbach. Die Genossen und Genossinnen werden gebeten, sich mit ihren Kindern sowie mit Freunden und Bekannten recht zahlreich an der ersten Jugendfeier der Sozialistischen Arbeiterjugend Reichenbach abends 7 1/2 Uhr in der Schulgasse, Wilhelmstr. 10, zu beteiligen. Es werden Resolutionen von Freiwirtschaftlichen, Chorgesang, Volkstänze und ein lustiges Sans-Souci-Gesell. Eintritt frei.
29. Abf. Oberhagen. 7 Uhr im Zirkus, Luisenpark, Mitglieder-Versammlung mit Unterhaltungsabend. Ergeben der Frauen besonders erwünscht. Referent Genosse Krieger.
30. Sozialdemokratische Studentenvereine. Abends 7 1/2 Uhr bei Krieger, Reichsh. 91. Vortrag des Genossen Dr. Hans Weismann: „Das soziale Problem im Spiegel deutscher Dichtung“. Gäste willkommen.
31. Jungsozialisten. Gruppe Süd: Gruppenabend im Rathh. Hof. Treffpunkt 7 1/2 Uhr früh Potsdamer Bahnhof.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Vereinigung der Freunde von Religion und Völkerverständnis. Am Sonntag, den 6. April, nachmittags 10 Uhr, hält Genosse Horner Bielez einen Vortrag über das Thema „Judaismus und Sozialismus“ (Apostel) in der Triebitzstraße, Charlottenburg, Karl-Liebknecht-Platz.

Jugendveranstaltungen.

Achtung, 1. und 2. Abteilungs-Vorführung! Vorführung des Stückes „Die Schindler“ am Sonntag, den 6. April, abends 7 Uhr, im Jugendheim, 68. Hagenstr. 2, 1. Hof. Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen G. R. Müller-Kochberg: „Der Sinn unserer Jugendarbeit“. 2. Stellungnahme zur Reichstagswahl. 3. Besichtigung. Alle Abteilungs-Vorführer müssen teilnehmen. Der Mitteilungsstab und Kassenleiter sind Zutritt.

Morgen, Sonntag, den 6. April:

Waldhof: Wanderung nach Birkenwerder-Ostsee. Treffpunkt 8 Uhr. **Hagenstr. 2:** Wanderung nach Köpenick. Treffpunkt 8 Uhr. **Reichenbach:** Fahrt nach Strausberg-Bismarck. Treffpunkt 8 Uhr. **Schönhauser Allee:** Wanderung nach ins Blaue. Treffpunkt 8 Uhr. **Antonienstr. 1:** Wanderung nach Friedrichshagen-Waldpark. Treffpunkt 8 Uhr. **Waldhof:** Wanderung nach ins Blaue. Treffpunkt 8 Uhr. **Reichenbach:** Fahrt nach Strausberg-Bismarck. Treffpunkt 8 Uhr. **Schönhauser Allee:** Wanderung nach ins Blaue. Treffpunkt 8 Uhr.

Dr. Moosmann, Treffpunkt 1/2 Uhr am Reichsh. Hof. — **Reichsh. Hof:** Generelles-Büro, Treffpunkt 1/2 Uhr am Reichsh. Hof. — **Reichsh. Hof:** Generelles-Büro, Treffpunkt 1/2 Uhr am Reichsh. Hof.

Abteilung Arbeiterhof: Abends 7 1/2 Uhr im Jugendheim, Bismarckstr. 12, Schulfesttagfeier. **Abteilung Gesundbrunnen:** Abends 7 1/2 Uhr in der Aula des Schüler-Parks, Potsdamerstr. 10, Schulfesttagfeier. **Abteilung Arbeiterhof:** Abends 7 Uhr im Jugendheim, Berliner Straße 11, Einführungsabend.

Ein unerhörter Skandal

hat sich nunmehr auch schon unter den Augen der bürgerlichen Reichsregierung in Berlin abgespielt. Der Republik feindliche reaktionäre Claque haben sich unbehindert in den Straßen austoben können.

Durch die Hakenkreuzler

ist eine Unverschämtheit begangen worden, durch die, wenn sie sich wiederholen sollte, täglich die Gefahr schwerer Zusammenstöße heraufbeschworen wird. Diese Hehe muß energisch bekämpft werden!

Freiwillige Beiträge zur erfolgreichen Führung dieses Kampfes auch in Berlin, sowie des Wahlkampfes, sende deshalb jeder, der es kann, schnell und reichlich auf Postcheckkonto Berlin, Nr. 48 743, an Alex Pagels, Berlin SW 68, Lindenstr. 3.

Arbeitersport.

Ein Sport-Verbeabend.

Das Kartell für Sport- und Körperpflege, 4. Bezirk (Prenzlauer Berg), veranstaltet am Donnerstag im großen Saal der Köpenicker-Bräuerei einen Sport-, Turn- und Verbeabend, der gut besucht war. Die Großen und Kleinen des Arbeitersports zeigten ihr Können in gelungenen Vorführungen. Den Beginn machten Knaben-Stabübungen, angeführt von „Fichte“. Doch die Gymnastik eine warme Pflegestätte in Arbeitersportkreisen gefunden hat, bewiesen die weiteren Vorführungen, besonders der Mädchen. Großes Interesse beanspruchte die Darstellung des bekannten japanischen Selbstverteidigungsartikels Jiu-Jitsu, wobei die wichtigsten Griffe gezeigt wurden. Die „Sportliche Vereinigung Nord-Ost“ stellte die Demonstranten. Auch die Frauen bzw. die Mädchen trugen, wie schon erwähnt, zum guten Gelingen des Abends bei. Erwähnt seien besonders die rhythmischen Stabübungen („Freie Turnerschaft Groß-Berlin“), die, begleitet von Klavier und Geige, ein rhythmisch-dynamisches Bild ergeben, wie man es selten zu sehen bekommt. Am Barren weiterspringen dann miteinander weibliche Mitglieder von „Fichte“. Hübsche plastische Darstellungen (Sportklub „Sandow“) beenden den ersten Teil des Programms. Genosse Schulze als Kartellvorsitzender wies in einer Ansprache darauf hin, daß noch viele Arbeitsbrüder in den bürgerlichen Sportverbänden organisiert sind. Hier gilt es zu arbeiten, um auch diese zu überzeugen, daß sie zur Arbeitersportbewegung gehören. Die Freunde der Ringkämpfe wurden beauftragt, sich dem Sportklub „Sandow“ anzuschließen, u. a. Freilübungen, Barrenturnen und Reckschwingen der „Freien Turnerschaft Groß-Berlin“ und „Fichte“ sowie Radfahrerparaden des Arbeiter-Radfahrer-Bundes „Solidarität“, beschlossen.

den Abend, der einen stärkeren Zuspruch aus den Kreisen der arbeitenden Bevölkerung wohl verdient hätte.

Ringens und Heben.

Am Sonntag, den 6. April, vormittags 11 Uhr, findet im Arbeiter-Gesellschaftshaus, Willestr. 24, ein Wettkampf im Ringen und Heben statt. Am Heben starten von Sportklub Siegfried 09: Altmeyer, Kar Paul, Fritz Busse, Kurt Frindt, Fritz Bomke, Leo Stegmann, Arnold Steindorff, von der Sportvereinigung Nordwest: Altmeyer, Otto Böhm, Paul Heide, Otto Kohn, Karl Belling, Julius Schenrig, von der Kraftsportvereinigung Spandau: Paul Bulow, Karl Blume, Fritz Schulz, vom Sportklub Sandow: Berlins bester Mittelgewichtsmesser Willig Roggenpuff und andere gute Kräfte. Im Ringen starten im Barrengewicht Reinhold Schulz (Siegfried 09) gegen Erwin Engelhardt (Nordwest); im Federgewicht Willig Roggenpuff (Siegfried 09) gegen Richard Schintowski (Nordwest), international; im Leichtgewicht Kar Paul (Siegfried 09) gegen Hans Rowat (Nordwest); im Leicht-Mittelgewicht Paul Wiedel (Siegfried 09) gegen Soelenbinder (Berolina); im Schwermittelgewicht Willig Roggenpuff (Siegfried 09), international, gegen Wegener (Berolina); im Schwergewicht G. Rohlfus (Nordwest) gegen W. Kegn (Berolina); Fritz Busse (Siegfried 09) gegen Fr. Zander (Nordwest). Herausforderungskampf im Leichtgewicht: Paul Busse (Siegfried 09) gegen W. Meier (Luzich 02). Das Programm verspricht guten Sport. Der Eintrittspreis ist sehr gering gehalten. Um zahlreichen Besuch wird gebeten.

Der Kreisverband „Sandow“ veranstaltet am Sonntag, den 6. April, nachmittags 1/2 Uhr, in der Kornblume-Bräuerei, 1/2, einen öffentlichen Meetingabend. Kommissar Heber des Arbeiter-Architekten-Bundes und erstklassiger Ringler der Sportlichen Vereinigung „Raben“ und „Korbe“ sind betreten. Außerdem werden interessante Demonstrationen des Jiu-Jitsu, der bekannten japanischen Selbstverteidigung, durchgeführt. Als Einleitung gibt die Sportliche Vereinigung „Raben“ eine interessante Vorführung. Die Arbeiter-Architekten-Sportvereinigung „Sandow“ veranstaltet am Sonntag, den 6. April, 3 Uhr, eine Sportvorführung und den Wettkampf mit der Reichswehrmilitär-Sportklub „Berolina“ Schützengilde im Ringen (4 Klassen). Da für einen erstklassigen Sport garantiert wird, laden wir alle Sportfreunde hierzu herzlich ein. Die Berliner Fußballvereine haben am Sonntag, 6. April, nachmittags 3 1/2 Uhr, im Reichenberger Stadion, Bergeshöhe (Endstation der Linie 8), ihre Freizeitspiele. Es treten zum Beispiel W. A. A. Germania 02 und Fr. T. Reutlingen-02 gegeneinander. Für einen jeden, der Interesse am Fußballspiel hat, lohnt sich der Besuch dieser Veranstaltung. Führung Lichterberg-Friedrichshagen oder Franzfurter Allee mit Linie 8 bis Endstation. Die Berlin Schwimmer-Vereinigung hat am Sonntag, 6. April, nachmittags 3 1/2 Uhr, in der Schützengilde, Bismarckstr. 10, ihre Vereins-Schwimm- und Schwimmwettbewerbe. Zur Vorführung gelangen Einzel- und Mannschaftskämpfe sowie Freigeist, Schwimmen, Bobben, Kanu, Wasserballspiel und Rettungsübungen. Weibliche und männliche Mitglieder aller Altersklassen werden den Schwimmern mit allen seinen Eigenarten vorführen. Sportliebende Genossen werden freundlichst eingeladen. Der Eintrittspreis beträgt 50 Pf. für alle Plätze. Eröffnung der Halle 3 1/2 Uhr. Am Dienstag, den 6. April, 7 1/2 Uhr, Quartiersversammlung im Lokal „Zum Bierbaum“, Potsdamerstr. 10, wichtige Tagesordnung. Bekommen aller Mitglieder ist Pflicht.

Geschäftliche Mitteilungen.

Kaufhaus Selb. Defter, Ed. M. Wiener, Str. 14, Ecke Sauerberg Straße, am Südkriegsdenkmal, Nachbarnation Oranienstr., bringt in diesen Tagen ganz besonders billige Nachweise in den Abteilungen Glas, Porzellan und Wirtschaftsartikel. Beachten Sie bitte das beständige Interes.

Hautjucken, Flechten, offene Füße (Krampladern) auch veraltete Wunden heilt die milde und wohltuende, seit Jahrzehnten bewährte „Soo-Rat“ Dr. Strahl's Nussmilch. In Original-Dosen erhält. Elefant-Apothek, Berlin SW, Leipziger Str. 74, am Dönhofpl.

M. SCHULMEISTER
Hochbahnstation Kottbusser Tor
Straßen-Anzüge
31, 36, 40, 45, 54, 65, 75, 80, 90 u. 98
Regenmäntel
von M. 27,50 29,50 36,50 45 50 58

HALPAUS-RARITÄT Die Qualitäts-Cigarettten

Theater, Lichtspiele usw.

Staats-Theater
Opernhaus
7 1/2 U. Mona Lisa
Opernhaus
am Königplatz
7 1/2 U. Barbier von Sevilla
Schauspielhaus
7 1/2 U. Fest d. Handwerker / Guten Morgen, Herr Fischer!
Schiller-Theater
7 1/2 U. Nathan d. Weise
Deutsch-Theater
7 Uhr
Der Graf von Charolais
Kammerspiele
8 Uhr
Vom andern Ufer
Gr. Schauspielhaus
7 1/2 Uhr
Boccaccio
Theater d. d. Königgrätzerstr.
8 Uhr
Wenn der neue Wein blüht
Komödienhaus
8 U. Zwei um eine Berliner Theater
7 30 U. Das Weib im Purpur
Theater am Kottendorferplatz
7 30 U. Die Perlen d. Cleopatra
Kleines Theater
Tägl. 8 Uhr
Die Gegenkandidaten
Kombi- u. L. Putsch
Trianon-Theater
Tägl. 8 Uhr
Die nackte Tänzerin
Lustig v. K. Lothar

Volksbühne
7 Uhr: Don Carlos

Lessing-Th.
Abend 8
Kolportage
Deut. Künstler-Th.
Heute u. morgen? / Letzt. Aufführungen
Wie es euch gefällt
Theater
Folles Caprice
Dir. Ludw. Strobel
Täglich 8 Uhr
Onkel Cohn
Jahres- u. Jubiläum
mit Max Samst
Rose-Theater
7 1/2 U. Der entsetz. Fahr
7 1/2 U. Robert u. Bertram
Waldhof
Lustspielhaus
Lütz 700. E. Ofen d. Lustspiel-Salon
Dienstag, 6. April
7 1/2 U. Uraufführung
Der scharfe Löwe
Bühnenabend 11 1/2 U.
von Heinz U. Istin
Metropol-Theater
7 1/2 U. Karneval der Liebe
von Walt Bromme
im Lux. Halle Kärl.
2te Urm. Frau Elvira
Fritz Schulz, C. Schützler
Neues Theat. a. Zoo
7 1/2 U. LILLY FLOHR
in Meine Tochter Otto
Thalia-Theater
7 1/2 U. Frasquita
Martha Serak
Albin v. Rittersheim
Deutscher Arbeiter-Theater
A. Sommerabend
7 1/2 U. Das Radionadel
Kurt Vespermann
Edith Karin
Walfiner-Theater
7 1/2 U. Mad. Pharae
Ermäßigte Preise!

Residenz-Th.
Tägl. 8 Uhr.
Sonn- u. 2. Male
Die junge Welt
30. nt. nachm. 3 1/2 U.
Devisen
Für Vorzeiter dien.
1/2 d. Kassenpreis.
Friedr.-Wilhelmst. Th.
Unterrg. Steint. 10
Tägl. 8 Uhr
Der große Erfolg
Der Rabbi von Nazareth
in erster Be-erz
Über 50 Mitwirkende
Waldhof
Theater
Weinbergsweg
15 Weltattraktionen
Waldhof
Theater
Weinbergsweg
15 Weltattraktionen
Waldhof
Theater
Weinbergsweg
15 Weltattraktionen

Große Volksoper im Theater des Westens
Der Wildschütz
7 1/2 Uhr
zum 1. Male!
Täglich 8 Uhr
Kammer-Sper
Lützowstr. 112
Tägl. 8 und Sonn. nachm. 3U.
Täglich wechselnder Spielplan!

Casino-Theater
Lothringer Str. 27
Tägl. 8 Uhr
Trotz d. gr. Erfolge
nur noch b. 11. April
Die Mail vom Stiefel
Hör-Sensibel von 1. Akt
Pamela Martha
bei. Volkstheater in 4 Aufzügen
Theater am Kottbusser Tor
Kottbusserstr. 6
Täglich 8 und Sonn. nachm. 3U.
ELITE-SÄNGER
in neuer Besetzung
ALEX STANER
dam. d. Labelle
April-Programm
Süde-Häagen
Lützinger Str. 68
Harden 4661

Reichshof-Theater
Täglich 8 Uhr
Sonn. nachm. 3U
Stettiner Sängerkorps
Kompositionen in 4 Akten
Dönhoff-Brettel
Anfang 8 Uhr
Jeden 1. u. 16. neues Programm!

Parzellen-Gelände
im ganzen und einzelne Parzellen.
15 Min. Abf. Oranien, verläuft:
Lahmert, Bohnsdorf, Tel. Köpen 54.

Zu den bevorstehenden Reichstagswahlen
haben wir zwei neue Serien farbiger effektvoller
WAHL-PLAKATE
fertiggestellt. Da die gegnerischen Propagandamittel arbeiten, sind auch wir gezwungen, dasselbe zu tun.
Wir haben drei Größen auf Lager:
Serie 1, 34x43 cm, 6 St. a 15 Pf.
Serie 2, 46x59 cm, 5 St. a 18 Pf.
Serie 3, 64x96 cm, 3 St. a 22 Pf.
Gämliche Muster gegen Einsendung von Mk. 2,50.
Sriede, Meyer & Co.
Lübecker Volksbote
Lübeck.

Berein der Berliner Buchdrucker und Schriftgießer.
Montag, den 7. April, nachmittags 5 1/2 Uhr, in den „Sophienkassen“, Sophienstr. 15:
Generalversammlung.
Tagesordnung: 1. Berichthaltung von den Vorberhandlungen 2. Stellungnahme zur Wahlleiter 3. Berichtigungsarbeiten.
Schließliches Erscheinen beider ist unbedingt.
Der Vorstand.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Achtung! Kronenbetriebe Achtung!
Gente, Sonnabend, den 6. April, nachm. 4 Uhr, im „Alexander“, Alexanderstr. 37:
Versammlung
aller Kollegen und Kollegen, die in den Betrieben des Verbandes der Fabrikanten kunstgewerblich-Beschäftigten beschäftigt sind.
Tagesordnung: 1. Bericht von den Verhandlungen mit dem Schlichtungsausschuss 2. Diskussion 3. Beschlüsse.
Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.

Achtung! Gravure und Zylinder
Montag, den 7. April, nachmittags 4 1/2 Uhr, im Lokal von Ketting, Bismarckstr. 71:
Versammlung
aller Kollegen, die in den Betrieben des Bundes der Gravure u. Zylinder beschäftigt sind.
Schließliches Erscheinen ist Pflicht.
104/12
Die Ortsverwaltung.

Die Einbürgerung des Kollegen Oskar Mahle
Am Freitag, den 6. April, nachmittags 3 Uhr, im Arzenatorium, Baumgartenstr. 10.
Um zugehörige Beteiligung der Kollegen wird ersucht. Die Ortsverwaltung.

Jackett-Anzüge 30, Ulster 29, Gummimäntel 18 M. Extra-Angebote in Pelzwaren: Kreuzbüchse 10, Ziegen 15, Sportpelze 20, Gehpelze 100, Pelzmäntel, Pelzjackett, warmer Teppiche, Wäsche, Gardinen, Läufer usw. — **enorm billig** — im Gelegenheits-Kaufhaus Moritzplatz 58 a

Tescani Klasse

Die neue Zigarette für **2** mit Kork-, Gold-, ohne Mundstück

Zur Tabak-Messe;
„Neue Welt“, Grosser Saal
Stand 17-18

Übertrifft alles bisher Dagewesene
an Qualität und Stärke

„Diamant“
Zigarettenfabrik • Aktiengesellschaft
BERLIN NO 43
Fernsprecher: Königstadt 9825, 9826, 9827

Besonders billige Angebote

Wer bei uns kauft, spart Geld!

Krepp-Toiletten-Papier
Bolle **15** Pf.

Toiletten-Papier
500 Blatt
Bolle **30** Pf.

Porzellan
Eßteller weiß Stück 25 Pf.
Stulenteller weiß Stück 12 Pf.
Kartoffelschüssel mit Deckel Stück 95 Pf.
Schüsseln Stück 50 Pf.
Platten oval Stück 45 Pf.
Platten 30 cm, rund Stück 95 Pf.

Steingut
Satz Näpfe 6 Stück 1.85
Waschbecken bent Stück 95 Pf.
Vorratstonnen mit Aufschrift Stück 20 Pf.
Milchtöpfe 1 Liter 25, 1/2 Liter 15 Pf.
Fleischplatten rund Stück 35 Pf.
Küchenschüssel tief Stück 55, 38 Pf.

Glas
Wassergläser Stück 20, 10 Pf.
Bierbecher mit Rand 1/4 Ltr. Inhalt 22, 18 Pf.
Likörgläser glatt Stück 22 Pf.
Kompott-Teller gepreßt Stück 8 Pf.
Kompott-Schalen rund Stück 28, 22 Pf.
Käseglocken glatt Stück 1.25

Porzellan
Kaffeekannen für 6 Personen Stück 85 Pf.
Sahnengießer Stück 22 Pf.
Zuckerdosens mit Deckel Stück 12 Pf.
Milchtöpfe weiß Stück 32 Pf.
Milchtöpfe bent 1 Liter Stück 75 Pf.
Teekannen Stück 85 Pf.

Teller weiß Gold, tief u. flach Stück 65 Pf.
Stulenteller weiß Gold Stück 45 Pf.

Einzelne Untertassen
2 Stück **5** Pf.

Wasserflasche mit Glas
Stück **75** Pf. **55** Pf.

Goldrandtassen hohe Form . Paar **35** Pf.
Goldrandtassen Schalenform Paar **45** Pf.

Tafel-Service 77 teilig
für 12 Personen **79** M.

Wirtschafts-Artikel
Schmortöpfe ohne Ring Stk. 1.10, 90, 65 Pf.
Schmortöpfe m. Ring Stk. 1.65, 1.45, 1.20
Kasserollen ohne Ring Stück 55, 45 Pf.
Wasserkessel Stück 2.10, 1.80
Kaffeekannen weiß Stk. 1.35, 1.10, 95 Pf.
Kaffeeflaschen mit Pat. Verchl. Stk. 55, 45 Pf.

Brotkasten fein lackiert Stück 2.90, 2.45
Garnitur Sand, Seife, Sode, fein lackiert 1.35
Kaffee- u. Zuckerdosens fein lack. Stück 65 Pf.
Krümelschaufel mit Bezen, fein lack. Stück 1.25
Springformen Weißblech Stück 80, 70 Pf.
Reibeisen Weißblech Stück 28, 15 Pf.

Kaffee-Service 2teilig für
6 Personen **4.50**

Stahlwaren
Tisch-Bestecke m. gelacktem Metall, Paar 1.15, 95 Pf.
Tisch-Bestecke mit gelacktem Metall, Paar 1.65
Eßlöffel Stück 25, 12 Pf.
Eßgabeln Stück 12 Pf.
Kaffeelöffel Stück 15, 8 Pf.
Küchenmesser Stück 35, 22 Pf.

Wassereimer
20 cm Stück **1.20**

Runde Wannen
neublau Stück **1.65**

Bürstenwaren
Roßhaar-Besen Stück 3.10, 2.35
Roßhaar-Handfeger Stück 1.50, 1.25
Teppich-Handfeger Stück 75 Pf.
Schrubber Stück 80 Pf. 40 Pf.
Glanzbürsten reine Borsten, St. 95 Pf. 65 Pf.
Scheuerbürsten mit Stiel Stück 35 Pf.

Wir schließen mittags nicht mehr. Unser Haus ist jetzt wieder den ganzen Tag geöffnet!

Ein großer Posten
Isolier-Flaschen 95
24 Stunden heiß und kalt
haltend Stück Pfund

Kaufhaus Gebrüder Leyser

SO 36, Wiener Str. 64

Antikes und größtes Warenhaus SO
Straßenbahn 4, 19, 18, 31, 44,
48, 51, 191, 20, 30, 47, 147, 99

Ecke Lausitzer Straße
Hochbahnstation Oranienstraße und
Görzter Ubf. in 1 Minute zu erreichen

Bettwäsche! Leibwäsche! Hauswäsche!

Sechs außergewöhnlich billige Ausnahmetage

Mengenabgabe vorbehalten	Einige Beispiele	Mengenabgabe vorbehalten
Deckbettbezüge prima Linon 590	Handtücher Gerstenkorn mit roter Kante, leicht fleckig Meter 035	Handtücher Gerstenkorn weiß Halbleinen Meter 075
Deckbettbezüge prima Damast 850		
Kissenbezüge prima Damast 250		

Aus meiner Arbeitsstube übrig gebliebene **Wäschereste**, für Untertassen, Hemden, Plumeaux geeignet von **0.10** an

Sin Posten Damenwäsche, darunter herrliche Garuturen, Nachthemden, Prinzessröcke mit Hohlsaum, kl. Webefehlern spottbillig.

Riesen-Auswahl in Frottierwäsche, Tischwäsche, Inlette, Paradekissen, Wäschestoffen, Damenschlupfern, Herrenhemden

Achten Sie im eigenen Interesse auf meine alte streng reelle Firma

Wäschefabrik Max Kasper

Weinbergsweg I II Invalidenstraße 15
Rosenthaler Platz an der Gartenstraße (Stettiner Bahnhof).

Asthma
wirft eine Hilfe durch
die ich eine echte
Blutreinigung.
Beruhigt durch ihre
Wirkung. St. 250. In
Drog.u. Apoth. erhältlich.
Echt nur mit Herrn
Otto Reichel, Berlin 43,
Wittenbühnstr. 4.

Augenfranke
trifft Apoth. v. L. Sch-
mann-Augenheiler.
Seit Jahrhund. dem
hauseigenen Innerecht Zeit
o. erst mit Zeit erpe.
u. warm empf. Wirk-
wunderlich. Das schwin-
den l. Augen. Appetit
stark. Bei. haben sich
in Berlin u. Pillen
in der Simons Apoth.,
Schubertstr. 17, u.
Grenzwalder Apoth.,
Stellwälder Str. 47.

Ruhe-
betten 20 M.
Klub-
garnit. 170 M.
Chaiselong-
decken . . 12 M.
Neukölln,
Anzengruberstr. 2

Quittungs-Marken
seit 40 Jahren Spezialität
Conrad-Müller,
Schkeuditz-Leipzig

Willst Du
Deinem Mann
was kaufen,
mußt zu
Hosen-Anders
laufen.
Berufskleidung
Strickwesten
Trikotagen
Socken
Taschentücher
A. Anders,
Bensselstr. 25

**Frühjahrs-
Neuheiten**
in
Damenmänteln
und
Kostümen
neue eleg. Formen
in allen Größen.
Arbeitsstube
Fr. E. Karthäuser,
Neu-
kölln, Jägerstr. 60
Teilzahl. gestattet

bleibstief
in
Qualität in
Anfertigung
immer
einmalen!

**Ich würde mich nicht
vor euch im nichtigen
erinnere ich an
junge Jahre!**

Herrenkleiderfabrik

Jakobowicz & Levy G. m. b. H.,
Berlin C2, Neue Friedrichstr. 65/66 II

Verkauf an Private zu Engros-Preisen
von Herren-Anzügen, Gabardine-Mänteln,
Covertcoats, Gummi-Mänteln, Sport-Anzügen.

Verkaufszell an Wochentagen von 2-7 Uhr
am Sonnabend 1-5

Der kommunistische Wahlaufbruch.

Schimpfen auf die anderen wird niemand sattmachen und keinem Denkenden als Richtschnur im Wahlkampf dienen können. Den kommunistischen Wahlaufbruch sieht man vergeblich, wenn man einen politischen Gedanken sucht. Ein Satz vielleicht ist in dem ganzen spaltenlangen Geschimpfe ehrlich gemeint:

„Die Sozialdemokratie muß geschlagen werden, daß sie nicht mehr wagen darf, sich eine Arbeiterpartei zu nennen.“

Das ist die wichtigste, beinahe einzige Sorge. Denn sonst liegt den Kommunisten an dem neuen Reichstag nichts. Ihnen ist die Wahl kein entscheidender Akt in unserem politischen Leben. Für sie ist sie nur eine Demonstration. Sie vermögen nur mit glühenden Farben Rot und Elend zu schildern und festzustellen, daß alle anderen, nur nicht sie, an unserem Elend Schuld haben. Vergessen sind ihre verbrecherischen Putsch, die sie jahraus, jahrein angezettelt haben, vergessen ist ihr fanatischer Kampf gegen die Gewerkschaften, gegen die Organisationen der Arbeiterchaft, ohne die es einen Wiederaufstieg der Arbeiterbewegung überhaupt nicht geben kann.

Sie kennen nur die eine Lösung: Entfesselung des Bürgerkrieges, Revolution und Räterepublik! Der Aufruf zum Kampf für die kommunistische Räterepublik erhebt sie jeder Sorge, auch nur mit einer Zeile zu sagen, was sie eigentlich wollen. Sie sagen nicht, was sie in der Vergangenheit getan haben. Es käme ihnen auch schlecht an. Mit ihren Putsch ist kein Staat zu machen. Ihre Politik war ein unaufhörliches Schwanken von einem Extrem zum anderen. Bald war „Sachwerterfassung“ schändlichster Arbeiterverrat, bald höchstes Gebot der Stunde. Bald war Putschismus die Parole, bald Einheitsfront. Niemand wußte recht, ob Einheitsfront mit den Bonzen oder Einheitsfront mit den Massen. Die Richtungskämpfe in ihren Reihen nahmen kein Ende. Sie sagen nicht, welche Außenpolitik sie betreiben wollen, sie sagen nicht, was im Innern als nächste Aufgabe zu lösen ist.

Sie kennen nur das eine: Zerstörung und Raub, den sie höchst unmarxistisch mit Revolution verwechseln. Auf alle Anlässe zu besserer Einsicht ist die Rückkehr in den primitivsten Aberglauben gelehrt. Sie bezeichnen sich offen als Feinde der Republik und der Demokratie, sie arbeiten mit ihren Tiraden, dem Bürgertum niemals gefährlich werdend, bewußt oder unbewußt, nur für die Reaktion. Der Belagerungszustand, über den sie sich entzückten, war nicht zum wenigsten die Folge ihrer Putschereien. Thüringen und Sachsen konnte die Arbeiterchaft nicht halten, weil die Kommunisten zugeständenermaßen keine ehrliche gemeinsame Arbeit wollen. Der Achtstundentag wird sicher nicht zu halten sein, wenn die Front der Gewerkschaften von ihnen dauernd durch Sonderaktionen zugunsten des Unternehmertums geschädigt wird. Es ist schon so, wie sie in ihrem Aufruf sagen:

„Neue Demagogen treten auf.“

Sie sind selbst die gefährlichsten Demagogen, die in Rot und Elend den Volksmassen entziehen können. Mit den Deutschösterreichern im Bunde bekämpfen sie offen die Republik, die einzige Staatsform, in der die Arbeiterchaft sich zu politischer und wirtschaftlicher Gleichberechtigung aufwärts entwickeln kann. Der Sieg ihrer Phrasen wäre der Untergang der Arbeiterbewegung.

Die Freunde der Reaktion.

Kommunisten und Kapp-Putsch.

In dem Wahlaufbruch der Kommunisten steht die Behauptung, die Sozialdemokraten seien im Kapp-Putsch dem kämpfenden Proletariat in den Rücken gefallen. Die Lüge ist frech, hat aber kurze Beine. Sofort nach dem Kapp-Putsch trat die Arbeiterchaft in den Streik und in den offenen Kampf gegen die Putschisten — unter der Führung der Sozialdemokraten.

Die kommunistische Zentrale aber erklärte ihre Neutralität in diesem Kampf!

Sie ließ die kämpfenden Massen im Stich. Ihr Geschick, das Schicksal der Republik war ihr gleichgültig. Ja, man liebäugelte mit Kapp. In ihrem ersten offiziellen Artikel nach dem Kapp-Putsch schrieb „Iswestija“, das amtliche Organ der Sowjetregierung von Rußland:

„Wir haben nicht über Eberts und Noskes Schicksal zu weinen, mit der neuen Regierung (der Kapp-Regierung) wollen wir gern auf gutem Fuße leben.“

Erst als die kommunistische Zentrale die gewaltige und entschlossene Abwehrbewegung der deutschen Arbeiter sah und die Position Kapps schwankte, entschloß sie sich zur Wendung, um sich nun mit schwülstigen Phrasen „an die Spitze der Bewegung“ zu setzen, das heißt, sie zu zerstückeln und zu zerstören.

Wenn heute ein großer nationalsozialistischer Putsch hereinbräche, so würden die Kommunisten wieder dem Erfolg nachhaken — sei es auch der Reaktion! Und sie werden mit Cudendorff-Hitler-Graefe „gern auf gutem Fuße leben“.

Fort mit diesen Arbeiterbetrügnern!

Verzweiflung und Verantwortung.

Eine Welle der Unzufriedenheit, der Enttäuschung, der Verzweiflung geht durch die deutsche Arbeiterchaft und durch weite Kreise des deutschen Mittelstandes. Es handelt sich nicht nur um eine flüchtige, vorübergehende Eintagsfliege, sondern um einen Zustand, der ernsthaft gewürdigt sein will. Unzufriedenheit und Verzweiflung sind nicht nur zu erklären als Denkverirrung, als Wirkung einer hemmungslosen politischen Agitation. Sie haben tiefere Ursachen. Die sozialen Verhältnisse, unter denen die Massen der Bevölkerung in Deutschland leben müssen, zwingen große Teile mit Gewalt in solche Stimmungen. Sie werden wachend in ihren bisherigen festen politischen Begriffen. Ihr politisches Denken macht gefühlsmäßiger Stimmung Platz, die auf den Ton gestimmt ist: Es hilft ja doch nichts mehr, lieber soll alles kaputt gehen.

In dieser Richtung wirkt das dumpfe Gefühl, das die Massen von der außenpolitischen Zwangslage Deutschlands haben; mehr aber noch das Unbefriedigende der innenpolitischen Verhältnisse in Deutschland. Ein großer und entscheidender Teil des Bürgertums beharrt ohne Weibchen, ohne politischen Sinn in seiner Engstirnigkeit aus der Zeit vor dem Kriege. Sie wollen ein starres System der absoluten Macht gegen die Arbeiterchaft, das den emporstrebenden

Kommunistische Spitzenkandidaten.



Baby Werner Schölem bezieht seine geistige Nahrung an der Brust von Mütterchen Moskau.

den Massen nur den einen Ausweg läßt, die Herbeiführung einer politischen Katastrophe. Vor allem wirkt aber der ungeheure Druck, der auf der Lebenshaltung der breiten Massen ruht, das Gefühl, daß alle Methoden des politisch-parlamentarischen und des gewerkschaftlichen Kampfes versagen gegenüber der fortgesetzten Verschlechterung der Lebenshaltung. Dies Gefühl ist die psychologische Nachwirkung der Inflationsperiode, auf deren Höhepunkt in der Tat alle gewerkschaftlichen Kampferfolge durch das Fortschreiten der Geldentwertung wieder zunichte gemacht wurden. Nun ist diese Periode des rasenden Tempos der Geldentwertung zunächst vorüber; aber die Stimmung der Hofflosigkeit und der Verzweiflung, die sie geboren hat, wirkt noch nach.

Diese allgemeine Stimmung der Enttäuschung, der Unzufriedenheit und der Verzweiflung verstehen aber heißt noch nicht, ihr nachgeben und sie gutheißen. Aus dieser Stimmung wachsen wohl Akte des politischen Protestes und der Demonstration hervor, niemals aber politische politische Erfolge. Aus dieser Stimmung heraus erklärt sich der Zustrom zur kommunistischen und zur völkischen Bewegung. Es ist nicht Einsicht in die Theorien der Kommunisten, nicht Uebereinstimmung mit ihrem politischen Willen oder dem Willen der Völkischen, was die Massen in ihr Lager führt. Die Stimmabgabe für die extremen Parteien erscheint den Massen nicht als ein Mittel, die Verhältnisse zu ändern, sie ist lediglich ein Ausdruck allgemeiner Rebellion, ein Schrei des Leidens, der Empörung, des Protestes.

Ein geordnetes und gefestigtes Staatswesen kann solche Demonstrationen ohne Gefahr wohl ertragen. In der gegenwärtigen Lage Deutschlands aber bedeuten sie eine große Gefahr. Sie können die Grundlagen des Staates und des geordneten Zusammenlebens seiner Bürger auf das schwerste erschüttern und so, statt zu einer Besserung der Verhältnisse zu führen, sie in eine entscheidende Katastrophe hineinführen, an deren Ende das absolute Chaos steht. Es handelt sich in der gegenwärtigen Lage Deutschlands nicht darum, zu protestieren, es handelt sich vielmehr darum, den Ursachen jener Verzweiflungstimmung nachzugehen und sie zu beseitigen. Hier ist aber der Punkt, an dem die extremen Parteien versagen. Das einzig Positive, was sie den verzweifeln Massen zu sagen wissen, ist der Hinweis auf offenen blutigen Machtkampf. Die eine dieser Richtungen will den Krieg nach außen, die andere den Krieg im Innern. Beide mit der illusionären Hoffnung, daß aus dem Chaos heraus von selbst, wie mit Naturnotwendigkeit eine bessere Zeit entstehen werde. Im Grunde genommen ist das Ablehnen von jeder Politik. Es ist unter dem Deckmantel höchster Aktioität eine Form der politischen Indifferenz. Krieg und Revolution werden von den extremen Parteien gewollt, nicht als Mittel zum Aufstieg, sondern aus Hoffnungslosigkeit, aus Ideenlosigkeit, aus Hofflosigkeit, aus einem Gefühl des Nichtmehrwerterkennens heraus.

Solche Stimmung ist das gerade Gegenteil jenes entschlossenen Kampfwillens, der die deutsche Arbeiterchaft in der Zeit ihres Aufstieges, in der Zeit ihrer Zusammenfassung in großen Organisationen

beseitigt. Dieser entschlossene Kampfgeist läßt sich nicht im Stadium des Rückganges und der Niederlage in jene Verzweiflung hineinreiben, die nach Selbstauflösung und Selbstvernichtung schreit. Wer den extremen Parteien, den Kommunisten und den Völkischen in dieser schweren Zeit folgt, der weicht den ernsten und verantwortungsvollen Entscheidungen aus, der verläßt sich auf das Wirken eines übernatürlichen Schicksals, der zeigt nicht ein Höchstmaß von politischem Mut, sondern im Grunde genommen nur politische Feigheit.

Revolutionärer Parlamentarismus.

Kommunisten und Ermächtigungsgesetz.

Die Kommunisten schreiben in der „Roten Fahne“, die Genossen Weis und Tschacoz seien Lügner, weil sie in Wahloberrechnungen die Tatsache festgestellt haben, daß die Kommunisten zum Zustandekommen des zweiten Ermächtigungsgesetzes beigetragen haben. Die „Rote Fahne“ sucht eine Ausrede für die Reichstagskommunisten in dem statistischen Nachweis, daß auch ohne ihre Stimmabgabe das Gesetz angenommen worden wäre.

Der entscheidende Punkt ist aber der: die kommunistische Reichstagsfraktion konnte vor der Abstimmung nicht wissen, ob auch im Falle ihrer Obstruktion die Anwesenheit von zwei Dritteln der Mitglieder festzustellen war — denn genau wußte das niemand. Sie mußte mit der Möglichkeit rechnen, daß ihre Stimmen den Ausschlag gaben. Wegbleiben aber war in diesem Falle mehr als kein Stimmen. Denn die Mehrheit für das Gesetz war sicher, nicht sicher war dagegen die Anwesenheit der zwei Drittel der Abgeordneten. Diese Sicherheit wurde durch ihr Verbleiben mit hergestellt. Ist also die Zustimmung zum Ermächtigungsgesetz ein „Verbrechen“, so sind die Kommunisten ebenso schuldig wie die Sozialdemokraten. Denn auch sie haben zum Zustandekommen des Gesetzes beigetragen.

Noch unmittelbar vor der Abstimmung stellten die Kommunisten im Reichstag die Köpfe zusammen und berieten — hangend und bangend in schwebender Bein —, wie sie handeln sollten. Sie wollten zwei Fliegen mit einer Klappe schlagen: nämlich stimmen, zugleich aber den Schein des befohlenen revolutionären Parlamentarismus wahren. Auf ihren Gesichtern stand doppelte Furcht: die Angst vor den Folgen des Nichtstimmens einerseits, die Angst vor dem Moskauer Raschschwert andererseits. Die unwürdige Szene war der reine Ausdruck der Würdelosigkeit, der Geistesflauheit und Heuchelei, zu der Moskau seine deutschen Parlamentarier zwingt. Die künftigen Parlamentarier der Kommunisten werden sich in mancher Situation so zeigen müssen.

Bleibt es nun noch eine Ausrede in petto, nämlich die: die Reichstagsfraktion der SPD habe in der Hoffnung, daß es lang, gestimmt, um die Diäten für den Abstimmungstag zu erhalten. Wir geben ihnen zu, daß dies ihr Motiv war, wenn sie sich herausreden wollen, und daß sie nicht stimmten, um das Gesetz zu sichern. Aber wäre dieser Fall nicht noch erbärmlicher, der Fall näm-

lich, daß sie wegen 9 M. pro Kopf lieber die Gefahr auf sich nahmen, durch ihre Stimmen das verruchte gegenrevolutionäre Gesetz unter Dach und Fach zu bringen, als daß sie ihre Diäten dem revolutionären Parlamentarismus opfereten?

Auf jeden Fall mögen uns die Kommunisten mit ihren Tiraden über die Stellung unserer Fraktion zum Ermächtigungsgesetz in Frieden lassen; denn gerade dabei hat sich die ganze Heuchelei ihres revolutionären Parlamentarismus ent- hüllt. Was zur Kritik der Anwendung des Ermächtigungsgesetzes zu sagen ist, besorgen wir selber.

Kommunisten und Völkische.

In ihrem Wahlaufzug rufen die Kommunisten zum Kampfe gegen die völkische Konkurrenz. Sie fürchten, daß den Völkischen der Volksbetrug besser gelingt als ihnen. Im übrigen mühen sie sich, sich bei den Völkischen anzubiedern.

Wie verträgt sich mit ihrem Gesetze über die Faschistenmörder das „Politische Rundschreiben“ Nr. 2 an alle Bezirksleitungen, das anknüpft an die „glänzende Rede des Genossen Kadel über Schlageter, deren Eindruck in den Reihen der Nationalisten ein gewaltiger war“ und das davon spricht, daß,

„wenn wir es gut verstehen werden, diese ehrlichen nationalen Kreise richtig anzupacken, es uns nicht schwer sein wird, ihnen zu beweisen, daß die einzige Rettung für sie und das von ihnen so heiß geliebte Deutschland nur in dem mit uns gemeinsam ge- führten Kampfe besteht“.

Das ist doch in aller Form die Anweisung zur Verbindung mit den Faschisten. Die Führer sind praktisch mit gutem Beispiel voran- gegangen. Kammelle hat in einer Versammlung der Faschisten in Stuttgart so geredet, daß diese begeistert erklärten, er habe so geredet, „wie einer der Unserigen“.

In einer Versammlung zu den Bürgerchaftswahlen in Lübeck hat Kammelle die Versammlungsteilnehmer aufgefordert, lieber nationalsozialistisch als sozialdemokratisch zu wählen.

Die ganz linksstehende Kommunistin Ruth Fischer erließ am 23. Juli in einer Berliner Versammlung deutschvölkischer Studenten an diese die Aufforderung: „Tretet die Judentapitalisten nieder, hängt sie an die Laternen, zertrampelt sie.“

In einer sozialdemokratischen Wählerversammlung in Osnabrück erklärte der Kommunist Richard Müller: „Jawohl, wir werden mit den Deutschvölkischen ein gut Teil Weges gemeinsam gehen.“ Als dieser Satz wie eine Bombe einschlug, meinte Müller: „Aber das ist doch nichts Neues, das hat doch schon vor langem Karl Kadel in der „Roten Fahne“ geschrieben.“

Das stimmt.

APDist und Rechtsputzschiff
Eines und daselbe ist
hat der erste ausgehört,
kommt der andre anmarschiert.

Beide gehen Arm in Arm
Ist das nicht zum Götterbarm?

Kadau statt Hilfe.

Kommunisten und Erwerbslos.

Die Parolenausgabe der Kommunistischen Partei funktioniert nach wie vor ausgezeichnet. An die Erwerbslosenräte und Funktionäre erging am 30. März z. B. ein Befehl, daß in der Woche vom 13. bis 20. April in allen Gemeindeparlamenten Forderungen der Erwerbslosen in Form von Anträgen zu vertreten

sind. In dem kommunistischen Rundschreiben heißt es ausdrücklich, daß „Änderungen vorgenommen werden dürfen, wenn es die örtlichen Verhältnisse unbedingt erfordern“. Die Anträge sind selbstverständlich von der üblichen bürokratischen Länge und ver- bindet von agitatorische Sprache. Betriebsstillegungen sollen ver- bindet werden, Rotstandsarbeiten in Angriff genommen und die Erwerbslosenunterstützung soll auf 65 bis 95 Proz. der Löhne der Gemeinde- und Staatsarbeiter gebracht werden. Außerdem werden Wirtschaftsbelegungen, Holz- und Brennmaterial, Niederstufung ge- fundeter Gasrechnungen und Mieten, Anerkennung der Erwerbs- losenräte usw. usw. gefordert.

Damit für den nötigen Kadau gesorgt ist, heißt es im Rundschreiben ausdrücklich:

„Diese Forderungen sind so rechtzeitig einzureichen, daß kein Widerspruch dagegen erhoben werden kann. Die Erwerbslosen haben diesen Forderungen am Tage der Behandlung derselben in den Gemeinderatssitzungen durch große Massendemonstration im Verein mit den Arbeitenden größten Nachdruck zu verleihen.“

Das bedeutet also, daß alle Gemeindevertretungen sich für die Osterwoche auf den nötigen Kadau in ihren Sitzungen mit dazu- gehörigen Demonstrationen, Trübeneradren, Hinauswurf von Kom- munisten, Entlassung von Sozialverrätern, namentlich von sozial- demokratischen Vorstehern, einzurichten haben. Solche Befehle werden bekanntlich bei den Kommunisten programmatisch durch- geführt, und es kann deshalb nicht schaden, wenn die Gemeinde- vertretungen über diese menschenfreundlichen Absichten rechtzeitig unterrichtet sind und den Kadauübernehmern deutlich entgegenzeten.

Seht die Wählerlisten ein!

Warum kann die amtliche Wählerliste nicht fehlerfrei sein?

Doch eine amtliche Wählerliste schon infolge ihres Umfangs und infolge der Schwierigkeiten, die sich bei ihrer Aufstellung ergeben, Fehler in sich bergen muß, wird von niemand ernstlich bestritten werden können. Selbst wenn die Kartothek des Wahlamts, die ständig nach den ständesamtlichen Meldungen über Geburts- und Sterbefälle, Eheschließungen usw. und nach den polizeilichen Mel- dungen über Zu- und Fortzüge berichtigt wird, peinlich genau in die Wählerlisten übertragen worden ist — was nur in den seltensten Fällen gelingt —, stellen sich doch bei jeder Auslegung der Wähler- liste die verschiedenartigsten Fehler heraus.

Das Fehlen einzelner oder mehrerer Namen braucht durchaus nicht auf einer Unvollständigkeit zu beruhen. Häufig sind ganz harmlose Anlässe der Grund: eine vor Jahren erfolgte Ab- weisung im Lebensmittelamt (seligen Angedenkens) hatte zwar zur Folge, daß ein Wähler aus der Wählerkarte ausgeschied, aber seine nach Rückkehr von der Sommerreise unterlassene Wiederanmeldung kann jetzt die Ursache seiner Nichtertragung in die Wählerliste sein, wie in vielen Fällen bereits festgestellt werden konnte. Dasselbe ist möglich durch längere Unterbrechung des Wohnsitzes infolge Aufent- halts in Krankenanstalten, Pflege- und Erholungsheimen und Heil- stätten usw.

Auch die falsche Schreibweise der Vor- und Familiennamen der Wähler sollte man nicht zu Ballen der Beamten des Wahlamts buchen. Die polizeilichen An- und Ab- meldungen sind nicht immer als kalligraphische Meisterleistungen anzusprechen, und mancher hat durch seine eigene undeutliche Hand- schrift, die mehr zu raten als zu lesen ist, es verschuldet, wenn sein Name in der Wählerliste falsch geschrieben ist.

Weitere Fehler können in der falschen Berufsangabe bestehen, was namentlich bei Sammelnamen die Feststellung der Identität des Wählers erschwert; dann in falscher Angabe des Geburts- datums, was in den nicht seltenen Fällen wichtig ist, in denen beispielsweise Vater und Sohn dieselben Vornamen haben. Endlich ist die falsche Wohnungsangabe eine Fehlerquelle, die beachtet werden muß.

Mit dieser kleinen Blütenlese sind keineswegs alle Möglichkeiten erschöpft, die eine unliebsame Enttäuschung am Wahltag zur Folge

haben können. Wenn also kein Wahltag ist, so ist das ein Beweis für die Mäßigkeit der Einsichtnahme in die Wählerliste Gebrauch.

Stadtrat Hiege, Dezerent des Bezirkswahlamts Pantom.

Polizei und Wahlkampf.

Der preussische Minister des Innern erläßt im „Ministerialblatt für die preussische innere Verwaltung“ (Nr. 16/1924) eine Reihe von Bestimmungen, die die Polizeiverwaltungen anweisen, den ungestörten Verlauf der Wahlveranstaltungen zu überwachen, eventuell notwendig werdenden polizeilichen Schutz gegen Störungs- und Sprengungsversuche zu gewähren und die Veran- staltung der Versammlungen beim Gebrauch ihres Hausrechts zu unter- stützen. Weiter wird hervorgehoben, daß gegen die Verwendung unbewaffneter Ordner keine Bedenken bestehen, dagegen das Vorhandensein eines bewaffneten Saalkühles ohne weiteres das Verbot bzw. die Auflösung der Veran- staltung herbeiführen kann, „da derartig unfriedliche Veranstaltungen nicht des Schutzes der Verfassung selbsthaftig sind“. Der Polizei steht weiter das Recht zur Verfügung auch von Wahlveranstaltungen zu, wenn in ihnen zu Widerhandlungen gegen die §§ 1 bis 8 des Republikstrafgesetzes vorkommen und gebüht werden. Endlich sind Anordnungen für die Sicherung der Wahlhandlung getroffen.

Marke Spießbürger.

Weltkrieg und Revolutionen haben wohl vermocht, Dynastien zu stürzen und staatliche und soziale Formen zu ändern, eine Erscheinung unseres menschlichen und deutschen Daseins haben sie weder vernichtet, noch überhaupt berühren können: der Spieß, unser Freund und Zeitgenosse, er lebt und verbreitet nach wie vor seine physischen und geistigen Auswüchse.

Der Spieß ist eine Pflanze, die ihre Heimat in irgendeinem Hofemmel oder Kräutergarten hat, die daneben aber auch in Unmengen in den Großstädten, so auch in unserem Berlin, gedeiht. Ich sehe ihn vor mir, vornehm, aber schlicht gekleidet, gewöhnlich von unter- lehrer Gestalt, wie er nachdenklich dahingewandelt mit einem selbst- zufriedenen Lächeln auf dem dicken, wohlgenährten Antlitz. Er ist immer wohlgenährt und selbstzufrieden, und wenn du ihn wandeln siehst, so före ihn nicht, denn er ist immer im Rückdenken: der Spießler rechnet!

Er rechnet ewig und liagt. Hast du jemals einen Spießler ge- sehen, der nicht immer geklagt, der dabei nicht immer wohlgenährt und selbstzufrieden ausgeschaut hätte?!

Der Spießler ist ein typisches Kind seiner Mutter, des Kapitalis- mus. Er wurzelt in ihrem Boden und sonnt sich in ihrem Glanze. Ein Spießler schimpft nur hinter dem Rücken seines Gegners, wenn es zum offenen Kampfe geht, kriecht er. Der Spießler läßt sich gern für 10 bis 12 Stunden tagsüber in ein Arbeitshaus einsperren, wenn ihm nur die Brocken von dem Tische seines Brotherrn zugeworfen werden. Probleme kennt er nicht, nur Launen, so hat er auch keinen Sinn für die Ethisierung und Heiligkeit der Arbeit. Er wurzelt nur und kriecht.

Der Spießler ist vielleicht der größte Feind der Arbeitnehmer. Politisch ungeschult, geistig beherrmt, fällt er die Massen der In- differenten, der Nicht- und Falschwähler. Er ist die Masse, die ge- wöhnlich als dumm, von Instinkten abhängig und tierisch hingestellt wird. Die Politisierung des Spießlers wäre zu Recht einmal eine Stärkung seines Eigenwillens, Menschheitsbewußtseins.

Die Arbeitnehmer, die in dem Spießler ihren Arbeitskollegen sehen, verkennen oft zum eigenen Schaden seinen wahren Charakter. Sium cuique! Wo Milde und Menschenfreundlichkeit am Platze sind, da mögen sie praktiziert werden, dem Spießler dagegen gebührt Gegnerschaft und Berodung. Eine völlige Ausrottung dieses äheln und gesellschaftsschädigenden Krautes wird natürlich nur möglich sein, wenn es gelingt, den ihn nährenden Boden von Grund auf umzu- gestalten! Wilhelm Berger.

Wirtschaft

Kartellpolitik und Inflation.

Gewisse Vorgänge am deutschen Warenmarkt deuten darauf hin, daß die Wirtschaft sich von den Sogföphenheiten der Inflationszeit noch immer nicht trennen will und daß der von den Behörden und von der Reichsbank mit Verordnungen und Kreditbeschränkungen auf die Wirtschaft ausgeübte Druck keineswegs ausreicht, um die notwendige Senkung der Preise herbeizuführen. Im Gegenteil gibt es bereits jetzt wieder Kreise, die sich auf einen neuen Marktsturz einrichten und Vorsorge treffen, um auch bei einer etwaigen neuen Inflation ruhiger der Geldentwertung zu sein.

So berichtete kürzlich die „Industrie- und Handelszeitung“, daß eine der größten Vederfabriken folgende Zahlungsbedingungen stellt: Rechnungslegung in Dollar, zahlbar zur Hälfte in fremden Zahlungsmitteln, zur anderen Hälfte in wertbeständigem deutschen Geld, umgerechnet zum New Yorker Kurse, der in der letzten Zeit wieder nicht unbeträchtlich über dem Berliner Dollarkurs liegt. Die Fabrik wurde von ihrem Abnehmer darauf aufmerksam gemacht, daß in dieser Forderung eine Sabotage der Rentenmark zu erblicken sei. Das machte auf sie aber keinen Eindruck. Selbstverständlich muß eine derartige willkürliche Verfeuerung des Vaders zur Verfeuerung der Schube führen, und so droht die Inflation von der Warenpreisleise gefördert zu werden.

Auch auf anderen Gebieten machen sich deutliche Anzeichen dafür bemerkbar, daß vom Warenmarkt her ein starker Druck auf die Mark entfallt wird. In den Rohstoffindustrien, insbe- sondere in der Eisenindustrie, sind Preissteigerungen fortgesetzt zu verzeichnen und die geringste Steigerung der Nachfrage genügt, um die besten Traditionen der Inflationszeit wieder wach werden zu lassen. Die auf diesem Gebiete besonders tüchtige Vereinigung Deutscher Kaltwalzwerke berechnete bei Lieferungsab- schlüssen keine endgültigen Preise, sondern setzt in den Vertrag nur die heutigen als Grundpreise ein und behält sich die Be- rechnung der am Lieferstage gültigen Preise vor. Mit anderen Worten: man arbeitet wieder auf die Einführung von Gleit- preisen hin, die bei dem Ruin der Papiermark eine so hervor- ragende Rolle gespielt haben.

Die Kreditpolitik der Reichsbank und der Rentenbank ist also immer noch nicht scharf genug, um die Produzenten und Lieferanten zu zwingen, ihre Vorräte und Effekten abzustößen. Nun haben die Behörden sich ein sehr starkes Mittel zu Eingriffen in die Preisbildung durch die Kartellverordnung verschafft. Sie haben das Recht, Kartelle, die gegen die volkswirtschaft- lichen Interessen der Gesamtheit verstoßen, auf Grund der Verord- nung gegen den Mißbrauch wirtschaftlicher Machtstellung aufzu- lösen. Bisher ist das noch in keinem einzigen Falle geschehen. Die Regierung hat die Verordnung auf Grund des Ermächtigungsgesetzes geschaffen. Man sollte daher annehmen, daß sie sich die Ermächtigung nur zu dem Zweck hat geben lassen, um von ihr auch Gebrauch zu machen. Das ist bisher, soweit die Nichtinhalts- erklärungen von Kartellen in Frage kommt, noch nicht erfolgt. Wie man sich das Einschreiten gegen Kartelle vorstellen darf, dafür bietet das Vorgehen gegen die Lieferungsverordnung der Textilpreise durch die Kartellwörter ein Beispiel. Hier sind nämlich seit Monaten die Inlandpreise über den Auslandpreisen. Die deutsche In-

dustrie führt aber Waren zu Preisen ins Ausland aus, die unter den deutschen Preisen liegen. Bisher hat man dagegen gar nichts getan. Jetzt erlaubt, daß man durch den Reichswirtschafts- rat eine Enquete über die Preisgestaltung und Zahlungsbedin- gungen in der Textilindustrie veranstalten lassen will. Eine ähnliche Enquete soll über die Verhältnisse in der Lederindustrie gemacht werden. Man hat es also mit Maßnahmen gegenüber den Zer- störern der Rentenmark, die im Unternehmerlager sitzen, absolut nicht eilig. Vergleicht man damit den Eifer und die Rücksichts- losigkeit, mit der die Regierung beim Lohnabbau und der Arbeitszeit- verlängerung gegen Arbeitnehmer aufgetreten ist, so ist der Wider- spruch einfach unverständlich.

Angewiesen aber rüsten die Kapitalisten bereits zum Gegen- schlage. Mächtige Kräfte sind am Werk, um die Rechtsgrund- lage jeder Bekämpfung der Kartellpolitik, nämlich die Kartell- verordnung, zu erschüttern. Juristen, die als Sachwalter von in- dustriellen Verbänden und Bankinteressen bekannt sind, suchen mit juristischen Spitzfindigkeiten den Nachweis zu erbringen, daß die Kartellverordnung rechtsungültig sei. Wir hätten keine Sorge vor derartigen Angriffen, nachdem die Regierung bereits sich ein- mal sogar über eine Reichsgerichtsentscheidung hinweggesetzt hat, als sie die Hypothekenaufwertung regelte. Hier aber liegt der Fall etwas anderes, da das Reichswirtschaftsministerium bisher jede Akti- vität zur Bekämpfung von Auswüchsen am Warenmarkt hat vermissen lassen und demgemäß der Verdacht nicht von der Hand zu weisen ist, daß die Bekämpfung der Kartelle durch Mächtigkeitsverkündungen gar nicht ernsthaft beabsichtigt ist. Unter diesen Umständen ist dringend zu fordern, daß man gegen die Zerstörung der Renten- mark mit allem Nachdruck und ohne Rücksicht auf privatwirtschaft- liche Interessen einzelner Gruppen vorgeht.

Entwicklungsfragen der Reichsbahn.

Reichsminister Deter hielt am Freitag vor den Mit- gliedern der Handelskammer und ihrer Fachauschüsse einen Vortrag über Entwicklungsfragen der Reichsbahn. Er führte u. a. folgendes aus:

„Das Jahr 1924 ist für die Reichsbahn ein Jahr ungeöff- ter Probleme. In dies Jahr ist die Umstellung der Reichsbahn in einen wirtschaftlichen Betrieb, der aus dem Rahmen der Reichsfinanzver- waltung ausgefällt worden ist, zur Lastende geworden. Ferner haben die Auseinandersetzungen mit den Ländern, die durch die Besetzung von Rhein und Ruhr sowie die Lösung der Reparationsfrage eine wichtige Rolle gespielt und ferner ist der Personalabbau und die Vereinfachung der Betriebe infolge der notgedrungenen Sparmaßnahmen erfolgt. Ohne die Rentenmark wäre die Sanierung der Reichsbahn nicht gelungen. Bereits im Dezember vorigen Jahres ist die Reichs- bahn keine Zukunftsperspektive mehr. Sie hat den Rentenbankkredit nur noch zu 50 Proz. in Anspruch nehmen müssen, und ferner von dem 160 Trillionen Papiermark umfänglichen nicht wertbeständigen Notgeld ist ein sehr großer Teil eingezogen, so daß sich nur noch 20 Trillionen Papiermark gegenwärtig im Umlauf be- finden. Auch von dem wertbeständigen Notgeld ist eine große Summe zuwertig abgezogen worden. Die Reichsbahn kann jetzt als kerngesund bezeichnet werden. Der Erfolg ist allerdings auf

der Grundlage einer Wirtschaftshandhabung erzielt worden, die auf die Dauer nicht möglich ist. Diese Maßnahmen hätten in dem Personalabbau und in der Herabsetzung der Bezüge bestanden.

Die positiven Maßnahmen der Reichsbahn, eine wirtschaftliche Gestaltung des Betriebes zu erzielen, bestehe darin, daß man mit aller Energie bestrebt ist, die Wärme wirtschaftlich in die Höhe zu bringen. Zu diesem Zweck sind 11 Wärmewirtschaftsbezirke ein- gerichtet worden, in denen für die wirtschaftlichere Aus- nützung der Kohle gearbeitet wird. Die finanziellen Räte des Reiches lassen es leider nicht zu, die geplanten Elektrifizierung weiter durchzuführen. Als nächster Schritt soll aber die Einführung von Dieselmotoren stattfinden, von denen die ersten bereits im laufenden Jahre in Betrieb genommen werden sollen. Jeder Erfolg, den man bezüglich der Ersparnis von Kohlen bei der Reichsbahn erzielt, kommt der deutschen Wirtschaft zugute. In der Tarifwirtschaft sei die Rück- sicht auf die Güterbeförderung höher zu stellen als die Rück- sicht auf die Personalförderung. Aus diesem Grunde habe er die Erhöhung der Personalarie trotz der Bedenken, die sich dagegen geltend gemacht haben, durchgeführt. Eine Rundfrage bei verschie- denen Eisenbahndirektionen habe ergeben, daß durch die Personalar- tiserhöhungen keine Verminderung des Betriebes eingetreten sei. Die künftige Organisation der Reichsbahn sehe eine Zentralisation und Dezentralisation vor. Den einzelnen Direktionen werde die Verantwortlichkeit über ihren Bezirk überlassen, um so einen Wettbewerb innerhalb der einzelnen Direktionen zu erzielen.

Zum Schluß ging Reichsminister Deter auf die sehr interessante Frage der Beteiligung der Reichsbahn an den Reparationen ein. Er führte aus, daß man sich vorerst nur ein vorläufiges Urteil bilden könne, da die endgültigen Vorschläge der Sachverständigen noch nicht in authentischer Form bekannt seien. Die Reichsbahn sei demnach geneigt, nach ihren Kräften für die Leistung der Repara- tionen beizutragen. Der Minister wies jedoch darauf hin, daß diese Verpflichtungen nur freiwillig erfolgen könnten und daß ein neues Diktat untragbar sei. Die Reichsbahn könne nur unter zwei Bedingungen zur Erfüllung der Reparationsleistungen bei- tragen, und zwar unter der Bedingung, daß sie von jedem äußeren Zwang befreit werde und zweitens, daß die Verwal- tung von Rhein und Ruhr wieder in deutsche Hände komme und daß die Reichsbahn dort ihre volle Bewegungsfreiheit erhalte. Ohne Rhein und Ruhr sei die deutsche Wirtschaft nicht reparationsfähig und ohne Rhein und Ruhr sei auch die Reichsbahn nicht reparationsfähig. Er habe mit Freuden feststellen können, daß auch die Sachverständigen die gleiche Meinung vertreten hätten. Zur Erfüllung der Reparationen brauche aber auch die Reichsbahn ein Moratorium.“

Ein deutscher Petroleumskandal.

Große Erdölvorkommen, die durch Bohrungen der Deutschen Erdöl- A.G. in der Nähe von Hannover erzielt worden sind, erregten kürzlich die öffentliche Aufmerksamkeit. Die beteiligten Interessen- kreise kündigten geradezu eine Ummwälzung in der deutschen Erd- ölgewinnung an, so groß sollte die Produktionssteigerung sein. Inzwischen hat die Quelle zu fließen nachgelassen. Nach einem Bericht der Handelskammer Hannover steht noch nicht fest, welchen Einfluß die bei Mienhausen neu geborene Erd- ölfunde auf die Gesamtproduktion ausüben wird. Dem ersten Aus- bruch ist eine längere Ruhezeit gefolgt. Nach gründlicher Reini- gung des Bohrloches fand gegen Ende März ein neuer, etwa fünf- stündiger Ausbruch statt, der die eingebeichten Becken völlig mit Erdöl gefüllt hat.

Bezeichnend für die kapitalistische Spekulation mit den Bodenschätzen des deutschen Volkes ist jedoch der wilde Eifer, mit dem sich — trotz Kreditmangel und Kapitalmangel! — gewisse Kreise

Die neuen Goldkurse zu Gemüte führen. Nicht nur, daß die Devisen sofort im Kurse in die Höhe schneit, auch die Boden-spekulation hat sich in einem großen Umfange ein. Das Spekulantentum hat sich auf die noch freien Grundstücke gestürzt und den Grundbesitzern Angebote gemacht, die außer jedem Verhältnis zur Rentabilität eines Bohr-triebes stehen. Die Ernüchterung des geldgebenden Publikums dürfte in kurzer Zeit eintreten, aber der Schaden, der den großen Erdölgewinnbetrieben durch das Spekulantentum zugefügt wird, ist schwer wieder gutzumachen. Der Schaden, der der Volksgemeinschaft jedoch entsteht, indem die geringen, für Produktion und Warenabfuhr benötigten Kapitalien noch zu unsinniger Spekulation verwendet werden, ist noch erheblich größer.

Eine innere Anleihe in Rußland. Die Sowjetregierung ist bei ihrer jetzigen Währungsreform naturgemäß bestrebt, mit den von ihr herausgegebenen „Schahapfeinen“ möglichst lange ihre Ausgaben zu decken. Sie hat deshalb beschlossen, eine Reihe innerer Anleihen aufzunehmen. In einem so kapitalarmen Lande wie Rußland ist dies jedoch mit großen Schwierigkeiten verknüpft. So mußte man, wie jetzt in der amtlichen Presse bestätigt wird, die im vorigen Jahre realisierte innere Anleihe zwingungsweise unterbrechen. Bei der jetzt geplanten „Bauernanleihe“ wird auf freiwillige Zeichnungen gerechnet. Höchst interessant ist nun, welcher Art die Bedingungen dieser freiwilligen Anleihe sind. Die Anleihe wird mit fünf Prozent pro Jahr verzinst; ferner enthält sie bei einem Gesamtbetrage von 50 Millionen Rubeln 2 Millionen Prämien; drittens zahlt der Zeichner statt 100 Rubel nur 85 ein, wobei, was besonders wesentlich ist, den Bauern gestattet wird, ihre Steuern im Herbst mit den Obligationen dieser Anleihe, die zum Nennwert angetonnen werden, zu bezahlen. Auf diese Weise hat der Zeichner einen Gewinn von 15 Proz. für sechs Monate, d. h. die Anleihe wird mit 30 Proz. pro Jahr verzinst. Dies ist ohne Zweifel die teuerste Anleihe, die je aufgelegt worden ist.

Neue Eisenböden. In einer zahlreich besuchten Versammlung des Neuereisenhandels, der Werkschmied- und der freien Händler, des Schrotthandels, der Metallwaren- und der Feilbahnindustrie wurde in der Handelskammer zu Dortmund eine Dortmund-Eisen- und Metallbörse gegründet. Der Börsenvorstand hat sich bereits konstituiert. Die Börsenzusammenkünfte werden erstmalig am 11. April, nachmittags 3 1/2 Uhr, und in Zukunft vorläufig alle vierzehn Tage im Lindenhof in Dortmund stattfinden. Die Geschäftsleitung liegt in den Händen der Handelskammer Dortmund. — Im Essener Soolbau wurde gestern nachmittag die erste Versammlung der Essen-Düsseldorfer Schrottwerte abgehalten, zu der etwa 70 Teilnehmer aus interessierten Kreisen der umliegenden Bezirke erschienen waren.

Die Konzentration im Baugewerbe. Im deutschen Baugewerbe schreitet die Konzentration in beschleunigtem Tempo fort. Die in Deutschland weit verzweigten Heilmann u. Bittmann-Bauunternehmungen und Bauhofbetriebe sind jetzt zu einem Heilmann u. Bittmann-Baukonzern A.-G. zusammengeschlossen worden, dessen Macht um so größer ist, als sich jetzt auch der Lehmann-Siemens-Konzern an ihm beteiligt hat. Es ist eine große Interessengemeinschaft zustande gekommen, an der auch die Bayerische Girozentrale beteiligt ist. Eine weitere Ausgestaltung dieses Baukonzerns ist beabsichtigt. Angesichts der gewaltigen Bestrebungen der privaten an der Bauwirtschaft interessierten Kreise, den Bauplatz in ihre Hand zu bekommen, ist es ein dringendes Gebot für die gesamte Arbeiterschaft, sich hinter die von ihnen

Organisationen geschlossenen gemeinnützigen Bau- und Wohnungsgesellschaften zu stellen. Insbesondere ist die Beteiligung der Arbeiterschaft an der Reichswohnungs-Fürsorgegesellschaft für Beamte, Angestellte und Arbeiter (Rewoag) im eigenen Interesse aller arbeitenden Kreise.

Erwerbslosenunterstützung und Aussperrung

Das Landesarbeitsamt Berlin befolgt die Praxis, Arbeitern, die nach einem wirtschaftlichen Kampf nicht wieder eingestellt werden, die ersten vier Wochen keine Erwerbslosenunterstützung zu gewähren, weil in solchen Fällen die Erwerbslosigkeit nicht Folge von Arbeitsmangel ist.

Als der Jännerkampf in der Metallindustrie einsetzte, befand sich ein Teil der Arbeiter überhaupt nicht in den Betrieben, weil sie zu jener Zeit wegen Arbeitsmangel ausgehen mußten. Manche von diesen Arbeitern wurden nach Abbruch des Kampfes nicht wieder eingestellt. Obgleich sie an dem Kampf eigentlich nicht beteiligt waren, da sie ja zur fraglichen Zeit ausgehten, wird auch ihnen die Erwerbslosenunterstützung auf vier Wochen gesperrt. Die betreffenden Arbeiter empfinden das natürlich als ein Unrecht und machen den Unternehmer, der im Entlassungsdekrete auf den Wirtschaftskampf hinweist, anstatt Arbeitsmangel anzugeben, für den Schaden verantwortlich.

Eine grundsätzliche Entscheidung dieser Streitfrage hat nun die Kammer 7 des Gewerbegerichts gefällt. Der Kläger, der bei der U.C.G. beschäftigt war, vor Beginn des Kampfes ausgesetzt wurde und nachher nicht wieder eingestellt wurde, erhielt einen Entlassungschein, der besagt, das Arbeitsverhältnis sei aufgelöst worden wegen der durch passive Resistenz erfolgten Schließung des Betriebes, er wäre wieder eingestellt worden, wenn nicht Arbeitsmangel vorgelegen hätte.

Der Kläger fordert von der Firma Ersatz der ihm entgangenen Erwerbslosenunterstützung für vier Wochen. Er begründet seinen Anspruch damit, daß die Firma wissen mußte, ihm würde auf dieses Zeugnis hin die Erwerbslosenunterstützung gesperrt. Er hätte Arbeitsmangel als Entlassungsgrund angeben müssen.

Das Gericht wies die Klage ab mit der Begründung: Nach einer Auskunft vom Landesarbeitsamt würde der Kläger die Erwerbslosenunterstützung auch dann nicht bekommen haben, wenn aus dem Entlassungschein hervorginge, daß er vor Beginn des Kampfes gar nicht in Arbeit stand. Dieses scharfe schematische Vorgehen des Landesarbeitsamts sei bedauerlich, aber es sei nichts dagegen zu machen. Das Entlassungszeugnis sei wahrheitsgemäß. Es stehe nicht darin, daß sich der Kläger an der passiven Resistenz beteiligt habe. Wenn er trotzdem keine Erwerbslosenunterstützung erhielt, so treffe die beklagte Firma kein Verschulden.

Preisnotierungen für Nahrungsmittel.

Durchschnittseinkaufspreise in Goldmark des Lebensmittel-Einzelhandels je Zentner frei Haus Berlin.

Gerstengraupen, lose	16,00—17,25	Malkaffee, gepackt	23,00—25,00
Gerstengraupen, lose	16,00—17,00	Röstgetreide, lose	16,50—18,00
Häferhocken, lose	15,75—16,00	Kakao, Hartarm	100,00—125,00
Häfergrütze, lose	16,00—16,50	Kakao, leicht entölt	130,00—155,00
Roggenmehl 4/1	12,75—14,50	Tea, Souchon, gepackt	350,00—420,00
Weizenmehl	15,00—18,00	Tea, indischer, gepackt	425,00—500,00
Hartgeröl	22,00—25,50	Inlandsrucker basis mel.	40,75—42,50
70% Weizenmehl	14,50—16,—	Inlandsrucker Raffinade	42,50—44,50
Weizen-Auszugmehl	17,00—21,00	Zucker Würfel	48,00—48,00
Speiseerbsen, Viktoria	19,00—22,75	Kunsthorst	36,00—40,00
Speiseerbsen, kleine	14,00—17,00	Zuckersirup hell in Elm.	49,00
Bohnen, weiße, 1. Art	20,25—24,50	Speisesirup dunkl. in Elm.	32,00—35,00
Langbohnen, handverles.	30,00—32,50	Marmelade Einfr. Erab.	108,00—120,00
Linsen, kleine	26,00—35,00	Marmelade Vierfrucht	40,00—48,00
Linsen, mittel	36,50—42,00	Pflanzennuss in Eimern	45,00—48,00
Linsen, große	43,00—49,50	Steinsalz, lose	3,25—3,80
Kartoffelmehl	16,00—18,00	Siedesalz, lose	4,00—4,60
Makkaroni	48,00—45,00	Bratenschmalz in Tierces	66,50
Ringapfel, amerik.	100,00—105,00	Bratenschmalz in Kübeln	67,50—68,00
Getr. Pflaumen 90/100	43,00—48,00	Purelard in Tierces	65,00
Pflaumen, entsteint	55,00—65,00	Purelard in Kisten	67,00—67,50
Gal. Pflaumen 40/60	30,00—35,00	Speisesalz in Packung	46,00—50,00
Rosinen in Kisten, Candia	75,00—95,00	Speisesalz in Kübeln	46,00—48,00
Sultaninen Caraburu	80,00—100,00	Margarine, Handelsm. I. degl. II.	45,00—52,00
Korinthen, choice	80,00—85,00	desgl. II.	60,00—65,00
Mandeln, süße Bari	140,00—160,00	Molkereibutter I. Fassern	165,00—165,00
Mandeln, bittere Bari	135,00—150,00	Molkereibutter in Pack.	165,00—170,00
Zimt (Cassia)	110,00—120,00	Landbutter	140,00—149,00
Kümmel, holländischer	155,00—165,00	Auslandbutter in Fassern	170,00
Schwarzer Pfeffer zingap.	103,00—111,00	Auslandbutter in Packs.	175,00
Weißer Pfeffer	138,00—148,00	Corned beef 12 1/2 lbs p. K.	33,00—36,00
Rohkaffee Brasil	180,00—215,00	Speck, gesalzen, feu.	62,00—67,00
Rohkaffee Zentralamerik.	240,00—300,00	Quarkkäse	30,00—40,00
Röstkaffee Brasil	240,00—280,00	Quarkkäse	35,00—39,00
Röstkaffee Zentralam.	320,00—400,00	Yliskor Käse, vollfett	120,00—125,00

Heutige Umrechnungszahl 1000 Milliarden.

4 Pfg.

Kamoli Priva

gehört mit zu den besten Erzeugnissen der deutschen Zigarettenindustrie... Eine Konsumentenzigarette von hervorragender gleichbleibender Qualität

FRIM LÖPKE

Neu eröffnet!

Unser neuartiges Teilzahlungs-System

ermöglicht es Ihnen, sich ohne Sorge chic und elegant zu kleiden. — Wir führen nur erprobte gute Waren und bedienen Sie reell.

Spezialhaus für elegante Damen- und Herrenmoden.

Willy Ferg G. m. B. H., Berlin, 84 Charlottenstraße 84, vis-à-vis dem Ullsteinhaus

Die Ware wird sofort nach erfolgter Anzahlung mitgegeben!

Wir erwarten Sie!

Sorgfältigste Beurteilung! — Günstigste Zahlungs-Bedingungen!

Kein Laden!

Sonnabend kein Verkauf!

Garderobe auf Teilzahlung bei bequemer An- und Abzahlung für Herren Damen

Herren Anzüge, Cutaways, Taillenmäntel, Hosen, Regenmäntel, Burschen-Anzüge

Damen Kostüme, Kleider, Röcke, Mäntel, Seidenjumper

Bei genügender Legitimation kann die Ware gleich mitgenommen werden.

Heinrich Georg Andreasstrasse 28, I. Etage.

Große Auswahl

Trarierpenden jeder Art

Paul Golletz, vormals Kahl, Hof, Mariannenstr. 4, Zelt-Vertrieb 19000

Garderobe bei kleinster Anzahlung

Teilzahlung

Herren-Damen-Anzüge / Paletots Mäntel / Kleider

Cutaways / gestreifte Hosen Kostüme / Jacken

Knaben- u. Burschen-Anzüge Blusen / Röcke / Jumper

~ Ersatz für Massarbeit ~

Regenmäntel / Strickwesten / Strickjacken

Meine Preise sind so billig und die Abzahlung so niedrig, daß es jedermann möglich ist, seinen Bedarf zum Osterfest bei mir zu decken

Gekaufte Garderobe wird sofort mitgegeben

Lothringer Strasse 67

BEISER

Lothringer Strasse 67

